

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)**

Band (Jahr): **48 (1970-1971)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zürcher Student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Werner Bosshardt, Ueli Gugerli, Rolf Nef, Michel Tchong, Rex Schenk

Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telefon 47 75 30
Aufgabe: 18 000

Druck und Versand:
Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG,
Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50

Inserate:
Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37
Postfach 880, 8022 Zürich, Telefon 23 83 83

Gesucht: 2mal 50000 Unterschriften

Auftakt zur Unterschriftensammlung »Lausanner Modell«

In wenigen Tagen wird in Bern der Startschuss zur Unterschriftensammlung für die Lausanner-Modell-Initiative gegeben. Es ist dies der erste von zwei hintereinander erfolgenden Vorstößen, die eine breite Bildungsdiskussion in der Schweiz in Gang bringen sollen. Die Stichworte, die über beiden Initiativen stehen, lauten: Chancengleichheit im Bildungswesen.

In einer Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung vom 29. November 1962 heisst es: »Immer mehr – und mit vollem Recht – hat sich die Auffassung Bahn gebrochen, dass es aus menschlichen Gründen nicht zu verantworten ist, Talente brachliegen zu lassen. Es entspricht einem Gebot der sozialen Gerechtigkeit, grundsätzlich jedem befähigten jungen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, unbekümmert um seine finanzielle Lage eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung zu erhalten und am sozialen Aufstieg teilzuhaben.«

In dieser Botschaft des Bundesrats wird die Chancengleichheit als »Gebot der sozialen Gerechtigkeit« definiert. Und dass diesem Gebot Folge geleistet werden muss, versteht sich von selbst. Zweifellos umfasst der Begriff der Chancengleichheit mehr als nur den finanziellen Gesichtspunkt. Andere Faktoren (Sprachgrenzen, Bildungsfeindlichkeit, regionale Unterschiede, Problem der Gastarbeiterkinder, Erziehungsprobleme usw.), die um vieles wichtiger und komplexer sind, gehören dazu. Die erste der beiden Initiativen allerdings – das Lausanner Modell – stellt in erster Linie den Versuch dar, dem ungelösten Problem der Ausbildungsfinanzierung zu begegnen und es aus dem Weg zu schaffen.

Unbefriedigende Studienfinanzierung

Dass bis heute keine befriedigenden Lösungen vorhanden sind, ist offensichtlich. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren:

1. Aus einer vom Schweizerischen Wirtschaftsrat durchgeführten Untersuchung über die soziale Herkunft der Studierenden geht hervor, dass sich die Studierenden nicht gleichmässig aus allen Bevölkerungskreisen rekrutieren. Während die Arbeiterschicht, die 75% der erwerbstätigen Bevölkerung ausmacht, nur 8% der Studierenden zählt, stammen mehr als 70% der Studierenden aus dem Kreis der Selbständig-erwerbenden, der leitenden Angestellten, der Professoren, Lehrer und Pfarrer, die zusammen mit knapp 20% an der Gesamtheit der Erwerbstätigen beteiligt sind.

2. Der Kanton Schaffhausen richtet mit durchschnittlich 1290 Fr. pro Jahr die niedrigsten Stipendien aus. Im Kanton Glarus dagegen erhalten die Stipendiaten durchschnittlich 3328 Fr., also fast das Dreifache. Der Umstand, dass ein Student seinen Wohnsitz einige Kilometer nördlicher hat als ein anderer, führt zu einem erschreckenden Ergebnis.

Lausanner Modell: Ein neuer Weg

Diese Missstände und eine Reihe vieler anderer haben zur Forderung nach einer neuen Art der Studienfinanzierung geführt. Das Lausanner Modell

stellt eine Lösung dar, eine Studienfinanzierung, die sich nach folgenden Zielen orientiert:

- Errichtung einer Stiftung, die dazu bestimmt ist, jedem mündigen Schüler oder Studenten, unabhängig von der sozialen Lage der Eltern, die Studien- und Lebenskosten zu decken, sofern er dies wünscht.
- Eigenbeteiligung nach beendeter Ausbildung durch diejenigen, welchen durch das Lausanner Modell die Ausbildung finanziert worden ist. Die Eigenbeteiligung soll dabei einerseits

nach der Höhe des bezogenen Studienbetrages, andererseits nach den persönlichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen bemessen werden.

Zeit- und Organisationsplan

Das Lausanner Modell wurde in relativ kleinem Kreis erarbeitet, das ausgearbeitete Projekt wurde den Studentenschaften und interessierten Kreisen vorgelegt. Der Impuls und die Information gingen von oben nach unten. Die Ausarbeitung der zweiten, viel weiter gehenden Initiative soll ungleich demokratischer vor sich gehen. Möglichst viele Gruppen werden an der Entstehung von Forderungen für die Verwirklichung der »Chancengleichheit im Bildungswesen« partizipieren. Konkret wird die ganze Kampagne etwa wie folgt ablaufen:

Aktuelle Vergangenheit

Aus alten »zs«-Nummern

Studentischer Knigge

Heft Nr. 10, März 1938
Manch einer bringt aus seiner Kinderstube ein »gutes Benehmen« mit. Aber auch Hochschüler ohne diese seltene governantale Mitgift möchten sich meistens durch ihren Umgang mit den Mitmenschen als Akademiker kennzeichnen. Ihnen zum Frommen verrate ich folgende Geheimnisse der richtig studentischen Umgangsformen:

Benimm dich stets so, als ob du nur nach telephonischer Voranzeige angesprochen werden dürftest.

Sei dir immer bewusst, dass du zur Crème der Gesellschaft gehörst und dich deshalb von der Hofe der Sozietät möglichst fernzuhalten hast.

Wie manches Semester lang du auch neben dem gleichen Kommilitonen auf der Hörsaal-Bank herumrutschst, unterlass nie, in den kargen Gesprächen ihn zu sitzen und zu ihrren. Das gibt Distanz, verleiht den Nimbus der Würde, ist ein Kennzeichen der geistigen Nobilität.

Wisse, dass deine Kollegen sich bald in jene schlammigen Kreaturen verwandeln, die dir das tägliche Brot streitig machen werden. Behandle die künftige Konkurrenz, wie sie es verdient.

Vor Kollegheft-Spionage sich dich für, Was deinem Kommilitonen heute nicht nützt, wird dir später nicht schaden.

Lass dich nie ans Güngelband der studentischen Ausschüsse und Kommissio-

sionen nehmen. Weshalb solltest gerade du dich mit zusätzlicher Arbeit belasten? Andere werden sich schon dazu hergeben, denn die Dummen werden nie alle.

Studentische Anlässe sind das geeignetste Ziel deiner Kritik und deines ätzenden Humors. Auch als Nicht-Teilnehmer tue deine ehrliche Meinung darüber deutlich kund, denn die sich abmühenden Veranstalter könnten sich nur zu leicht der Illusion hingeben, ihr Fest sei gelungen.

Dulde nicht, dass freche Wilderer in das Revier deines Bekanntenkreises einbrechen. Deine Bekannten sind deine Prunkstücke. Sich ihrer zu entäussern, indem du alle gegenseitig vorstellst würdest, wäre ein Akt der Selbstverleugnung. Denn mit wessen Bekanntschaft könntest du dich noch rühmen, wenn alle Studenten einander kennen würden?

Beachte stets das Gesetz der Soziologie: Die Clique vermische sich nicht mit dem Klüngel. Ansonst entstünde ein Bastard, der nur euphemistisch Gemeinschaft genannt wird.

Zeige stets, dass dir ein Raffinement in der Freundschaft, eine Delikatesse der Beziehungen eigen ist. Gegen kameradschaftliche Getue wehre dich mit der Handschellen der Konvenienz.

Als der Weisheit letzten Schluss merke dir: »Jede Gemeinschaft macht, irgendwie, irgendwo, irgendwann – gemein!« (Nietzsche)»

Bino Bühler

1. Schulung und Information der interessierten Studenten und Schüler (diese Phase ist teilweise bereits abgeschlossen):

In Gwatt wurde ein Seminar durchgeführt. Eine Koordinationsgruppe LM, bestehend aus VSS-Vorstandsmitgliedern und Vertretern verschiedener Gremien, wurde gebildet. Gruppierungen wie Studentenschaften, VSM, Regionalkomitees, StV, Sozialarbeitschulen usw. haben ihren Willen zur Mithilfe bekundet und die Arbeit aufgenommen.

2. Bildung von neuen Regionalgruppen und Vorbereitung der Unterschriftensammlung:

Schüler und Studenten, die sich während der ersten Phase vorbereitet haben, versuchen, neue Gruppen zu bilden. Noch immer steht die interne Schulung und Information im Mittelpunkt, es braucht aber auch Leute mit Ideen für »Gags« und originelle Aktionen. Vorbereitung der Unterschriftensammlung und der damit verbundenen Diskussion auf breiter Ebene.

Konsequenzen: Beendigung aller administrativen Vorbereitungen; Initiative-Zeitung bereit für alle Unterschreibenden; Argumentenkatalog; die Koordinationsgruppe LM übernimmt alle nötigen zentralen Aufgaben.

3. Unterschriftensammlung und breite Bildungsdiskussion:

In der Atmosphäre einer gesteigerten Aktualität der Bildungsprobleme ist es eine wichtige Aufgabe der Regionalkomitees, die eigenen Gruppen zu vergrössern und neue zu gründen. Gleichzeitig mit der Unterschriftensammlung: Verteilung von Informationen über Bildungsprobleme; Aufdecken von regionalen Missständen, insbesondere von Chancengleichheiten.

Beginn der Unterschriftensammlung: 20. Februar

4. Während der Unterschriftensammlung:

Wenn – durch Diskussionen beim Unterschriftensammeln weitere Fragen und Argumente aufgetaucht sind, – sich das Spektrum der Probleme durch vermehrte Informationen ausgeweitet hat,

– teilweise der Bezug zur eigenen Situation, zur eigenen Region hergestellt ist,

– wenn alle Gruppierungen ein Fragenkatalog und eine Bibliographie über das gesamte Gebiet der »Chancengleichheit im Bildungswesen« zu gestellt. Die Behandlung dieses Problemkreises wird den einzelnen Komitees nach der eigentlichen Initiativenarbeit Impulse vermittelt. Jede Gruppe wird nun aus ihrer Sicht die nötigen Forderungen für die Verwirklichung der Chancengleichheit im Bildungswesen aufstellen.

5. Der VSS wird bei der Ausformulierung einer Volksinitiative über die Chancengleichheit koordinierend wirken, die verschiedenen Forderungen zusammenfassen.

Die Adresse der Schweizerischen Zentralstelle für die ganze Kampagne lautet: Koordinationsgruppe LM, Kornhausplatz 7, 3000 Bern, Telefon (031) 22 10 38.

Koordinationsgruppe LM
Jürg Bingler

Stipendienverordnung

Beim Abdruck der Auszüge des neuen Stipendienreglements im letzten »zs« hat sich leider ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Uebersteigt das steuerbare Vermögen 50 000 Fr., so wird nicht pro 500 Fr., sondern pro 5000 Fr. ein Punkt abgezogen.

Die Redaktion

Chancengleichheit – Demokratisierung der Bildung

In wenigen Tagen beginnt die Unterschriftensammlung für die »Lausanner-Modell-Initiative«, das vom VSS ausgearbeitete Projekt einer elternunabhängigen Studienfinanzierung. Dieses Modell unterscheidet sich von den bestehenden Stipendiensystemen in mehrerer Hinsicht:

– Die Regelung der Ausbildungsfinanzierung wird einheitlich, wird Bundeskompetenz.

– Jeder Mündige, der an einer staatlich anerkannten Schule eine Ausbildung absolviert, ist bezugsberechtigt.

Diese Konzeption der Studienfinanzierung nimmt Abstand vom – vielerorts noch intensiv kultivierten – Schulförderalismus, vom – oftmals zum Fetisch emporstilisierten – Subsidiaritätsprinzip, das im Bewusstsein vieler noch derart wirksam ist, dass der Bezug auch nur von Stipendien schon abgelehnt wird, da dies ja den Anschein von Bedürftigkeit erwecken könnte.

Nun wird natürlich – selbst wenn die angestrebte Verfassungsinitiative zustande kommen sollte – die Chancengleichheit nicht schlagartig verwirklicht; einem derartig eindimensionalen Denktitel sind auch die Befürworter des »LM« nicht verfallen. Jeder Befürworter wird auch zugeben: Das »LM« hat seine Schwächen:

– Die Tatsache, dass nur wenige Kinder der unteren Schichten weiterführende Schulen besuchen, ist nicht nur bedingt durch eine finanzielle Mangelsituation, sondern vor allem durch soziokulturelle Schranken, die in die Struktur des bestehenden Bildungssystems eingebaut sind.

– Mittelschüler, Lehrlinge, die ebenfalls eine staatlich anerkannte Schule besuchen, jedoch noch nicht mündig sind, kommen nicht in den Genuss der Leistungen des »LM«, sind also weiterhin auf Stipendien angewiesen.

Diese Einwände werden mit gutem Recht vorgebracht, disqualifizieren jedoch das »LM« keineswegs: Die Diskussion über die vorgeschlagenen Lösungen der Studienfinanzierung soll eine breite und intensive Auseinandersetzung um Bildungsfragen, eine umfassende Bildungsreform in die Wege leiten. Denn, wollen wir die Chancengleichheit verwirklichen, so muss auch in der Schweiz vermehrt Bildungsforschung betrieben werden.

Nicht um die Privilegierung der vom sprichwörtlichen Mann auf der Strasse teilweise sicher zu Recht als bevorzugt perzipierten Studenten geht es – das wäre in der Tat ein schlechterdings elitäres Verlangen –, sondern letztlich um den Abbau jeglicher Barrieren, die einzelnen Gruppen oder sozialen Kategorien den Zugang zu den Bildungseinrichtungen unserer Gesellschaft verunmöglichen; um die Demokratisierung der Bildung also.

Rolf Nef

In dieser Nummer

Sozialarbeit heute (Interview mit der VESSA)	2
Medizin wohin?	3
Strickhof	8/9
Zum Phänomen der politischen Gewalt (3. Teil / Schluss)	7
Geheimrezept: Den Gürtel enger schnallen	11
Symptom unserer Gesellschaft (Zum »Scheitern« des Bunkerexperimentes)	13
Seminar: »Umweltprobleme«	17

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80



Nicht nur eine Reform der Ausbildungsfinanzierung ist notwendig, sondern auch der Abbau soziokultureller Bildungsbarrieren.

Sozialarbeit heute

Interview mit der VESSA (Organisation der Studierenden der Schulen für Soziale Arbeit)

»Bis zum Ende der Schulzeit ging alles gut. Dann wollten meine Eltern, dass ich eine Lehre mache. Ich wollte nicht, das heisst: Ich wollte schon, aber etwas Künstlerisches, Modellbauer oder so. Die Eltern waren dagegen, und ich begann als Schreiner. Ich arbeitete nicht lange. Ich ging von zu Hause fort. Im ganzen flüchtete ich etwa zwanzigmal von zu Hause fort. Zuletzt war ich vier Monate weg: Italien, Frankreich, Belgien, Holland. Amsterdam ist schön. Dort hatte ich Kameraden und lernte auch die Droge kennen. Die Polizei brachte mich zurück, aber am nächsten Tag habe ich wieder ab. Diesmal pflückte man mich in Genf in einer Beat-Bar. Ich wurde »entwöhnt«, in einer psychiatrischen Klinik. Dabei weiss jeder, dass Haschisch nicht süchtig macht. Dann warf man mir noch Hehlerei vor, dann brachte man mich nach Vennes. Hier wurde ich verückt. Ich begann wieder mit der Schreinerlehre, weil ich dachte, wenn ich arbeite, komme ich eher »raus. Wenn ich frei bin, fahre ich nach Indien, nach Kat-

mandu, um zu sterben. Ich werde ohnehin nicht älter als fünfundzwanzig.« (G. C., 18 Jahre)

Erziehungsheime werden kritisiert, Zürich hat sein Bunkerproblem, etc. Die offiziellen Stellen wissen kaum, was sie tun sollen. Nötig wären in derartigen Situationen Sozialarbeiter; allerdings weder gutmütige almosenspendende religiöse Helfer und Fürsorger noch »Gerichtsvollzieher« noch Integrationsgehilfen irgend-einer staatlichen Behörde, sondern Sozialarbeiter, die dem Klienten als Partner, als erziehender Berater gegenüberstehen. Diese Art von »Hilfe« kann nicht mehr bei der blossen Symptombehandlung verweilen, sondern muss auch darangehen, die Umwelt, das Milieu, das das abweichende Verhalten des Klienten mitverursacht hat, zu verändern. Damit offenbart Sozialarbeit ihren letztlich oppositionellen, politischen Charakter: »Ihrem Wesen nach (vertritt sie) innerhalb unserer etablierten Gesellschaft die eigentliche Welt des Menschens (Hagen Biesantz). Die Redaktion

zs: Wer ist innerhalb der VESSA organisiert? Wie ist diese Organisation strukturiert?

VESSA: Die VESSA ist die Organisation der Studierenden der Schulen für Soziale Arbeit. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 76% der Studierenden sind jedoch Mitglieder. Die Organisationen der einzelnen Schulen sind in der VESSA Schweiz, der Dachorganisation, zusammengefasst.

zs: Wie sind die Beziehungen zwischen der VESSA und dem VSS? Arbeitet man in bestimmten Belangen zusammen? Wenn ja, in welchen?

VESSA: Solche Bestrebungen sind im Gang. Derartige Kontakte sind zum Teil auch schon zustande gekommen, z. B. in bezug auf den SSR, auf die Lausanner-Modell-Initiative.

zs: Der gesellschaftliche Status eines Sozialarbeiters ist relativ tief. Sind Bestrebungen im Gange, diesen zu heben?

VESSA: Wir sind sicher daran interessiert, dass dieser gehoben wird. Daran wird auf verschiedenen Ebenen gearbeitet, sowohl von den Studierenden der Schulen für Soziale Arbeit als auch

von den schon im Berufsleben stehenden Sozialarbeitern. Das ist eines der Hauptziele, das die VESSA anvisieren muss. Als Studierendenorganisation haben wir aber dazu nur beschränkte Möglichkeiten; eine grosse Bedeutung kommt in dieser Frage dem Berufsverband zu.

zs: Dazu ist vielleicht noch zu sagen, dass die Anforderungen, die heute an einen Sozialarbeiter gestellt werden, wohl entscheidend höher liegen als noch vor zwanzig Jahren.

VESSA: Die heutigen Anforderungen an den Sozialarbeiter entsprechen nicht mehr dem traditionellen Berufsbild. Wir müssen deshalb den Berufsstatus zu heben versuchen, um neue Kreise von Personen für diese Ausbildung zu motivieren. Die andersartigen Anforderungen hängen natürlich damit zusammen, dass sich die Formen der Hilfsbedürftigkeit geändert haben. Früher standen vor allem die diversen Formen der materiellen Hilfe im Vordergrund, die heute nur noch einen kleinen Teil der Sozialarbeit ausmachen. Dies hat ja gerade die ganze Bunkergeschichte überdeutlich gezeigt. Es ist deshalb wichtig, dass wir dort aktiv mitarbeiten.

zs: Nun, wie stellt ihr euch – zunächst ganz allgemein – Sozialarbeit heute vor? Was für ein Konzept muss heute der Sozialarbeit zugrunde liegen?

VESSA: Früher lag das Augenmerk der Sozialarbeit auf dem Individuum. Nun hat man jedoch festgestellt, dass der Einzelne ja Teil einer bestimmten Umgebung ist. Jede Arbeit mit dem Einzelnen wird aber in Frage gestellt, wenn ihm seine Umgebung nicht ein bestimmtes Mass an Möglichkeiten zur individuellen Entfaltung lässt. Man muss also versuchen, nicht nur dem Einzelnen individuell zu helfen, sondern auch eine Umgebung zu schaffen, in der dieser Einzelne leben kann, in der er Entfaltungsmöglichkeiten findet; es müssen letztlich auch Strukturen verändert werden, es muss mit verschiedenen Systemen gleichzeitig gearbeitet werden. Was heute ganz entscheidend neuartig ist, ist die Tatsache, dass Sozialarbeit heute politisch sein muss. So ist z. B. Gemeinwesenarbeit ohne politisches Engagement gar nicht mehr möglich. Diese vermehrte Bedeutung der politischen Komponente führt die Notwendigkeit mit sich, in grösseren Zusammenhängen zu denken, die Ergebnisse dieser Überlegungen in konkrete Arbeit einflüssen zu lassen. Letztlich heisst das nicht nur Einzelbetreuung, sondern Beratung und Betreuung ganzer Bevölkerungsgruppen. Damit wird eine Entwicklung von der finanziellen Hilfe über die Einzelbetreuung zur Gruppenarbeit und schliesslich zur Gemeinwesenarbeit sichtbar.

Sozialarbeit hat so nach unserer Ansicht die Aufgabe, beim Klienten einen Bewusstwerdungsprozess in Gang zu setzen. Man soll dem einzelnen seine Position in der Gesellschaft aufzeigen, seine Möglichkeiten, diese unter Beachtung bestimmter Randbedingungen zu verändern. Dabei kann man dem einzelnen jedoch nicht sagen: Du musst jetzt das tun. Was primär notwendig ist, ist das Aufzeigen von alternativen Möglichkeiten. Damit erwirbt der Patient eine neue Sicherheit; er wird fähig, selbst etwas zu unternehmen.

Diese Konzeption bringt mit sich, dass der Sozialarbeiter in vermehrtem Ausmass lernen muss, die Erkenntnisse der Soziologie, der Psychologie, der Sozialpsychologie, der Pädagogik usw. zu übernehmen und in seiner Arbeit anzuwenden. Dies kommt erst jetzt langsam in Gang. Die VESSA versucht denn auch, ihre Kontakte mit den Studenten zu intensivieren.

zs: Ist mit dieser Entwicklung die Sozialarbeit nicht in Opposition zur bestehenden Gesellschaft geraten? Denn es ist doch zu erwarten, dass gewisse Kreise über die eben genannten Bestrebungen hoch erfreut sind, erwarten doch gerade diese Kreise, dass die »Gefallenen« durch den Sozialarbeiter wieder möglichst gut angepasst, zum Funktionieren gebracht werden, ohne jedoch an den Strukturen, die die »Krankheit« des Einzelnen in hohem Mass mitverursacht haben, etwas zu verändern.

VESSA: Es scheint uns gar nichts anderes möglich, als dass Sozialarbeit zum Bestehenden in Opposition steht. Wenn wir gerade diejenige Bevölkerung aktivieren wollen, die es in unseren Augen nötig hat, also die Benachteiligten, so stehen wir schon automatisch gegenüber der bestehenden Gesellschaft in Opposition. Allerdings dürfen wir nicht vergessen: In diesem Punkt stehen wir noch weitgehend am Anfang. Ein grosser Teil der bereits Berufstätigen wird diese Meinung kaum mit dieser Entschiedenheit vertreten.

Der Staat resp. die zuständigen Instanzen erwarten von uns natürlich, dass wir gute Anpassungsarbeit leisten. Wir sehen unsere Arbeit aber ganz entscheidend anders: Wir müssen dem Einzelnen ermöglichen, bewusst zu existieren. Mit einem Schlagwort lässt sich vielleicht das so ausdrücken: Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir wollen jedoch nicht den Einzelnen zum Nonkonformisten, zum Opponenten umfunktionieren, sondern wir stehen mit den Strukturen, in denen der Einzelne steht, in Opposition, d. h. wir versuchen, diese zu ändern. Dem Klienten zeigen wir diese Strukturen auf. Die Entscheidung, ob Anpassung oder Widerstand, wird ihm – so steht es wenigstens in den Lehrbüchern – freigestellt. Zu dieser Entscheidung soll er nicht gedrängt werden. Die Frage ist nur, ob

überhaupt eine derartige Entscheidungs-freiheit besteht, ob der Sozialarbeiter den Klienten nicht zum Widerstand manipuliert.

zs: Der Unterschied zur Manipulation im negativen Sinn des Wortes liegt doch wohl darin, dass man dem Einzelnen das Bewusstsein und die Mittel gibt, die »Manipulation« als solche zu durchschauen; dass man dem Einzelnen zeigt, dass er mit dem angebotenen Instrumentarium seine eigene Realität besser bewältigen kann.

VESSA: Früher präsentierte sich der Sozialarbeiter als eine neutrale Person, sowohl politisch als auch konfessionell neutral, überhaupt neutral, eine Art Uebermensch. Ein solcher Uebermensch ist jedoch der Sozialarbeiter gewesen nicht. Gerade diesen Anschein darf man auch in seiner Arbeit nicht erwecken: Wenn man sich offen engagiert, so macht man dem Klienten auch eher bewusst, dass er es mit einem Menschen zu tun hat, nicht mit einem Uebermenschen, dass er damit auch nicht einfach alles blind glauben darf, was der Sozialarbeiter sagt. Sozialarbeiter ist letztlich ein Beruf wie jeder andere auch. Der Sozialarbeiter ist kein besonders »wohlthätiger« Mensch, erfüllt von Berufung usw., ein »Helfer«.

zs: Gerade dem Begriff des Helfens hat sie immer noch ein gewisser almsensartiger Nimbus an: Hilfe in Anspruch zu nehmen bedeutet Eingeständnis von Schwachheit. Dass die frühere Sozialarbeit vielfach dieses Vorurteil noch verstärkte, kann wohl nicht bezweifelt werden.

VESSA: Natürlich ist dieses Bild noch weit verbreitet. Wenn man von Sozialarbeit redet, sieht man immer noch Händchenhalten usw. vor sich. Das wird natürlich unserem Konzept in

keiner Weise mehr gerecht. Dieses Bild des »braven« Helfers muss durch konkrete Arbeit, durch konkretes Engagement in den zuständigen Institutionen abgebaut werden. Denn über dies nur abstrakt zu reden, genügt wohl nicht.

Dann stellt sich natürlich hier noch ein Problem: Wir können nicht erwarten, dass uns die offiziellen Stellen mit offenen Armen empfangen. Auf der anderen Seite – dies zeigte sich gerade im Fall Bunker –, sobald die Lage kritisch wird, ruft man nach ausgebildeten Sozialarbeitern.

Ganz generell muss man wohl versuchen – wie dies jeder Erzieher wohl tun muss –, die Möglichkeiten der persönlichen Berufsrolle maximal aususchöpfen, sich keinesfalls zum verlängerten Arm irgendwelcher Behörden degradieren zu lassen, sondern diesen Instanzen im Bedarfsfall aktiv gegenüberzutreten und seine eigene Konzeption zu verteidigen.

Leider wird die Sozialarbeit gerade von der Hochschule in der Schweiz weitgehend vernachlässigt oder sogar ignoriert – vielleicht abgesehen von Genf und Freiburg. Gerade der Sozialarbeiter könnte jedoch eine Mittlerfigur zwischen den verschiedensten Fachgebieten einnehmen, weil er ja im Zentrum der Anwendungsbereiche der verschiedensten Sozialwissenschaften arbeitet. Zu dieser »theoretisch-praktischen« Arbeitshaltung sind freilich viele Sozialarbeiter noch nicht fähig, was nicht heisst, dass ein intensives Engagement jeder Seiten sie nicht dazu befähigen könnte. Gerade in Deutschland steht es um diese Beziehungen mit der Hochschule bedeutend besser. Da wird Sozialarbeit an Fachhochschulen und Universitäten gelehrt.

zs: Wir danken euch für dieses Gespräch.



Er braucht den Sozialhelfer als Partner; ein Partner, der ihm hilft, sich wieder zurechtzufinden: Sozialarbeit als Hilfe zur Selbsthilfe.

Berichtigung

Numerus clausus

Beim Umbruch der dritten Seite des letzten »a« (»Numerus clausus: Die Folge mangelnder Planung«, ZS 4817) ist uns ein Fehler unterlaufen. Unter dem Untertitel »Historischer Ueberblick – Entwicklung zur Krise« lautet der korrigierte Abschnitt folgendermassen:

Da man sich nicht rechtzeitig um die Erweiterung der bestehenden Kapazitäten bemühte, wird eine explizite Zulassungsbeschränkung kaum mehr zu umgehen sein. Die Massnahmen, die einen Numerus clausus konstituieren, könnten wie folgt aussehen:

- Einschränkung der Studienmöglichkeiten für Ausländer.
- Einführung bestimmter Aufnahmebedingungen. Zum Beispiel eine obligatorische Aufnahmeprüfung für Studienanfänger oder ein bestimmtes Notenprofil beziehungsweise ein minimaler Notendurchschnitt im Maturitätszeugnis für die Belegung einzelner Studienrichtungen.
- Im weiteren könnten immatrikulierte Studenten durch ein System von nicht fachlich, sondern primär selektiv motivierten Zwischenprüfungen behindert werden.

In einer Zwangssituation, welche der Numerus clausus für die Hochschulen darstellt, könnte es den Industrieinteressen um so leichter gelingen, die technokratische Studienreform an unseren Universitäten voranzutreiben. Charakteristiken einer solchen Studienreform sind unter anderem folgende:

- Die Verminderung der Studienfreiheit durch Eliminierung »nebensächlicher« Fächer aus den Studienplänen und damit eine vermehrte und intensivere Spezialisierung.
- Die Straffung des Studiums durch Intensivierung und Funktionalisierung der Lernleistungen.
- Die zeitliche Befristung der Immatrikulation, zum Beispiel eine vorgeschriebene fixe Studiendauer. Bei Ueber-schreitung der Frist um mehr als zwei Semester erfolgt Zwangsexmatrikulation.

Die technokratische Studienreform sollte der Numerus clausus sind aber strikte abzuhellen, da sie das Recht auf Bildung und die Chancengleichheit verletzen und die studentischen Interessen im Sinn der Ziele der Wirtschaft manipulieren.

Forschungstätigkeit des Soziologischen Instituts der Universität Zürich

Das Soziologische Institut der Universität Zürich wurde im Herbst 1966 gegründet und hat von Anfang an versucht, neben dem Lehrbetrieb auch empirische Forschungen durchzuführen, die einen Beitrag sowohl zur Entwicklung der Disziplin als auch zur Erhellung von zentralen sozialen Problemen der Gegenwart und Zukunft mit wissenschaftlichen Mitteln leisten sollten. Die wichtigsten Beispiele für die die Öffentlichkeit interessierende Forschungstätigkeit des Instituts sind die folgenden:

- eine vom Eidgenössischen Luftamt finanzierte sozialpsychologische Untersuchung über die Wirkungen des Fluglärms auf die Bevölkerung in Zürich, Genf und Basel;
- eine vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanzierte Untersuchung zum Problem der Folgen der Einwanderung ausländischer Arbeiter in die Schweiz, unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu der einheimischen Bevölkerung in der Stadt Zürich;
- eine von der Schweizerischen Nationalen Unesco-Kommission finanzierte Befragung zum Problem der Stellung der Frau in der schweizerischen Gesellschaft, unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Differenzen;
- Beteiligung des Soziologischen Instituts an einer vom Kanton Zürich finanzierten interdisziplinären Untersuchung

über Einstellungen zur Bildungsinstitution und Wissenschaft, die eine repräsentative Befragung der Bevölkerung des Kantons Zürich, eine Elitebefragung und eine abstimmungsstatistische Untersuchung umfasst;

- Beteiligung des Institutsleiters an einer von Kanton und Stadt Zürich finanzierten interdisziplinären Untersuchung über das Problem der Unrast der Jugend mit besonderer Berücksichtigung politischer Einstellungen.

Die bisher umfangreichsten Forschungen des Instituts beziehen sich auf Probleme der nationalen und regionalen Entwicklung. Diese ebenfalls vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Untersuchungen haben zur Erstellung von entsprechenden Entwicklungsmodellen für Nationen in bezug auf das internationale System, für Kantone in bezug auf das interkantonale System der Schweiz und für Departementale in bezug auf das interdepartementale System der Provinz Tucuman in Argentinien geführt.

Ein ebenfalls breit angelegtes und vom Schweizerischen Nationalfonds finanziertes Forschungsprogramm über das Verhalten von Organisationen in den verschiedensten Bereichen wie Kirche, Bildung, Massenmedien, Politik und Wirtschaft ist vor kurzem angelaufen. Es werden hier u. a. Fragen der Verbandsbildung und Unternehmenskonzentration behandelt.

Diese Liste von Forschungen dürfte

zeigen, dass das Soziologische Institut eine Reihe von aktuellen Problemen wie Umweltschutz, ausländische Arbeiter, Frauen, Jugend, Bildung und Wissenschaft, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie interorganisationelle Systeme unter soziologischem Gesichtspunkt und mit streng wissenschaftlichen Methoden und Techniken erforscht. Das Institut trägt damit zur Erhellung von Fragen bei, die in der schweizerischen und internationalen Öffentlichkeit diskutiert werden.

Prof. Dr. Peter Heintz

»zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Dalmatenschule Zürich.

Erscheint achtmal jährlich.
Redaktion: Werner Bosshardt, Ueli Gugerli, Rolf Nef, Rex Schenk, Michel Tobang.
Verantwortlich für Werbung und Finanzen: Werner Bosshardt.

Verantwortlich für Produktion und Vertrieb: Rolf Nef.
Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz. Telefon (051) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598. Sekretärin: Valeria Frey.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich. Telefon (051) 27 09 50.
Inserate: Dr. H. Ditsch, Bahnhofstrasse 37, Postfach 880, 8022 Zürich, Telefon 23 83 83.
Jahresabonnement Fr. 6.- auf Konto 80-35598. Die im »zürcher student« erschienenen Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Medizin wohin?

Kurzfassung von: »Bildungsplanung für Mediziner – eine Kritik bisheriger Arbeiten und Methoden«, herausgegeben vom VSM

Die »Basisgruppe Medizin« erachtet es als notwendig, die im Oktober letzten Jahres erschienene VSM-Broschüre zur Bildungsplanung für Mediziner einem grösseren Kreis Interessierter bekanntzumachen. Da dieses relativ umfangreiche Elaborat nicht in der seiner Wichtigkeit angemessenen Auflagezahl zur Verteilung gelangen konnte – und der Klinikervorstand es unterliess, das Seinige zur Information der Fakultätsstudenten zu tun –, entschloss sich die »Basisgruppe Medizin« mit Unterstützung des Vorstands der Vorklinkerschaft,

Die Autoren der VSM-Broschüre skizzieren deren Inhalt u. a. wie folgt:

»In der vorliegenden Arbeit wird zuerst das Ungenügen der bisherigen Bildungsplanung für Mediziner gezeigt. Dies geschieht einerseits durch das Aufdecken von Mängeln am Referat Gsell (1970) und einer kritischen Betrachtung des Berichtes Gsell (1966/67). Andererseits wird dargestellt, dass der Einfluss der ärztlichen Standespolitik auf die Bildungsplanung nicht gleichsam gottgewollt und unabänderlich fixiert sein muss und dass sehr wohl eine Verlagerung des Schwerpunktes der heutigen Medizin denkbar ist, was seinerseits wiederum die Bildungsplanung beeinflussen wird. – Diese Arbeit weist dann weiter auf einige Ansätze und Modelle hin, die für die Bildungsplanung für Mediziner relevant sind.«

1. Zum Arztbedarf in der Schweiz

– Die Kommission Gsell forderte 1966 eine Zunahme der Dichte der praktizierenden Ärzte von 1 für 1138 Einwohner 1966, auf 1 für 1000 Einwohner 1975, auf 1 für 900 Einwohner 1980, gleichzeitig eine Zunahme der Zahl der berufsständigen (praktizierenden) Ärzte von 8600 (1966) auf 11 050 (1975) und auf 12 197 (1980).

– Die Kommission Gsell meinte 1966, dass trotz maximaler Ausnützung aller Studienplätze die Forderung von 11 000 berufsständigen Ärzten für 1975 nicht erfüllt werden könne. Genauer: Rund 1000 Ärzte zu wenig werden ausgebildet sein. Dies bei einem Zuwachs von 4700 neuen Schweizer Ärzten von 1966 bis und mit 1975.

2. Methodische Schwächen des Berichtes Gsell (1966)

– Der VSM kritisiert Zusammenfassung und Arbeitsdilettantismus der Expertenkommission. – »Der fragwürdigste Teil des Berichtes Gsell ist der Katalog von 12 weiteren Argumenten, die für die Bewertung des zukünftigen Arztbedarfs angeführt werden. Diese Argumente sind unsystematisch und unvollständig zusammengestellt. Ursachen und Wirkungen werden vermischt und z.T. unhaltbare Behauptungen aufgestellt.«

Einige Kostproben:

– Gsell-Argument Nr. 3: Krankenversicherungsdichte nimmt zu. Der Umstand, dass Ärzte durch Versicherte weit mehr als durch Nichtversicherte in Anspruch genommen sind, bedingt allein schon einen vermehrten Arztbedarf.

– Dazu der VSM: Unzulässige Vereinfachung des Einflusses der Krankenversicherung auf das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung, da dieser multideterminiert ist. Zudem kann dieses Argument nicht unabhängig vom Gsell-Argument Nr. 5 der angestiegenen Morbidität betrachtet werden.

– Gsell-Argument Nr. 4: Notwendigkeit einer besseren ärztlichen Versorgung der Bevölkerung der Landgebiete.

– Dazu der VSM: Hier wird das Problem der Verteilung der Ärzte mit demjenigen des zukünftigen Arztbedarfs vermischt. (Unteilbarkeitsprinzip von Engler: Zur Erbringung einer Leistung werden Faktoren benötigt, die sich nicht in beliebig kleinen Einheiten bereitstellen lassen.)

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek
Mühlegasse 19
Tel. 32 14 80

eine Kurzfassung herauszugeben. Sie ist sich der Problematik einer Kurzfassung von komplexen Zusammenhängen und Gedankenabfolgen durchaus bewusst. Nichtsdestoweniger erscheint aber eine Darstellung in Thesenform unter Abstraktion von schmückendem Beiwerk berechtigt. Nicht zuletzt im Hinblick darauf, die grundsätzlichen Fragestellungen herauszuschälen und einsichtig zu machen.

Basisgruppe Medizin
Vorstand der Vorklinkerschaft

bedingt eine Verminderung jener Zahl berufstätiger Ärzte, die (...) zu erwarten wäre.

Dazu der VSM: Diese Frage kann ebensogut auf der Angebotsseite berücksichtigt werden! Zudem kann auch für verheiratete Ärztinnen die Berufsausübung besser ermöglicht werden (z. B. Halbtagsstellen).

3. Bewertung von 1. und 2.

Für die Gegenüberstellung von Angebot und Bedarf wird berechnet, welche Anzahl Ärzte bei den vorhande-

4. Quantitatives und qualitatives Problem der Studienplätze

In seinem Bericht von 1970 sagt Gsell, dass die rasche Zunahme von Studierenden in den Jahren 1966–69 durch eine Vermehrung der Studienplätze gut bewältigt wurde. Die einzige Schwierigkeit liege darin, den Wünschen der Studierenden nach Aufnahme in eine bestimmte Universität nachzukommen. Die Postulate der Kommission Gsell von 1966 in bezug auf verfügbare Plätze für 1975 seien also bereits 1970 erfüllt.

Diese Aussagen erwecken den Eindruck, dass in bezug auf die Zahl der Studienplätze alles in bester Ordnung sei und keine grösseren Anstrengungen unternommen werden müssten. Dies hat aber zur Folge, dass bei weiterer rascher Zunahme der Studierenden der Numerus clausus eingeführt werden müsste

– durch einen versteckten Numerus clausus (Verschärfung der Zwischenprüfungen). Dass dies schon der Fall ist, wurde ausdrücklich durch den Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich, Prof. D. Waser, am 1. März 1970 bestätigt;

– durch eine Selektion der Maturanden. Der VSM-Bericht weist darauf hin, dass dafür keine annehmbaren Selektionsmechanismen bestehen. »Uns scheint es ein Irrtum zu glauben, der Numerus clausus müsse wegen des grossen Andranges der Studenten eingeführt werden. Vielmehr liegt der Grund in der mangelnden Planung, im mangelnden Planungswillen der Behörden.«

Neben diesen quantitativen Problemen ist aber die Qualität der Ausbildung fast noch wichtiger, gerade wegen der sehr starken Zunahme der Studierenden in den letzten Jahren. Der Bericht Gsell geht darauf nicht ein. Zur Veranschaulichung dieses Problems stellt der VSM-Bericht dar, unter welchen Gesichtspunkten die Reform des klinischen Studiums in Bern betrachtet wird.

– Medizinische Inhalte: »Das eigentliche medizinische Wissen soll anhand eines detaillierten Stoffkatalogs vermittelt werden. Dieser Stoffkatalog verlangt die Integration fachlicher Aspekte in didaktische Einheiten, die dem Verständnis der Studenten ange-

nen und vorgesehenen Ausbildungsplätzen bis 1975 ausgebildet werden können. Die Anzahl dieser Ausbildungsplätze gilt dabei als massgebende Grösse für das Angebot an Ärzten. Es wird gar nicht darauf eingegangen, ob allenfalls zu viele oder zu wenige Studenten vorhanden wären und was dann geschehen sollte. Mit anderen Worten: Es wird stillschweigend ein Numerus clausus vorausgesetzt.

Die Überfüllung der Universitäten wird als Bestimmungsgrund für einen Numerus clausus gewertet. – Die Unterlassungssünden der zuständigen Instanzen würden so in perfider Weise gegen die Interessen der Studenten und der Gesellschaft verwendet.

Die Kommission Gsell ist nicht in der Lage, zu begründen, weshalb der Arztbestand gerade in dem Ausmass zu erhöhen sei, wie sie es verlangt.

Der Bericht Gsell ist als Grundlage für Entscheidungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik wertlos.

Dennoch: Vertreter der Ärzteschaft sprechen von einem kommenden Arztüberfluss, ohne dass sie in der Lage wären, stichhaltige Gründe dafür anzugeben – die Zunahme der Studentenzahlen ist noch lange kein ausreichender Grund, ebensowenig die Erreichbarkeit der Ziele der Kommission Gsell.

passt sind. Er soll von einer Planungsinstanz jährlich revidiert und erneuert werden.« – »Das Gespräch mit dem Patienten soll in einem separaten Programm geübt werden.«

Die Erlernung praktischer Fähigkeiten soll durch Gruppenunterricht und ein Blocksystem intensiviert und auf fast alle Bezirksspitäler des Kantons ausgedehnt werden.

– Die Beziehung zum Patienten: Diese ist in ihrer Wichtigkeit im jetzigen Ausbildungssystem noch gar nicht erkannt und soll durch eine Ausdehnung der praktischen Tätigkeit auf periphere Spitäler vermehrt in den Mittelpunkt treten, da an den Universitätskliniken die Zahl der Patienten beschränkt ist.

– Ein wichtiges Merkmal des neuen Ausbildungssystems ist die institutionalisierte Reform. Die Flexibilität des Systems ist wünschenswert, einerseits wegen der Dynamik der Wissenschaften, andererseits, um die sich abzeichnende Verlagerung von der kurativen-symptomatischen Medizin auf die präventive mitzumachen.«

Der VSM-Bericht kommt zum Schluss, dass das quantitative Problem der Ausbildung nicht getrennt von der qualitativen Seite betrachtet werden kann.

5. Die Standespolitik und das ärztliche Selbstbildnis

– Arztteideologie = spezielles Gruppeninteresse der Ärzte. (»Es ist anzunehmen, dass die Ärzte in den Kommissionen ihre Standesinteressen unter der Decke der Objektivität gepflegt haben.«)

– Die Branchenschliessungspolitik der Ärzte – und darauf hinaus läuft ein Numerus clausus für Medizinstudenten, resp. die Fixierung des Arztbedarfs auf eine bestimmte Zahl von Einwohnern – resultiert aus ihrer Statusfurcht.

– Ärztliches Denken auf dieser Ebene (einkommenspolitische Kalkulation) ist im sozialpolitischen Blickwinkel »zünftlerisch«.

– Die zünftlerische Politik wurde nicht als reaktionär entlarvt, solange sich die konservative Herrschaft (mindestens in

Teilbereichen) halten konnte. Die Arztteideologie wurde erst zum Relikt mit der zunehmenden Technokratisierung in der spätkapitalistischen Gesellschaft (den Spätkonten dafür fand man in den Krankenkassen).

Dazu der VSM: Unsere Ueberlegungen sollten gezeigt haben, dass für uns den ärztlichen Verlautbarungen weniger Gewicht zukommt als den Stellungnahmen des Politikers.

6. Das Ungenügen der heutigen Medizin

– Die Funktion der Medizin innerhalb unserer Gesellschaft ist doppelter Natur: Die Ärzte haben zur Aufgabe, die Kranken an die Anforderungen der Gesellschaft anzuschließen und die für diese Gesellschaftsstruktur spezifischen Krankheitsbilder zu kurieren. Die erste Aufgabe ist explizit politischer Natur: Der Arzt trägt dazu bei, dass ein Individuum die herrschenden Leistungskriterien wieder zu erfüllen vermag. Die zweite Aufgabe ist implizit politischer Natur: Mit Hilfe seiner therapeutischen Massnahmen verschleiert er soziale Missstände.

– Das ärztliche Verhalten steht – strukturell bedingt – zu den Erfordernissen, welche die Gesellschaft an ein Gesundheitssicherungssystem stellen muss, in direktem Gegensatz. »Alogischem Verhalten wird mit Hilfe von Rationalisierungen der Anschein des Vernünftigen gegeben.« (K. Lenk)

– Kausaltherapie hätte bei der Umgestaltung der Gesellschaft anzusetzen. Der Arzt wird zum Medizinmann, weil er nicht helfen kann (die krankheitsverursachenden Faktoren liegen ausserhalb seines von ihm fixierten Arbeitsfeldes).

– Aber: die noch heute gelehrt und praktizierte Schulmedizin ermöglicht es nicht, jene Zusammenhänge kritisch zu reflektieren.

– Die erste Stufe auf dem Weg zu einer in sich widerspruchsfreien Medizin (soziale Medizin) besteht im Ausbau der psychosomatischen Medizin.

– Aber: der Grossteil der Ärzte ist in psychologischer Hinsicht mangelhaft ausgebildet. Darüber hinaus: Ein überarbeiteter, vielbeschäftigter Arzt, wie er heute die Regel ist, hat niemals genug Zeit zum notwendigen persönlichen Gespräch mit dem Patienten, in dem der Wichtigkeit von sozialen und emotionalen Variablen als Krankheitsfaktoren Rechnung getragen wurde.

Fazit: Symptomtherapie statt Ursachenbekämpfung. Ungenügende Präventiv- und Sozialmedizin.

– Daher: Voraussetzung für Abhilfe ist nicht nur die Zunahme von Ärzten, sondern auch eine Veränderung der Ausbildungsmethoden, der Abbau der in der Ärzteschaft weitverbreiteten Vorurteile gegen die Psychosomatik und die Entwicklung eines entsprechenden Krankheitsbegriffs.

Um die Schwierigkeiten zu verdeutlichen, die einer wirklichen systematischen Planung des Bedarfs an Medizinern zugrunde liegen, werden im VSM-Bericht einige Ansätze von Bildungssoziologen diskutiert.

7. Methodische Ansätze der Bildungsplanung

Diese Ansätze versuchen entweder das Angebot oder den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu bestimmen. Der Bedarfsbestimmung verwandt ist das Kosten-Ertrag-Modell. Das gesamte Medizinalwesen wird hier unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Investitionen können sich zum Beispiel lohnen, wenn durch die Zahl der Arbeitsausfälle verringert werden kann. Das hat zur Folge, dass jede Krankheit und jede medizinische Tätigkeit nur darauf hin bewertet werden, ob die Resultate die dafür notwendigen Kosten rechtfertigen – was als eine barbarische Methode erachtet werden muss.

Der Angebotsansatz verfolgt das Ziel des Rechts auf Bildung und der freien Berufswahl. Es fragt sich nun, ob der Bedarf an Ärzten automatisch mit dem Angebot wächst. Wenn dies nicht so ist, werden einige einen ihrer Ausbildung nicht adäquaten Beruf ergreifen müssen. Oder die Nachfrage könnte von den Ärzten künstlich erzeugt werden, da ein Patient oft unwissend ist in bezug auf seine wirklichen Gesundheitsbedürfnisse. »Zumindest dann, wenn man vom bestehenden Wirtschaftssystem ausgeht, kann es nicht als sinnvoll bezeichnet werden, beliebig viele Ärzte auszubilden, wenn die dadurch entstehende Erhöhung der Arztzahl den Gesundheitszustand der Bevölkerung um praktisch nichts verbessert.«

Da in den meisten Ländern ein grosser Mangel an Ärzten besteht, gälte es, die vorhandenen Begabtenreserven voll auszuschöpfen und den eventuellen



Überschuss anern Ländern zugute kommen zu lassen. Dem stehen aber – gerade in Berufen, die intensive zwischenmenschliche Beziehungen erfordern – kulturelle Schwierigkeiten entgegen. Diese Schranken sind aber nicht unüberwindbar.

Aus den oben genannten Gründen scheint es zweckmässiger, den Bedarf zu bestimmen und danach das Angebot zu richten. Das Angebot kann dann durch Erweiterung oder Einschränkung der Studienplätze variiert werden. Bei der Bestimmung des Bedarfs kann weder von dem, was der Arzt als notwendig erachtet (Standesinteressen), noch von den subjektiven Wünschen des Patienten (ökonomische Schranken, fachliche Unwissenheit) ausgegangen werden. Die ökonomischen Schranken können durch den Ausbau der Krankenversicherungen oder andere Massnahmen abgebaut werden. Doch können Vorurteile und Unwissenheit Patienten daran hindern, die ihnen zuzustehenden Leistungen in Anspruch zu nehmen. Auch soziale Aspekte müssen berücksichtigt werden, um die objektiven Bedürfnisse der Bevölkerung festzustellen. »Gesundheit ist der Zustand des vollkommenen Körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen.« So definiert sie die Weltgesundheitsorganisation.

Diese Forderung bedingt sorgfältige Bevölkerungsuntersuchungen. Auch müsste die Funktion des Arztes neu definiert werden, da erst von da aus der Massstab dafür gefunden werden kann, wann ärztliches Eingreifen notwendig ist und wann nicht. Diese Aufgabe kann aber nicht in diesem Rahmen geleistet werden. Der VSM-Bericht schliesst mit der Bemerkung: »Der Verwirklichung unseres Postulats steht eine Schwierigkeit gegenüber, die ihre Ursache im Marktmechanismus unseres Wirtschaftssystems hat: Die finanziellen Ressourcen, die für medizinische Leistungen zur Verfügung stehen, sind

nicht beliebig gross, sondern begrenzt: Sowohl öffentliche Instanzen als auch Krankenversicherungen und Privatpersonen sehen sich ausserstande, beliebig hohe Summen für gesundheitliche Zwecke auszugeben. Diese Tatsache könnte mit ein Grund dafür sein, dass die Forderung, die Gesundheit aller Individuen sei auf die beste irgendwie mögliche Art zu erhalten oder herzustellen, nicht erfüllbar ist. In diesem Fall käme eine Bedarfsprognose nicht darum herum, gewisse Prioritäten zu setzen, die ein dem Gesamtinteresse entsprechendes optimales Gesundheitswesen garantieren müssten.

8. Schlussfolgerungen

Der VSM stellt die Fähigkeit des Kommissionen- und Expertenwesens in der Schweiz zur Lösung komplexer und zukunftsentscheidender Probleme in Frage. Begründung: Arbeitsüberlastung, ungenau umschriebenes oder unmöglich weit gefasstes Pflichtenheft und des weitern: »...täuschen die sog. 'Expertenkommissionen' noch allzu oft eine Zusammensetzung aus wissenschaftlichen Fachleuten vor, wo sie doch, wie in unserem Fall, meist als Interessenvertreter handeln.«

Der VSM kritisiert, dass das Referat Gsell (1970) bereits politische Relevanz erhalten hat, und warnt: »Es geht nicht an, dass in einer Kommission der SHK (Schweiz. Hochschulkonferenz) Entschiede über den Bedarf an Medizinern gefällt werden. Dieses Problem kann letztlich nicht von 'Experten' gelöst werden; ein politischer Entscheid ist notwendig. Ein politischer Entscheid kann aber nur gefällt werden mit einer rationalisierenden Öffentlichkeit (im Sinn von Habermas). Das bedingt, dass die SHK und die wissenschaftlichen Instanzen im allgemeinen vermehrt die Öffentlichkeit orientieren. Der Abschluss der interessierten Öffentlichkeit (sogar des Parlaments) bei wichtigen wissenschaftspolitischen Entscheidungen grenzt an einen Skandal.«

Lohnregelung für wissenschaftliche Mitarbeiter

Bezüglich der »Regelung von Doktorandenentschädigungen« durch den Schweizerischen Nationalfonds vom 15. 12. 70 stellt die Vereinigung der Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter der

Abteilung IX B (Physik) der ETH Zürich fest:

1. Das Vorgehen betreffend:
– dass die neue Lohnregelung ohne Konsultation des Schweizerischen Schul-



rats, des Rektors der ETH Zürich, der Professoren, des Mittelbaus und ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen in Kraft gesetzt wurde;

– dass die unmittelbar betroffenen Angehörigen des Mittelbaus überhaupt nicht offiziell von der Neuregelung in Kenntnis gesetzt worden sind.

2. Als direkte Folgen:

– dass die Löhne der vor dem 1. 1. 71 an der Abt. IX B eingetretenen wissenschaftlichen Mitarbeiter eingefroren werden;

– dass der Lohn der nach dem 1. 1. 71 angestellten Mitarbeiter an der Abt. IX B nur noch ca. die Hälfte der früher üblichen Ansätze beträgt;

– dass an einigen anderen Abteilungen die neuen Ansätze zwar eine bescheidene Verbesserung darstellen, aber weit unter dem Existenzminimum für eine junge Familie bleiben;

– dass die Dissertationszeit ohne Rücksicht auf fachliche Erfordernisse beschränkt wird.

3. Als indirekte Folgen:

– eine vermehrte, einseitige Belastung der Unterrichtsassistenten mit Unterrichtsstätigkeit;

– eine Senkung des Niveaus bei Dissertationen;

– eine Aufspaltung der Mitarbeiter in zwei massiv unterschiedliche Lohnklassen,

– eine Selektion des wissenschaftlichen Nachwuchses nach ökonomischen Gesichtspunkten und damit eine Ungleichheit der Bildungschancen.

4. Als wissenschaftspolitische Auswirkungen:

– eine Bevorzugung der wissenschaftlichen Grossbetriebe (via § 6);

– eine Verminderung der Zahl der bis zur selbständigen Forschungsstätigkeit ausgebildeten Absolventen der ETH. Angesichts der Tragweite der Neuregelung empfinden wir die Art und Weise ihrer Einführung (siehe 1.) als besonders unbefriedigend.

Wir ersuchen deshalb den schweizerischen Forschungsrat um ein Rückkommen auf die getroffene Regelung in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und insbesondere mit dem direkt betroffenen Mittelbau.

Für die Vollversammlung der Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abt. IX B der ETH Zürich, die Kommission für Lohnfragen.

M. Hasler
B. Keller
H. Baltes

Regelung der Doktorandenentschädigungen

1. Jeder Doktorand, der als Mitarbeiter in einem vom Nationalfonds finanzierten Forschungsprojekt integriert ist, kann eine Entschädigung erhalten, sofern im Gesuch eine entsprechende Stelle vorgesehen und vom Forschungsrat bewilligt worden ist.

2. Als Doktorand wird ein rechtmässiger Anwärter auf den Grad eines Doktors an einer schweizerischen Hochschule bezeichnet, der von einem Dissertationsleiter betreut wird.

3. Die Entschädigung ist normalerweise auf 3 Jahre begrenzt. Auf begründeten Antrag des Dissertationsleiters kann sie ein weiteres Jahr gewährt werden. Länger als vier Jahre darf die Entschädigung auf keinen Fall ausgerichtet werden.

4. Die jährlichen Normalansätze für diese Entschädigung sind wie folgt festgesetzt:

1. Jahr	Fr. 9 600.– pro Jahr
2. Jahr	Fr. 10 200.– pro Jahr
3. und 4. Jahr	Fr. 10 000.– pro Jahr

Diese Ansätze werden ab 1. 1. 1972 jährlich gemäss der dem Bundespersonal gewährten Teuerungszulage erhöht. Verheirateten Doktoranden wird pro Jahr eine Familienzulage von Fr. 325.– gewährt; überdies wird für jedes Kind eine jährliche Zulage von Fr. 645.– ausgerichtet. Die gesamten, im Rahmen dieser Entschädigung ausbezahlten Beträge sind steuerpflichtig.

Unter Vorbehalt der Punkte 5 und 6 dürfen die Normalansätze nicht überschritten werden. Die Geschwister werden vom Sekretariat über die Normalansätze informiert.

5. Doktoranden, welche eine Lehrtätigkeit ausüben oder Assistentenarbeiten verrichten, können ihre Entschädigung bis zum Maximum eines Assistentenalters innerhalb ihrer Kategorie ergänzen. Dieser Zuschuss erfolgt zu Lasten der Schule oder Universität, an welcher der Doktorand tätig ist.

6. Ein Doktorand kann aufgefordert werden, bei Forschungsarbeiten oder Dienstleistungen, die nicht ausschliesslich mit seiner Doktorarbeit im Zusammenhang stehen, innerhalb einer vom Nationalfonds finanzierten Forschergruppe mitzuwirken. In diesem Falle kann ihm vom Nationalfonds eine Zusatzentschädigung ausgerichtet werden, die auf Grund des geleisteten Arbeitspensums festgesetzt wird; die Maximalentschädigung (Normalansatz und Zuschuss) darf folgende Beträge nicht überschreiten:

1. Jahr	Fr. 19 200.– pro Jahr
2. Jahr	Fr. 20 400.– pro Jahr
3. und 4. Jahr	Fr. 21 600.– pro Jahr

Diese Beträge werden ab 1. 1. 1972 ebenfalls jährlich angepasst. Verheiratete Doktoranden erhalten eine jährliche Zulage von Fr. 325.–; die Zulage für jedes Kind beträgt jährlich Fr. 645.–. Diese Entschädigungen sind steuerpflichtig.

7. Es besteht die Absicht, die Entschädigung von Doktoranden, welche – vor allem innerhalb der Abteilung I (Geisteswissenschaften) – nicht unter das vorliegende Reglement fallen, ebenfalls abzuklären.

Übergangsbestimmungen

8. Die vorliegende Regelung tritt am 1. 1. 1971 in Kraft für alle Doktoranden, die ab 1. 1. 1971 erstmals im Rahmen eines vom Nationalfonds finanzierten Forschungsprojektes entschädigt werden oder im Rahmen eines laufenden Projektes eine Entschädigung beziehen, welche die in den Punkten 4 bis 6 festgesetzten Ansätze nicht erreicht.

Für alle Doktoranden, die bereits vor dem 1. 1. 1971 zu Lasten des Nationalfonds eine Entschädigung bezogen haben, welche die festgesetzten Ansätze überschreitet, wird die Entschädigung ab 1. 1. 1971 solange nicht erhöht, als sie diese Normen übersteigt.

Schweizerischer Nationalfonds zur
Förderung der wissenschaftlichen Forschung
Bern, 15. Dezember 1970

tion überprüfen und mögliche Verbesserungen abklären. Wer Freude an einer solchen Arbeit hätte, suche bitte Verbindung mit mir:

Willy Matzinger, stud. oec. publ.,
Haldenstr. 23, 8304 Wallisellen,
Tel. 93 35 21

Hochschulreformkommission gewählt

Der Senatsausschuss der Universität Zürich hat folgende Dozenten, Assistenten und Studenten als Mitglieder der neuen Hochschulreformkommission gewählt:

Prof. Dr. Max Wehrli, Rektor
Prof. Dr. Alfred Niggli, rector designatus
Dr. F. Züsli-Nicosi, Universitätssekretär
Prof. Dr. Georges Wagnière
Prof. Dr. Rudolf M. Hess
Assistenz-Prof. Dr. Richard Gitzelmann
PD Prof. Dr. Vito Piconi
Alois Fischer, lic. iur., Assistent
Dr. Peter Nipkow, Assistent
Stud. phil. I Andreas Studer
Stud. phil. I Daniel Rhoenheimer
Stud. phil. I Anton M. Fischer
Stud. phil. II Werner Stahel

Diese paritätisch zusammengesetzte Reformkommission hat gemäss dem Beschluss des Senats vom 4. Dezember 1970 den Auftrag, im Sinne der Empfehlungen der Schweizerischen Hochschulkonferenz, d. h. im Hinblick auf ein kommodenes neues Universitätsgesetz, Reformen vorzuschlagen. Die Rahmenordnung für diese Kommission wurde am 4. Dezember vergangenen Jahres veröffentlicht.

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarbband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichnerarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Tel. 27 77 27 (gegründet 1945)

Informationsflut und Bibliothekswesen

Für uns Studenten existiert auf dem Platze Zürich eine ganze Reihe von kleineren und grösseren Bibliotheken. Ebenso bekannt ist, dass das Katalogwesen oft kaum den heutigen Anforderungen entspricht. Man kann die Bibliotheken, grob gesprochen, in vier Arten unterteilen.

1. Die Universität mit ihren Sammlungen, Instituts- und Seminarbibliotheken.

2. Die Hauptbibliothek der ETH sowie diejenigen ihrer Institute.

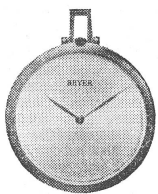
3. Bibliotheken, die mehr für die Allgemeinheit gedacht sind, daneben aber auch noch für die Studenten interessant sind.

4. Bibliotheken, die mehr oder weniger für einen bestimmten Benützerkreis geschaffen wurden, die in der Regel aber auch den Studenten zur Verfügung stehen.

Innerhalb der Universität selbst gibt es in den institutsinternen Bibliotheken zum Teil beträchtliche Überschneidungen, eine weitere entsteht dadurch, dass es an der ETH etliche Institute gibt, die ähnliche Gebiete bearbeiten wie jene an der Universität. Weiter wird die Suche erschwert, dass leider nur ein Teil der Institutsbibliotheken im Katalog der ETH-Hauptbibliothek enthalten sind.

Ein besonders trübes Kapitel sind die Sachwortkataloge, denn sie fehlen meistens. Das Führen nur eines Autorenkataloges mag zwar organisatorisch einfach sein, es ist aber heute zum Anachronismus geworden. Solange die Bibliothek noch klein war, stiess man sich nicht gross daran. Mit der Zeit nahm man eine Unterteilung am Standort für die wichtigsten Gruppen vor. Doch heute genügt dies selbst in den Instituten nicht mehr. Ebenso unerfreulich ist der Zustand des Dissertationskataloges in der Zentralbibliothek. Auch hier wurde, abgesehen von einzelnen Werken, nur nach Namen geordnet: »Es fehlen Zeit und Personal, um diese Bücher auch in den Sachwortkatalog aufzunehmen.« Es ist jedoch kaum möglich, etwas über ein bestimmtes Sachgebiet zu finden, denn man müsste von A bis Z mehrere tausend Autoren durchsehen. Dass in der Folge mit dem Dissertationskatalog kaum gearbeitet wird, kann nicht erstaunen. Dieser bestehende Zustand rechtfertigt sich aber nur, wenn man den Dissertationen kaum einen wissenschaftlichen Gehalt anerkennen will, etwa nach dem Motto: »Dissertieren, das heisst aus zehn Büchern ein elftes machen.«

Nach einem Antrag im GSTR sollte eine Kommission die bestehende Situa-



BEYER

Bahnhofstr. 31/Ecke Bärengasse

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH

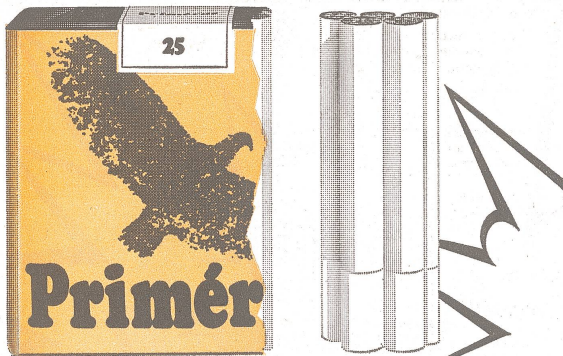
Fr. 1.25



20+5 Cigarettes



5 schwarze mehr



Priméros

Frei sein.

*Beim Fahren.
Parken.
Handeln. **FIAT**
Fr. 4550.-, **500**
Bei allen Fiat-Vertretern.*

Spezial-Leasing für Studenten: Auskunft beim Sekretariat der Studentenschaften, beim VSETH oder bei der Fiat Automobil-Handels AG, Freihofstrasse 25, 8048 Zürich, Tel. 527752.

Priméros



**ZÜND-
STOFF!**

Eine neue Zigarette,
die den Rahmen sprengt.
Der Tabak: dunkel wie die Nacht.
Das Format: kurz, dick, unelegant.
Der Filter: kein wissenschaftliches Laboratorium.
Der Preis: nicht der Rede wert.

Zum Phänomen der politischen Gewalt

3. Teil (Schluss)

Kurze Zusammenfassung des zweiten Teils:
- Gewaltanwendung und ihre jeweiligen Rechtfertigungen können nicht einfach abstrakt akzeptiert oder verworfen werden. Gewaltanwendung ist ein Mittel, soziale Interessen in gesellschaftlichen Konflikten durchzusetzen: Das Phänomen des sozialen Konflikts muss damit näher analysiert werden.

- »Gewaltanwendung innerhalb eines politischen Systems lässt sich als Antwort auf das Versäumnis der etablierten Autorität verstehen, den Forderungen neuer Gruppen auf Anhörung stattzugeben« (Cosser). Man kann offene oder geschlossene politische Systeme unterscheiden. Im ersten Fall bestehen Kommunikationskanäle über den Dissens artikuliert, über den Forderungen eingebracht werden können und auch teilweise

Th. Ebert (15, siehe auch 11) unterscheidet folgende Eskalationsstufen, wobei er jeweils trennt zwischen subversiver Aktion (einfache Weigerung, bezeichnet mit s) und konstruktiver Aktion (neben das blosses Weigerungs-handeln tritt hier das Aufzeigen eines konstruktiven Ersatzes und evtl. schon sein symbolisches Vorspielen, bezeichnet mit k):

1. *Protest (s)*: Symbolisierung der Unzufriedenheit, der einzelne einpielt jedoch die von ihm im System eingenommene Rolle weiter.

Funktionale Demonstration (k): Aufzeigen bestimmter konkreter Abhängigkeiten, symbolische Vorwegnahme erstrebter Positionen. Zentrales Ziel ist dabei, die Legitimationsschwäche des bestehenden Systems aufzuzeigen, einen massenhaften Bewusstwerdungsprozess in Gang zu bringen (Teach-ins, Soziodrama, Demonstrationen, Goin's, Sit-ins etc.).

2. *Nichtzusammenarbeit (s)*: Das System wird durch das Entziehen der freiwilligen Zusammenarbeit partiell gelähmt, d.h. der einzelne weigert sich, den systemimmanenten Rollenerwartungen weiter Folge zu leisten (Streiks etc.).

Rollennovation (k): Zur Verlängerung der Nichtzusammenarbeit werden von den einzelnen neue Rollen übernommen oder bestehende Rollenerfordernisse umdefiniert. Dabei werden durch Selbstorganisation Freiräume geschaffen, die die Herrschenden zu Konzeptionen bewegen können (Generalstreiks etc.).

3. *Ziviler Ungehorsam (s)*: Offene und massenhafte Missachtung von Gesetzen, »Generalstreik auf höherem Niveau«.

Zivile Usurpation (k): »Die Aufständischen handeln dabei so, als ob das neue soziale System, das ihren Forderungen entspricht, schon bestehen würde, und übernehmen ohne Rücksicht auf die bislang Herrschenden die ihren angestrebten Positionen entsprechenden Rollen« (16).

Der zentrale Gedanke ist dabei der, dass sich die Herrschenden auf die Dauer dem gewaltlosen Zwang nicht entziehen können und sich schliesslich an die sich verweigernde grosse Mehrheit anpassen müssen; also eine Kombination von moralischem Appell, gewaltfreiem Zwang und »konstruktiven Alternativen als Bedingungen für einen möglichst effizienten Lernprozess auf der Seite der Geforderten. Der Gegner wird als Gefangener seines eigenen Herrschaftssystems, von dem man ihn befreien muss, betrachtet: also Trennung von Rollen und »Mensch«.

So soll eine Situation geschaffen werden, in der die »Unterprivilegierten

erfüllt werden; dies ist im geschlossenen System nicht der Fall.

- Nur wer Macht hat, vermag seine Interessen so zu vertreten, dass sie von den Mächtigen auch zur Kenntnis genommen werden. Die effizienteste Weise für eine »unterprivilegierte Gruppe, Macht zu erlangen, differiert von Kontext zu Kontext.

- Gewaltlosigkeit hat mehr zu sein als ein blosses Nichtstun, mehr als blosses Passivität: »... nonviolence (is) any activity that aims at enlarging action-spaces by including actions or making them more attractive« (Galtung). Somit gewinnt Gewaltlosigkeit einen positiven Inhalt, bestimmt die Möglichkeit gewaltfreien, aktiven Handelns; gewaltfrei, aber trotzdem aktiver und dezidiert Interessenvertretung.

Rolf Nef

die friedliche Einschränkung der bestehenden Gewalt sind nur Teilformen möglich, die immer in Gefahr stehen, gewaltsam oder integrativ in den Raum des in seinen Grundfesten gar nicht angezweifelt Bestehenden gezogen zu werden. Gewaltfreiheit würde somit zum Opfer der »repressiven Toleranz«: Protest wäre erlaubt, seine Zulassung zeugte von der Liberalität des Systems, aber ändern würde sich verdammt wenig:

»Jedesmal, wenn die Schwarzen in (den) Städten sahen, wie... Martin Luther King geohrfeigt wurde, wurden sie zornig. Als sie sahen, dass kleine schwarze Mädchen in einer Kirche von Bomben getötet und Bürgerrechtler überfallen und gemordet wurden, stieg ihr Zorn... Wir konnten ihnen nichts Handgreifliches bieten, nur hinausgehen und uns wieder schlagen lassen... Wir hatten für sie nur die alten Worte von Liebe und Leiden. Und meistens... bekamen wir die alten Worte von Geduld und Fortschritt als Antwort.« (18) Trotz partiellen Erfolgen vermochte die Bürgerrechtsbewegung die Stellung der Neger nicht grundsätzlich zu verbessern, trieb so viele Neger entweder in die individuelle Resignation oder in die militante Black-Power-

Bewegung. Sie scheiterte an der zunehmend aggressiven weissen Reaktion, an der Unfähigkeit, die Basis der Bewegung zu verbreitern und die erfahrenen Frustrationen produktiv zu verarbeiten; an der Unfähigkeit und der Weigerung zu »leiden« - ein Zentralbegriff des Konzepts Gandhis.

Dieses Scheitern ist auch bei uns noch zu spüren: Gewaltlose Methoden wurden wohl aus dem amerikanischen und indischen Kontext übernommen, eine auf die spezifischen Verhältnisse der europäischen Länder zugeschnittene »gewaltfreie« Strategie ist jedoch erst in Ansätzen entwickelt. Hingegen wurde versucht, die Praktiken der »civil defence« in das marxistische Revolutionskonzept einzubauen; Da die Masse der Bevölkerung ihre Lage gegenwärtig nicht als unerträglich empfindet, muss versucht werden, dieses Bewusstsein der Unerträglichkeit zu schaffen: »Die demonstrative Gewalt, welche die politische Aufklärung in unserer Situation... allein in Anspruch nehmen darf, ist definiert durch das Ziel der Aufklärung. Durch Demonstration erzwingen wir Aufmerksamkeit für unsere Argumente, weil wir sie für die besseren halten. Wir erzwingen Diskussion dort, wo sie uns durch informellen Zwang verwehrt wird.« (19)

Also permanente Infragestellung der Legitimationsbasis der Mächtigen, Zerstörung der normativen Kraft des Faktischen durch Eroberung von Freiräumen und durch das Aufzeigen von konkreten Alternativen. Ein langfristiger und schwieriger Prozess, dessen (vorübergehendes?) Scheitern entweder zur privatischen Resignation, zu frustrierten »anarchistischen Gewalttaten« la Kunzelmann oder zur Schwenkung zum »Guevarismus« führt; Die Magie des Bestehenden kann nicht mehr durch rationale Aufklärung durchbrochen werden: »Durch die Denunziation des Bestehenden als magischer Barriere, die durch die Kanäle der Gewalt und der Bewusstseinsmanipulation eine Vermittlung von Kritik und Aktion bei den Ausgebeuteten unterbindet, soll versucht werden, praktisch diese Magie zu destruieren, nicht nur die latente Gewalt in akute umschlagen zu lassen, sondern um kämpferisch diese Gewalt auch zu überwinden.« (20)

Nur die prinzipielle Negation des Bestehenden soll hier noch wirkliche Emanzipation ermöglichen. Der Gewalt wird sozialtherapeutischer Charakter zugeordnet: »Die revolutionäre Gewalt ist furchtbar, aber furchtbarer würden

die Leiden der Völker sein, wenn nicht durch bewaffnete Gewalt die Gewalt überhaupt von den Menschen abgeschafft würde« (21). Radikaler Humanismus verbindet sich da mit radikalem Hass. - Die Reproduktion einer ins Unermessliche gesteigerten Vision des Schöpfungsaktes, hervorgebracht von der scheinbar unüberwindbaren Geschlossenheit und Rigidität der bestehenden Struktur. Ob allerdings eine solche Strategie »im Dickicht der Städte« Europas die Phase der blossen Negation zu überwinden vermag, scheint fraglich. Berlin ist nicht Montevideo, obwohl offenbar gewisse Berliner »Tupamaros« dieser fatalen Verwechslung zum Opfer gefallen sind.

Was tun?

Damit gilt es sich zu entscheiden: Widerstand tut not, ohne Zweifel; doch weder »frustrated behaviour« noch Dschungel-Voluntarismus, sondern rationaler Widerstand, der sich andauernd der Adäquatheit seiner Mittel zum Ziel versichert. Konkret heisst das: Das Konzept des »zivilen Widerstandes« ist auszubauen und zu vervollkommen, damit der ihm innewohnenden Gefahr - vom System integriert und neutralisiert zu werden, ohne verändert zu wirken - wirksam begegnet werden kann. Weiter wären die Randbedingungen, unter denen eine »gewaltfreie« Strategie überhaupt durchführbar ist, genau zu bestimmen. Daneben wäre Gewalt nicht abstrakt moralisch zu verwerfen, sondern allenfalls aus ihren Bedingungen und Konsequenzen zu kritisieren. Es mag Umstände geben, unter denen Gewalt das einzig angebrachte Mittel der sozial-humanen Vernunft ist; Umstände unter denen die Empfehlung zur Gewaltlosigkeit der Empfehlung zum Selbstmord gleichkäme - der wohl kaum jemand nachkommen wird, auch wenn sie im Namen eines verwaschenen, unreflektierten Humanismus ausgesprochen wird.

Rolf Nef

(15) ebenda, S. 36ff.

(16) ebenda

(17) Jürgen Habermas, »Hochschulreform und Protestbewegungen«, F/M 1969, S. 146

(18) Carmichael/Hamilton, »Black Powers«, F/M 1969, S. 49/50

(19) Habermas, op. cit. S. 146

(20) Che Guevara, »Brandstiftung oder neuer Friede?«, Hamburg 1969, Hrsg. Sven G. Papcke (Nachwort), S. 144

(21) ebenda

Was will die Zivildienstinitiative?

Um die Münchener Zivildienstinitiative ist es nach dem Teach-in in der ETH wieder still geworden. Leider. Dem Unternehmen fehlt offenbar die nötige Publizität. Dem kann abgeholfen werden. Der folgende Artikel legt die Beweggründe der Initianten nochmals dar. Sicher ist die vorliegende Lösung nicht ideal. Sie ist ein Kompromiss. Kompromisse werden von extremen Positionen aus immer abgelehnt. Ebenso würde eine radikale Initiative vom Volk abgelehnt werden. Nur ein Kompromiss hat Chancen durchzukommen. Deshalb, glaube ich, sollte man die Initianten unterstützen.

USG

Unser Komitee ist sehr vielgestaltig zusammengesetzt: Angehörige verschiedener Parteien und Parteilose. Wir haben uns zusammengefunden, weil wir der Meinung sind, die heutige Behandlung der Militärdienstverweigerer entspricht nicht mehr den Vorstellungen einer modernen Demokratie und es sei Sache der Militärdienst leistenden Mehrheit unseres Landes, diesen Dienstverweigerern, zumindest denen, die gewillt sind, für die Gemeinschaft einen anderen Dienst zu leisten, zu einer gerechten Lösung zu verhelfen. Wenden Sie sich an uns, falls Sie mitarbeiten wollen.

Wir leisten Militärdienst, denn heute kommen wir ohne Armee noch nicht aus. Man kann Soldat sein und den-

noch Friedensarbeit leisten. Aber wir achten die Meinung derer, die aus innerer Überzeugung jeden Waffendienst ablehnen. Wir achten diese Überzeugung, aber wir sind nicht dieser Meinung. In einer Demokratie sollten Menschen nicht wegen ihrer Überzeugung vor Gericht gestellt werden. Deshalb unsere Initiative. Einen anderen Weg gibt es nicht. Staatsrechtler haben festgestellt, dass zur Einführung eines Zivildienstes die Verfassung geändert werden muss.

Unsere Initiative hält die Militärdienstverweigerer als echte Alternative zum Zivildienst an.

Der Zivildienst ist für Schweizer vorgesehen, die die Erfüllung der Militärdienstpflicht nicht mit ihrem Glauben oder mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Die Interpretation des Begriffs »Glaube« dürfte kaum Schwierigkeiten verursachen. Nicht so leicht ist das »Gewissen« zu definieren. Wir schlagen die folgende Formulierung vor: Ein persönliches Wertgefüge und Selbstverständnis, eine persönliche Überzeugung, die zu einem bestimmten Handeln verpflichtet; diese Überzeugung kann bedingt sein durch religiöse, ethisch-humanitäre, politische und andere Erwägungen, und diese Gründe können für andere einsichtig oder nicht einsichtig, nachvollziehbar oder nicht nachvollziehbar sein. Man darf nicht übersehen, dass die Jugend heute in stärkerem Mass als früher gesellschaftsbezogen, politisch denkt. Eine Gewissensverpflichtung kann sich hier ebenso ergeben wie aus religiöser oder ethischer Sicht.

Kann man die Echtheit von Gewissensgründen überhaupt mit letzter Sicherheit beurteilen? Unsere Initiative weist einen anderen Weg, um jene Leu-

te, für die der Zivildienst nicht gedacht ist, von ihm fernzuhalten: dieser Zivildienst soll mindestens gleiche Anforderungen stellen wie der Militärdienst. Er muss aber unabhängig vom Militärdepartement organisiert werden.

Die Aufgaben des künftigen Zivildienstes sind in unserem Text durch die allgemeinen Bundeszwecke abgesteckt, wie sie im 2. Artikel der Bundesverfassung formuliert sind. Wir sollen damit bewusst im Rahmen des geltenden Verfassungsrechtes bleiben und keine Sonderrechte für Militärdienstverweigerer postulieren. Für den Zivildienst käme insbesondere der vierte Bundeszweck in Frage, der die Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt verlangt.

Geben Sie unsere Unterschriftenbogen auch an Ihre Verwandten und Bekannten weiter. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung, wenn Sie uns noch aktiver unterstützen wollen. Besonders ergeblich sind Sammlungen vor Abstammungsorten oder bei Grossanlässen. Senden Sie uns die gesammelten Unterschriften von Zeit zu Zeit zu, damit wir einen ständigen Ueberblick haben. Wir werden Sie durch die Presse orientieren, sobald die Sammlung abgeschlossen wird. Wenn immer möglich wollen wir nicht nur die erforderlichen 50 000 Unterschriften erreichen, sondern mehr. Eine Bitte: Lassen Sie die Unterschriftenbogen nicht beglaubigen, das besorgen wir. Beglaubigte Bogen müssen nämlich innerhalb eines halben Jahres eingereicht werden, und wir wissen jetzt noch nicht, ob wir in sechs Monaten so weit sind. Und lassen Sie auf einem Bogen nur Stimmberichtigte ein und derselben Gemeinde unterschreiben.

Im Namen der Initiativkomitees:

Lorenz Häfjiger, Aesch BL (Präsident)

Während der nächsten Wochen und nach den Ferien werden in den Haupteingängen der ETH Unterschriften gesammelt. Freiwillige Unterschriftensammler: Bitte meldet Euch beim Initiativkomitee (Adresse oben) oder bei

Ueli Gugerli
Schaffhausstrasse 124
8057 Zürich, Tel. 26 33 63

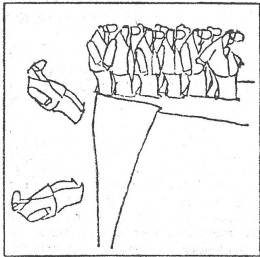


Aufklärung durch Aktion.

Lieber Leser,

die Abstimmung über die Erweiterungsbauten der Universität auf dem Strickhofareal steht vor der Tür. Der Grosse Studentenrat hat es abgelehnt, das Projekt aktiv zu unterstützen, sehr zum Missfallen vieler Universitätskreise. Die Kliniker, Vorkliniker, Assistenten sowie der Senat haben das Projekt den Stimmbürger zu Annahme empfohlen. Im *zsx* ist regelmässig über die studentische Arbeit in Sachen Strickhof orientiert worden. Für diese Nummer hat eine Arbeitsgruppe nochmals die wichtigsten Punkte der studentischen Kritik zusammengefasst. Aus ihnen wird das Dilemma ersichtlich, vor dem man am 14. März stehen wird. Der Universitätsausbau ist dringend erforderlich. Andererseits bestehen erhebliche Zweifel, ob das jetzige Projekt, das ursprünglich zukunftsgerichtet sein sollte und jetzt gerade noch den Nachholbedarf decken kann, längerfristig den Interessen der gesamten Universität gerecht wird. So wird man sich nicht zuletzt die Frage stellen müssen, ob innert nützlicher Frist ein Projekt vorgelegt werden kann, das mehr zu befriedigen vermag. Die Befürworter werden dies energisch bestreiten, die Kritiker werden auf die im Ausland gemachten Erfahrungen verweisen. »Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach!« So argumentiert die eine Seite, während sich die andere auch den Spatz etwas genauer ansehen möchte. So oder so: über die Alternative, die dem Stimmbürger angeboten wird, kann man nicht recht froh werden.

Werner Bosshardt



Löst ein offener den schleichenden Numerus clausus ab?

Argumente, die wenig überzeugen

»Die Finanzierungsweise, wie sie im Fonds-Gesetz verankert ist, hat keinen Zusammenhang mit dem Tempo der baulichen Massnahmen.«

Ueber die ausserordentliche Betriebsrechnung finanziert der Kanton die jährlichen Baukosten. Die daraus resultierende Bauschuld muss innerhalb einer vorgeschriebenen Frist von maximal 25 Jahren über die Ordentliche Betriebsrechnung getilgt werden. Für diese Tilgung wird ein Fonds geschaffen, dem ausschliesslich die jährlichen Grundbeiträge des Bundes für die Betriebsleistungen der Universität zukommen. Der Kantonsrat beschliesst jährlich, ob diese Grundbeiträge voll oder nur teilweise für die Tilgung in Anspruch genommen werden.

Die genannten Bundesbeiträge betragen gegenwärtig etwa 12 Mio. pro Jahr, dürften aber in der nächsten Zeit etwas ansteigen. Dieser Gewinn dürfte jedoch durch die rasche Bauteuerung mindestens wettingemacht werden. Wenn also, um ein Beispiel zu nennen, während 10 Jahren gebaut wird, so dürften die akkumulierten Tilgungsraten der einzelnen Baujahre (40% für das erste Baujahr, 36% für das zweite usw., bis 4% für das zehnte) die Summe von 120 bis 150 Mio. Franken nicht übersteigen, da jedes Jahr $\frac{1}{25}$ der bereits getätigten Baukosten abgeschrieben werden muss. Insgesamt ist damit eine längere Bauzeit von mindestens 12 Jahren für das vorgesehene Programm unvermeidlich. Da in den Fonds nur Bundesbeiträge fließen, kann der Kantonsrat durch Kürzung dieser Beiträge das Tempo verlangsamen, nicht aber beschleunigen.

»Eure Einwände mögen ja richtig sein, aber von den Behörden ist ohnehin nichts Besseres zu erwarten.«

No comment!

»Wenn diese Vorlage abgelehnt wird, dauert es wieder zehn Jahre, bis etwas geschieht.«

Man muss ja die Erwartung auf etwas Schnelleres und Wirksameres nicht unbedingt an diejenigen richten, die bereits zehn Jahre gebraucht haben, um ihre Irrtümer baureif zu machen.

Hochschulkonferenz und Strickhofprojekt

Nach der Strickhof-Debatte im Grosse Studentenrat hat sich das Generalsekretariat der Schweizerischen Hochschulkonferenz an die Öffentlichkeit gewandt und erklärt, dass sie und die von ihr geschaffene Fachstelle nach reichlicher Ueberlegung positiv zum Strickhofprojekt Stellung bezogen habe. Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesen Gremien Vorbehalte angebracht wurden, die nicht leichtfertig von der Hand gewiesen werden können. Die Hochschulkonferenz bringt denn auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass diesen Vorbehalten im Zuge des Hauptverfahrens Rechnung getragen wird. Dieser Hoffnung schliessen wir uns gerne an und drucken im folgenden einige Auszüge aus dem Fachstellenbericht ab, die das Strickhofprojekt nicht im rosigen Licht erscheinen lassen.

Zum Planungsziel von 8000 bis 10 000 Studenten, wie es im Regierungsrätlichen Bericht vom Juli 1968 fixiert worden ist, wird festgehalten:

»Die Schlüsselzahl von 9000 Studenten zur Errechnung des Platzbedarfs erlaubt angesichts der heute schon immatrikulierten 8380 Studenten (Wintersemester 1969/70) nur eine geringe Erweiterung um etwa 700 Studienplätze, das heisst, dass die Zunahme von 700 Studenten an der Universität Zürich bis zur Fertigstellung der Neubauten im Jahr 1987/88 theoretisch als zu niedrig erscheint.«

Zu den Platzbedarfsberechnungen wird ausgeführt:

»Nach Schätzungen der Fachstelle dürften gewisse Reserven dadurch vorhanden sein, dass die Platzbedarfsberechnung auf dem Strickhof auf einer Bruttonutzfläche von 70 qm pro Student basiert. Diese Reservelücke wird jedoch bei Erreichung der oberen Grenze des Planungsziels, i. e. 10 000 Studenten, im wesentlichen beansprucht, da die Platzbedarfsberechnung auf der Schlüsselzahl von 9000 Studenten beruht. Auf dem Strickhof reduziert sich damit, bei einer Gesamtzahl von 3900 Studenten (39% von 10 000 Studenten - Bericht Regierungsrat, S. 34), die Bruttonutzfläche pro Student auf 61 qm, was einer Erhöhung der Konzentration um 15% in bezug auf die 70 qm/Student der Bemessungsgrundlage entspricht.«

Die Fachstelle prüft dann den Investitionsaufwand, stellt die Quadratmeterpreise für die einzelnen Bauetappen zusammen und kommentiert:

»Auffallend an dieser Zusammenstellung ist der Quadratmeterpreis für die restlichen Etappen, der mit 4450 Fr. sogar für Universitätsbauten als übertrieben zu betrachten ist.«

Zum Umfang der ersten Bauetappe werden ebenfalls einige kritische Bemerkungen angebracht:

»Den 900 Studenten wird bei 51 110 qm Bruttogeschossfläche eine Bruttonutzfläche von ca. 56 qm pro Student zur Verfügung stehen, was eine Verminderung von 20% gegenüber den im Bericht des Regierungsrates genannten 70 qm als Bemessungsgrundlage des Platzbedarfes bedeutet. (...) In dieser Beziehung fällt auf, dass bereits in den Wettbewerbsbestimmungen aus dem Jahr 1965 die erste Etappe mit 75500 qm berechnet war und dass im vorhandenen Projekt jene Dimension auf 51 100 qm verkürzt wurde. Die Fach-

stelle ist der Ueberzeugung, dass hier zu zurückhaltend geplant wurde.«

Zum Thema »rationelle Bauweise« fallen folgende Bemerkungen auf:

»Die Kubikmeterpreise der Bauten basieren auf 330 Fr. für Institutsgebäude und 400 Fr. für Hörsaalgruppen

»Im Rahmen des gestellten Planungszieles ist zu sagen, dass eher mit mittleren Zahlen als Basis gerechnet wurde, so dass bei einem Vollausbau bis zur oberen Grenze des Planungszieles eher knappe Verhältnisse herrschen dürften.«

Angesichts der Tatsache, dass immer wieder die »Sorgfältigkeit«, »Umsicht« und »Genauigkeit der Planung hervor-

Strickhof

Diskussionsvorschläge - Argumente

im Flachbereich. Auch dabei ist wieder auffallend - und dies wurde bereits auf S. 10 festgestellt -, dass in der ersten Etappe sehr wenig Vorleistungen für die weiteren Etappen vorgesehen sind.«

In ihren zusammenfassenden Erörterungen kommt die Fachstelle nochmals auf das gesetzte Planungsziel zurück:

gehoben wird, ist es erstaunlich, dass die Fachstelle in ihrem Bericht zu mehreren interessanten Fragen nicht Stellung nehmen konnte, da ihr die nötigen Unterlagen fehlten. Vielleicht deshalb, weil sie der Prüfungsstelle nicht eingereicht worden sind, vielleicht aber auch deshalb, weil sie ganz einfach nicht erarbeitet worden sind.

Gedanken über eine Alternative

Die Regierung legt dem Stimmbürger keine Alternative vor; im Gegenteil, sie muss zugestehen, dass im Falle einer Ablehnung (welche bei einer Vorlage für die Universität in solcher Höhe immerhin nicht so unwahrscheinlich ist) keine Vorstellung über das weitere Vorgehen besteht: »Wenn das Projekt verworfen wird, stehen wir vor Problemen, von denen wir keine Ahnung haben, wie wir sie lösen können.« (Arch. H. Furrer, Chef der Universitätsplanung.) Man muss also dem Stimmbürger die Pistole auf die Brust setzen, mit dem Eingeständnis, dass man nach einer Verwerfung vor einem »grossen Scherbenhaufen« stünde (Kantonsbaumeister Witschi).

Wenn im folgenden die studentischen Vorstellungen über ein alternatives Vorgehen zusammengefasst werden, ist klar, dass eine solche Alternative kein Projekt darstellen kann. Vielmehr müssen die universitären Voraussetzungen geklärt werden, welche die Erarbeitung eines Projekts erst ermöglichen. Die Alternative, welche die Studenten fordern, ist also ein anderes Vorgehen der Planung.

Es muss für eine Alternative von den

folgenden Grundsätzen ausgegangen werden.

Grundsätze

- Kurzfristig muss der unbestrittene Nachholbedarf an Studienplätzen so rasch und so wirksam als möglich gelöst werden.
- Neubauten sind dort von grösster Dringlichkeit, wo die Zuwachsraten am grössten und am schärfsten sind und die Erweiterungsmöglichkeiten an Ort am geringsten sind.
- Die Aufwendungen für Sofortmassnahmen müssen sich in einem finanziellen Rahmen halten, der es dem Kanton ermöglicht, ein Planungsziel von 10 000 bis 12 000 Studenten innert kurzer Zeit (max. 5 Jahre nach Planungsbeginn) zu erreichen.
- Die technischen Voraussetzungen für ein solches rasches Planen und Bauen müssen gegeben sein.
- Was den Standort anbetrifft, so spielen zwei Faktoren eine besondere Rolle, nämlich einerseits die Erschliessung und andererseits das Verhältnis von Nutzungsintensität, beanspruchtem Raum und Verbindung zu anderen Disziplinen. Eine Neuerschliessung ist für installationsintensive Bauten äusserst kostspielig und langwierig, dagegen ermöglicht ein Anschluss an ein bestehendes Versorgungs- und Verteilungssystem erhebliche Zeit- und Finanzersparungen.
- Unter dem Druck der fahrlässig oder überhaupt nicht ausgearbeiteten Grundlagen für eine langfristige Planung sollte jetzt nicht entschieden werden. Die zeitliche Verzögerung der langfristigen Entscheidungen würde es erlauben, diese Grundlagen (Studentenzahlen, verschiedene Entwicklung der Institute, innerer Aufbau der Universität, Bildungsplanung, Koordination Uni/ETH, Erweiterungs- und Flexibilitätsprinzip für die Ueberbauung, Entwicklung der Ausnutzung und Raumkapazität im Hochschulierteil) zu überarbeiten und damit das langfristige Vorgehen auf eine gesicherte Basis zu stellen.

● Kurzfristige Massnahmen sollten also die langfristige Planung nicht unter neue Sachzwänge setzen.

● Wirksames Planen setzt jedoch auch eine sachliche und personelle Neukonzeption der Planungsorganisation voraus.

Zweigleisiges Vorgehen

Damit drängt sich ein zweigleisiges Vorgehen auf, wie es andernorts bereits angewendet wird.

Kurzfristig muss eine rasch wirksame Abhilfe für die unbestrittene Platznot geschaffen werden. Der Schnellbau, wie er heute in Deutschland zur Bekämpfung des Numerus clausus massiv eingesetzt wird, bietet die Möglichkeit an, diese Nothilfe mit relativ geringen Aufwendungen in der Schweiz in einem Zeitraum von 3 bis 5 Jahren nach Planungsbeginn durchzuführen. Schnellbauverfahren, welche heute in Deutschland über ein Optimum an Planungsorganisation und Erfahrungsrunden liegen sowie über die notwendige Baukapazität verfügen, wären bereit, einen solchen Auftrag unter Zulieferung von Schweizer Firmen zu übernehmen. Diese Massnahme wäre bei der heutigen Situation auf dem schweizerischen Baumarkt konjunkturpolitisch gesehen durchaus erwünscht.

Zum Standort dieser Sofortbauten: Zuerst muss selbstverständlich die Abklärung der zur Verfügung stehenden oder kurzfristig zu übernehmenden Raumkapazitäten im Hochschulierteil vorgenommen werden. Im weiteren ist eine Gesamtplanung von Bund, Stadt und Kanton im Hochschulierteil erforderlich, welche eine rationelle Ueberbauung dieses Gebiets erst möglich macht. Besondere Rechnung muss einer Koordination und einer allfälligen längerfristigen räumlichen Integration der gemeinsamen naturwissenschaftlichen Disziplinen im Hochschulierteil getragen werden. Ebenfalls gilt es, den Erschliessungsfaktor und die Zuwachsraten für die einzelnen Institute zu berücksichtigen. Erst dann lässt sich ein Entscheid bezüglich der Standortfrage treffen, wobei Hochschulierteil und Strickhofareal durchaus für Natur- und Geisteswissenschaften für die Ueberbauung in Betracht gezogen werden können.

Damit ist erst die Möglichkeit geschaffen, dass langfristig die notwendigen Planungsgrundlagen erarbeitet werden können. Der nationalen Koordination kommt dabei erstrangige Bedeutung zu, insbesondere auch bezüglich der Trägerschaft der Universität.

Was geschieht...

Reflektionen zur Alternative vom 14. März

Bis in 20 Jahren werden neue, stark erweiterte Räumlichkeiten für die Naturwissenschaften und Vorkliniken stehen. Entgegen anderslautender Gerüchte wird die Grösse des Strickhofes den heute bestehenden Nachholbedarf dieser Fakultäten weit übertreffen. Auch wenn man dem Konzept des Strickhofes zustimmen will, darf dieser Ausbau nicht für sich allein betrachtet werden. Er soll Bestandteil der Erweiterung der Universität sein.

In diesem Zusammenhang sind zwei Engpässe massgebend:

a) Zu bedenken ist, dass der Nachholbedarf einiger anderer Institute (z. B. Psychologie) denjenigen der Naturwissenschaften womöglich sogar übertrifft und dass die Studentenzahl vor allem an diesen Instituten sehr rasch anwächst, während sie bei den Naturwissenschaften annähernd stagniert. Der Strickhof wird aber erst in den achtziger Jahren für diese Institute Raum

Auf der Suche nach Sündenböcken?

Brief an Rektor Wehrli und Professor Boesch

Sehr geehrter Herr Rektor,
Sehr geehrter Herr Professor Boesch,
Der Entschluss des Grossen Studentenrates, das Strickhofprojekt nicht aktiv zu unterstützen, hat Ihnen zu denken gegeben. Sie haben sich offensichtlich dazu geäußert.

Herr Rektor Wehrli, Sie haben am Vortrag von Lucius Burckhardt gesagt: »Die andere Alternative, nämlich nein zu stimmen, führt zu nichts anderem, als dass wir in zwei bis drei Jahren den Numerus clausus haben. Gerade jenen Numerus clausus, von dem hier behauptet worden ist, er werde durch den Bau des Strickhofprojektes gefördert. Wenn Sie also nein stimmen, laden Sie eine Verantwortung auf sich, um die ich Sie nicht beneide.«

Herr Professor Boesch, in der NZZ vom 9. Februar 1971 schreiben Sie: »Selbst dann, wenn man dem Grossen Studentenrat gute Absichten zugestehet, muss doch gesagt werden, dass er eine ungeheure Verantwortung auf sich genommen hat. Im Falle einer Ablehnung der Vorlage wird er massgeblich mitverantwortlich zeichnen.«

Sie sprechen von Verantwortung; erlauben Sie, dass auch ich davon spreche. Sie zweifeln an einem positiven Ausgang der Abstimmung vom 14. März, wie ich meine, mit einiger Berechtigung. Sie schieben der Studentenschaft die Rolle des Züngleins an der Waage zu. Darüber lässt sich streiten. Doch immerhin geben sie damit implizit zu, dass auf der Nein-Seite der Waage bereits ein recht ordentliches Gewicht liegt. Ich schlage vor: Sprechen wir von diesem Gewicht; sprechen wir davon, warum Vorlagen, die in irgendeinem Zusammenhang zu Bildung stehen, beim Stimmbürger oft wenig Anklang finden. Studentenproteste und Aulabesetzungen genügen zur Erklärung nicht, so gerne es manche haben möchten. Die Realität steht solchen Argumentationen im Weg, das Phänomen ist wesentlich älter, als man glaubt, auf jeden Fall so alt, dass es die Urgrossväter von demonstrierenden Studenten bereits hätten erleben können.

Der wissenschaftlichen Untersuchung, die zu diesem Thema angelaufen ist, kann und soll nicht vorgegriffen werden. Aber eines lässt sich beim schlechtesten Willen nicht bestreiten: Die Universität hat es unterlassen, einen engen Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen und aufrechtzuerhalten, sie hat es unterlassen, in der Öffentlichkeit über ihre Probleme zu diskutieren, sie hat es unterlassen, Disziplinen vorzustellen, die weniger bekannt sind als etwa die Medizin. Sie hat zwar »Durch das Volk, für das Volk« über das Portal geschrieben, aber sie hat dem nicht nachgehelt. Sie hat versagt; die einzelne hat versagt, und die Institution als Ganzes hat versagt. Die Studentenschaft hat auf diese

Probleme aufmerksam gemacht, mehrmals, mündlich und schriftlich, sie hat konkrete Vorschläge gemacht, sie hat sich bereit erklärt, beim Aufbau einer besseren Beziehung zur Bevölkerung aktiv teilzunehmen. Sie hat aber auch erklärt, dass hier nur inneruniversitäre Zusammenarbeit Erfolg haben kann. Diese kam, wie Sie wissen, nicht zustande. Man hat zwar gemeinsame Pläne ausgearbeitet, als es aber ans Konkrete, ans Arbeiten ging, da klappte es nicht mehr. Nun sollen also Public Relations die enge Beziehung zur Bevölkerung ersetzen oder sie gar vertuschen. Mit Public Relations will die Universität über ihren eigenen Schatten springen, und sie hat Angst, dabei zu scheitern.

Deshalb sollen nun alle kritischen Stimmen verstummen. Es darf nur noch ein blütenweiss gestrichener Strickhof präsentiert werden. Alles, was den Stimmbürger negativ beeinflussen könnte, soll sorgsam von ihm ferngehalten werden. Auch sachliche Argumentation ist bereits Dolchstoss. Leise beginnt man sich zu fragen: Wo bleibt denn da die vielgerühmte Demokratie?

Sehr geehrte Herren, wenn Sie sich mit den Argumenten der Studentenschaft auseinandergesetzt haben (ich zweifle nicht daran), dann haben Sie festgestellt, um was es geht und um was es nicht. Sie haben festgestellt, dass es die Studentenschaft konsequent vermeiden hat, den Gaul jener zu reiten, die aus irgendwelchen emotionalen oder aber ökologisch-partikulären Gründen das Strickhofprojekt bekämpfen. Herr Professor Boesch, Sie attestieren der Studentenschaft, »dass sie ihre Aufgabe ernst genommen hat und sich eingehend mit der Vorgeschichte und der Entwicklung des Projektes befasste.«

Dann wissen Sie auch, dass die Studentenschaft nicht aus purem Destruktionstrieb sich mit Hochschulbaufragen zu beschäftigen begann, etwa »um in einer überfüllteren Universität besser Revolution machen zu können«. Es ging ihr, und darüber ist nie ein Zweifel offengelassen worden, vordringlich um einen schnellen, kontinuierlichen und umfassenden Ausbau der Universität. Auf die Argumente im einzelnen will ich nicht eingehen. Sie kennen Sie und finden Sie auch an anderer Stelle in dieser Zeitung.

Wenn Sie, Herr Rektor Wehrli, davon sprechen, dass in zwei bis drei Jahren ein Numerus clausus zu erwarten ist, falls das Strickhofprojekt abgelehnt wird, dann kann es darauf nur eine Antwort geben. Das ist, entschuldigen Sie, entweder Unwissenheit oder Demagogie. Nach Auskunft derer, die es eigentlich wissen müssten, sind die ersten Räume auf dem Strickhof erst in fünf bis sechs Jahren bezugsbereit. ... »Eine Ablehnung wird aber nur in

geringem Masse die gegenwärtigen Mitglieder der Studentenschaft treffen, sondern vor allem die zukünftigen Generationen.« Man könnte, Herr Professor Boesch, auch andersherum fragen: »Werden nach einem Ja am 14. März die Interessen zukünftiger Studentengenerationen ausreichend berücksichtigt?« Die der Naturwissenschaftler und Vorkliniker gewiss zu einem beträchtlichen Teil Und die anderen Fakultäten? Ich weiss, es bestehen Ausbaupläne auch für diese Fakultäten. Werden die finanziellen Mittel (a) vorhanden sein und (b) be-

willigt werden? Offene Fragen und eine ungewisse Zukunft für dreieinhalb Fakultäten.

Sprechen wir nochmals von Verantwortung: »Wenn der Strickhof abgelehnt wird, dann stehen wir vor dem totalen Nichts.« Dieses Argument macht die Runde und wird unverblümt als Druckmittel eingesetzt. Aber ist es nicht zu einem grossen Teil gerade dieses »Alles oder nichts«, das völlige Fehlen von Alternativen, die Unmöglichkeit, zu einem früheren Zeitpunkt in den Entscheidungsprozess einzugreifen, die in zunehmendem Masse die Stimmbürger von der Urne wegtreiben? Wenn man nach einem Nein am 14. März wirklich vor einem

völligen Chaos stünde, dann hiesse das, dass sich die Planungsstellen über einen naheliegenden Gedanken keine Gedanken gemacht hätte. Diese Verantwortung kann ihr niemand abnehmen.

Dies sollten Sie bedenken, wenn Sie, gewollt oder ungewollt, eine Sündenbocktheorie am falschen Objekt aufbauen. Wenn man sich, so oder so, nicht zu einer vorurteilsfreien Analyse des Abstimmungsergebnisses aufraffen kann, dann wird eine konstruktive Zusammenarbeit ab nächstem Semester noch schwerer fallen, und dann wäre eine »gedeihte Entwicklung unserer Universität« erheblich in Frage gestellt. Mit freundlichen Grüßen

Werner Bosshardt

Assistenten und Strickhofprojekt

Am 15. 1. 71 stimmte die Vollversammlung der Assistentenvereinigung einem Antrag ihres Präsidenten zu und erteilte dem 20köpfigen Vorstand Vollmacht zur Ausarbeitung einer Stellungnahme zur Strickhofvorlage. Der Präsident erklärte, dass diese Stellungnahme grundsätzlich positiv ausfallen werde, wenn auch mit Reservationen.

Niemand protestierte oder stellte einen Gegenantrag. Das Fehlen einer Diskussion an dieser Stelle hat ausserhalb der Assistentenschaft Anlass zu Missverständnissen gegeben. So hat sich der KSTR in einem poetischen Flugblatt über das Vorgehen der Assistenten öffentlich aufgeregt. Beim Entscheid der Assistenten für den Strickhof handelt es sich aber um das Resultat einer differenzierten Meinungsbildung. Seit der Gründung der Assistentenvereinigung hat sich der Vorstand mit den Fragen der Erweiterung der Universität intensiv auseinandergesetzt. Ein Grossteil der Assistenten hat sich individuell oder auf Instituts- und Fakultätsebene mit dem Projekt befasst.

An der Versammlung vom 25. 1. 71 war die Möglichkeit zu grundsätzlicher Diskussion des Strickhofprojektes gegeben: die Assistenten hatten die Traktandenliste ungefähr 10 Tage vorher erhalten, so dass sich Gegner einer grundsätzlich positiven Stellungnahme hätten organisieren und vorbereiten können. Wenn diese Möglichkeit nicht ausgenutzt wurde, liegt das daran, dass die Assistenten das Strickhofprojekt wenigstens grundsätzlich befürworteten. Ein Antrag auf Diskussion hätte vom Vorsitzenden unter keinen Umständen unter den Tisch geschwemmt werden können. Die Versammlungsleitung ihrerseits hatte nicht die Absicht, Schwierigkeiten für eine positive Stellungnahme zu provozieren. Zwar hätte gerade ihr Verhalten, das die Strickhoffrage sozusagen bagatellierte, als Provokation aufgefasst werden können, wenn sich unter den Assistenten überzeugte Gegner befunden hätten.

Die besondere Zurückhaltung, mit der das Strickhoftraktandum in der Versammlung behandelt wurde, hat ihren Grund wohl auch darin, dass trotz der positiven Grundhaltung ge-

genüber dem Projekt selber der Kontext von vielen Assistenten als unerfreulich angesehen wird. Es ist und bleibt schwer zu begreifen, warum an eine grosszügige Erweiterung der Universität erst dann gedacht wurde, als die ständig steigenden Studentenzahlen bereits zu unzumutbaren Platzverhältnissen geführt hatten; warum von zwei auf engem Raum konzentrierten Hochschulen beide nach der Peripherie der Stadt metastasieren müssen und nicht eine zugunsten der verbleibenden anderswo ganz neu aufgebaut werden kann.

Demgegenüber ist festzuhalten, dass heute das Strickhofprojekt die einzige

politisch realisierbare Möglichkeit darstellt, die Universität innerlich nützlicher Frist wirksam zu erweitern. Von dieser Erweiterung würden alle Fakultäten profitieren.

Es ist unvernünftig, den in greifbarer Nähe gerückten Strickhof zugunsten perfektionistischer, utopischer Projekte zu bekämpfen. Auch eine blosser Behinderung des Projektes durch eine neutrale Stellungnahme kann jetzt nur schaden. Im Interesse der ganzen Universität und im Hinblick auf künftige Planungen sollten die problematischen Aspekte des Projektes und des Projektiens weiter kritisiert werden. Das jetzt vorliegende Projekt muss aber, ebenfalls im Interesse der ganzen Universität, bejaht und aktiv gefördert werden.

Informationskommission der Assistentenvereinigung

Mit den Augen des Rektors

Prof. Dr. M. Wehrli

Wir haben den Rektoren der beiden Zürcher Hochschulen wiederholt offeriert, regelmässig im zürcher student zu aktuellen Fragen aus ihrer Sicht Stellung zu nehmen. Erstmals (und nicht ganz zufällig zu diesem Zeitpunkt) ist nun ein Kommentar von Rektor Wehrli eingegangen. Im Gegensatz zu anderen Kolumnen in anderen (universitären) Zeitungen sehen wir keinen Grund, den eingegangenen Beiträgen Zensuren zu erteilen. Die Artikel sollen für sich selbst sprechen. Die Redaktion

Raum für die Universität

Wenn mir der »zürcher student« eine Spalte zur Verfügung stellt, ist mir in diesen Wochen das Thema kein Problem; es heisst nämlich Strickhof. Der Grosse Studentenrat hat eine aktive Unterstützung des vorliegenden Projektes verweigert; der Kleine Studentenrat betreibt aktive Gegenpropaganda; es scheint, als ob »die Studenten alle dagegen seien. Die Professoren samt den Delegierten der Assistentenprofessoren und Privatdozenten sind einstimmig (bei zwei dekorativen Enthaltungen) dafür. Da kann etwas nicht stimmen. Eine geschlossene Verschwörung des akademischen Establishments, eventuell unter dem Eindruck der »puren Demagogie von Drahtziehern oder in Konspiration mit dem auch nur mit zwei Nein aufwartenden Kantonsrat? Auf der andern Seite die fundierte, freie, einhellige Klarsicht der Studenten? Eine verdächtige Konfrontation.

Die Befürworter haben immerhin das grössten Teil seit vielen Jahren das Problem verfolgt und das Projekt vorbereitet; ihre Vertreter haben mit grossem Einsatz an Erfahrung, Zeit und Mühe für die Universitätserweiterung gekämpft und gearbeitet. Sie wissen ebenso gut wie die Gegner, dass manches an der Planung und Projektierung mühsam ging, Kompromisse erforderte, vielleicht auch nicht nach Wunsch gelaufen ist. Sie wissen aber, was sie tun, wenn sie für die Vorlage vom 14. März eintreten.

Die Argumente der Gegner sind zunächst zu einem guten Teil rein retrospektiv: ungenügende Planung, versträute Gelegenheiten, falsche Prognosen. Sie tragen, abgesehen von Anklagen und Verdächtigungen, zur heutigen Entscheidung wenig bei. Ich habe alles Verständnis für den emotionalen Protest gegen die heute herrschenden »Sachzwänge«, obwohl ich mir menschliche Existenz ohne lückellose Sachzwänge vom Mutterleib bis zum Sarg nicht vorstellen kann. Kein Verständnis habe ich für Redensarten wie »Umkehrung der Umplanung in die Stadtplanung«, »Möglichkeiten von Alternativplanungen«, »der Nachholbedarf kann gedeckt werden, wenn er gedeckt wer-

den willk« usw. (vgl. KSTR Info Nr. 4). Kein Verständnis für die Argumentation mit dem »Numerus clausus, den diese Planung impliziert« – das heisst die Dinge auf den Kopf stellen. Ich sehe nicht ein, was der Strickhof im Rahmen einer – hoffentlich sich verstärkenden – schweizerischen Hochschulpolitik präjudizieren sollte (die Träger dieser Hochschulpolitik, Wissenschaftsrat und Hochschulkonferenz, stimmen dem Projekt zu). Wieso soll er weniger dringend sein, weil er nun einmal »nur für 3500 Studenten geplant ist (aber dazu reichlich Reserven hat) und im alten Hochschulquartier für fast dreimal soviel Studenten der weniger raumintensiven Geisteswissenschaften Platz macht? Bei der schönsten »städtebaulichen Strategie« wird man in jedem Fall Platz, Raum, flexible Umlaufkante brauchen.

Gewiss: Man kann im alten Hochschulgebiet noch manches hineinstopfen, und man wird es auch tun. Die Möglichkeiten dazu sind jedoch begrenzt, auch dann, wenn das Land enteignet werden kann, wenn die enormen Landkosten vom Stimmbürger berappt werden, wenn die Ausnutzungsziffer mir nichts, dir nichts erhöht wird, wenn ETH, Spätkolleg und Mittelschulen eingefroren werden, wenn ...

Ich bitte die Gegner des Projektes (genauer: der Abstimmungsvorlage mit ihrem Entscheid für Standort, Finanzierungsart und Vollmacht an den Kantonsrat im Umfang von 600 Millionen Franken), sie möchten sie in et studio folgenden bedenken:

- ob es auch nur einen einzigen andern Weg gibt, auf dem in 10, 15 oder 20 Jahren gleichviel zu erreichen ist;
- ob wir den neuerdings empfohlenen Schichtbetrieb in einer eigentlichen Studentenfabrik wirklich wollen (wenn er finanziell und personell überhaupt realisierbar wäre);
- ob es nicht besser ist, den Anfang zu machen, zu bauen, statt nach Planung der Planung zu rufen;
- ob eine Ablehnung allen Universitätsangehörigen, ihren Studien, ihrer Forschung, ihrer Zukunft nicht grossen Schaden zufügt.

Nur ein kleiner Teil der Stimmberechtigten ist unmittelbar an der Universität interessiert; auch ohne jede organisierte Opposition ist eine Universitätsvorlage dieses Umfangs gefährdet. Die Stimme der Studenten – für die viele unserer Mitbürger aus vielen Gründen sensibilisiert sind – hat unter diesen Umständen einen entscheidenden Einfluss; studentische Opposition gibt dem kopfschüttelnden Stimmberechtigten das bequeme Alibi für sein Nein.

Wollen wir das wirklich? Ich bitte die Studenten der Universität Zürich, die Nein-Argumente kritisch zu prüfen und sich zu überlegen, vor welcher Verantwortung sie am 14. März stehen werden.

Fortsetzung von Seite 8

freizusetzen beginnen. Diese Entwicklung war zur Zeit der Strickhofplanung kaum vorzusehen, lässt heute aber den Numerus clausus für einige nicht naturwissenschaftliche Studienrichtungen bedrohlich näherücken.

b) Der Finanzaufwand für den Strickhof ist derart enorm, dass es fraglich erscheint, ob die Geldmittel auch für den notwendigen Neu- und Umbau im Universitätsgebiet ausreichen werden. Wegen der fehlenden Gesamtkonzeption fehlen leider Kostenschätzungen. Es ist zu bezweifeln, dass nach einem Ja zum Strickhof die sofort folgenden Kredite für den Ausbau des Zentrums der Volksabstimmung zu passieren vermöchten.

Die Gefahr, dass ein luxuriöser Strickhof entsteht und der freigesetzte, dringend notwendige Raum aber auch in den achtziger Jahren nicht voll ausgenutzt werden kann, darf nicht übersehen werden.

... nach einem Ja?

Ein Ja für den Strickhof bringt besonders für die Forschung eine starke, notwendige Ausweitung der Räumlichkeiten. Mit andern Worten: Für die Phil. II wird mehr Raum für Doktoranden, wissenschaftliche Mitarbeiter, Geräte und Hilfslaboratorien geschaffen. Die Studenten (z. B. der Physik und Chemie) hingegen haben in den alten Räumen vorläufig genügend Platz, und die Studentenzahl der beiden genannten Studienrichtungen bleibt konstant oder ist gar rückläufig.

Verlegung von Intensivbereichen

Ob aus diesem Blickwinkel die Investition einer Milliarde auf dem Strick-

hof die effektivste Lösung zur Erweiterung der Universität darstellt, bleibt mangels Alternativplanung eine unbeantwortete Frage. Interessant wäre z. B., die Alternative zu prüfen, die Kernteile der Phil. II (die studentische Ausbildung, d. h. Hörsäle, Praktika sowie dieser zugeordnete Funktionen wie Assistentenleihen) im Zentrum zu belassen und nur die sich stark ausweitenden Forschungslaboratorien auszusiedeln (Konzeption der Verlegung extensiver Universitätsteile). Weshalb heute eine Reihe von Instituten, die mit Ausbildung praktisch nichts zu tun haben oder nur wenige, eher spezielle Vorlesungen vor allem für Nachdiplomstudien anbieten (z. B. Gerichtsmedizin) im Zentrum Raum beanspruchen, ist schwer einzusehen. Eine derartige Alternative wäre sehr viel billiger und würde den Ausbau der Universität weniger belasten.

Wenn der Strickhof durch seine Kosten Neubauten für andere Institute verhindert und für diese erst sehr spät bestehende (nur beschränkt direkt brauchbare) Gebäude zurücklässt, verhindert er einen optimalen Ausbau der Universität und schafft damit geradezu den Numerus clausus für gewisse Institute.

... nach einem Nein?

Die Behauptung, dass eine Ablehnung des Strickhofs den Numerus clausus an der Phil. II impliziert, ist aus der Luft gegriffen. Ob und wieviel für die Medizin wirklich die Räumlichkeiten der Vorkliniker (Chemie- und Anatomiekurs) und nicht das Spital den Engpass darstellen, bleibe als Frage offen.

Die alten Gebäude der Phil. II wirken kaum als Anreiz für gute Dozenten – sie könnten sogar jetzige Dozenten dazu veranlassen, Zürich zu verlassen, falls keine Aussicht auf Erweiterung vertriebt. Andererseits gilt es auch hier, die Folgen für die Dozenten der übrigen Fakultäten etwas in Betracht zu ziehen.

- Als direkte Konsequenz dürfte das Chemiestitut den Raum der in den Rämibühl umgezogenen Oberrealschule für ca. 10 bis 12 Mio. ausbauen (3 Mio. davon werden dort auch dann investiert, wenn die Chemie 1976 umziehen wird). Damit könnte der unmittelbare Nachholbedarf für Labors gedeckt werden.

- Die Zoologie wird durch den Umzug der Botaniker 50% mehr Raum erhalten. Durch einen späteren Verlust der Aussetzung Oerlikon würde sie aber schon bald eine neue Expansionsmöglichkeit suchen müssen.

- Die Mathematiker teilen z. Z. provisorisch mit den Juristen ein Gebäude an der Freiestrasse.

- Die Vorklinik hat keine Aussichten auf direktem Weg zu neuen Räumlichkeiten zu gelangen. Da solche aber keine aufwendigen Installationen bedingten, sollte dieses Problem nicht überschätzt werden (vgl. Lausanne). Einige neuer Studien zeigen aber, dass sich bei guter Ausnutzung noch sehr grosse Raumreserven im Zentrum befinden.

Ein Nein zum Strickhof kann aber bloss dann weiterhelfen, wenn nicht in einigen Jahren ohne Studien über Alternativen derselbe Strickhof wieder in Teilportionen angeboten wird.



Selectron ermöglicht die grosse Liebe

111

Wie - erfahren Sie rasch mit dem konkreten Gratis-Chancentest



Einsenden an SELECTRON, 8039 Zürich, Selnastrasse 5, Tel. 051 362048

- Verständigen Sie mich, wann Ihr «Liebescomputer» vor meinen Augen kostenlos und unverbindlich Probervorschläge von passenden Partnern ausprinten kann.
- Ich kann persönlich nicht dabei sein; versehen Sie mich diskret mit solchen unverbindlichen Gratisvorschlägen samt «Liebescomputer»-Beleg.

Fr. Frau Herr Name..... Vorname.....
Strasse/Nr..... PLZ/Wohnort..... Tel.....

Meine Partnerwünsche:

Alter: von.....bis..... Grösse:.....bis.....cm. Dürfen passende Partner, wenn tolerant, einer anderen Konfession angehören? ja nein Wenn ja, welcher?..... Darf ein passender Partner auch anderer Nationalität sein? ja nein Wenn ja, welcher?..... Darf der Partner auch folgenden Zivilstand haben? verwitwet geschieden. Darf ein gut passender Partner Kinder haben? ja nein. Wenn ja, bis wie viele?..... Interessen und Hobbies:

Über mich selbst:

Geburtsjahr..... Grösse in cm..... Konfession..... Nationalität..... Z St 3
Zivilstand..... Zahl der Kinder..... Muttersprache..... Weitere Sprachkenntnisse: Deutsch Französisch Englisch Italienisch und
Schulbildung: Primar- Sekundar- Berufsschule Gymnasium Universität/ETH Technikum
 Fachkurse, nämlich..... Jetzt ausgeübter Beruf.....

SELECTRON - seit Jahren das grösste und leistungsfähigste schweizerische Partnerwahl-Institut



Reichhaltiges, durchwegs rostfreies

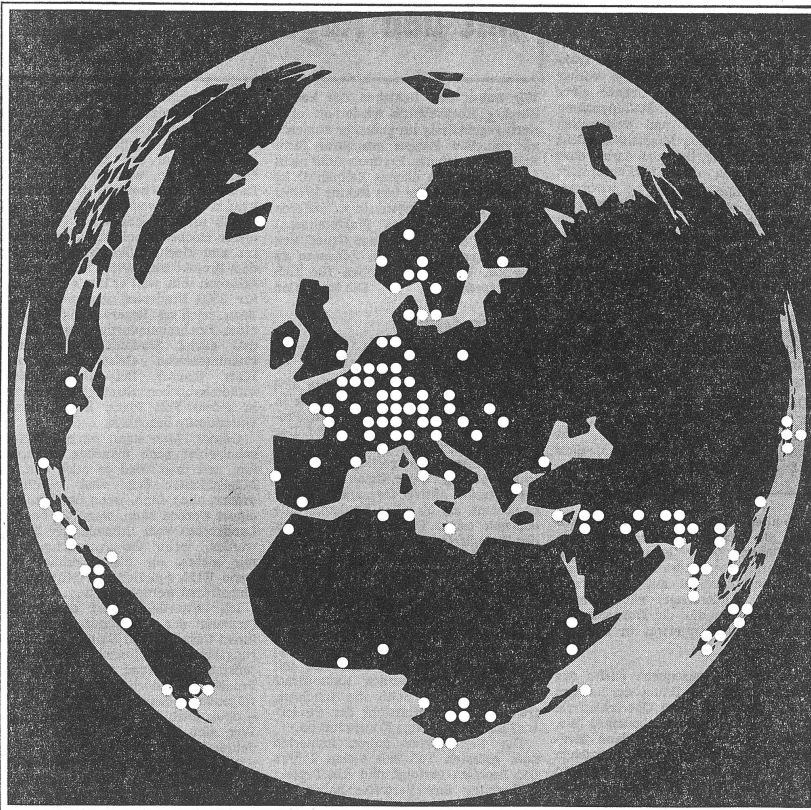
Sezierbesteck

zum Schlagpreis von Fr. **35.-**

Im führenden Fachgeschäft



Uraniastrasse 11
8001 Zürich
Tel. 25 77 57



3544S

Weltweit - Zählen, Messen, Steuern, Regeln

Landis & Gyr AG, Zug, ist eine der führenden Firmen der Meß- und Regeltechnik. Zum Konzern gehören 16 Werke in 8 europäischen Staaten und eigene Verkaufsgesellschaften in mehreren Kontinenten. Der Umsatz des Konzerns beträgt rund eine halbe Milliarde Franken.

Der Landis & Gyr-Konzern verfügt über eine weltweite Verkaufs- und Service-Organisation von 150 Vertretungen in 120 Städten der

Welt. Bei den Landis & Gyr-Gesellschaften sind insgesamt 13 000 Arbeitnehmer tätig, 6000 davon allein im Ausland. In verschiedenen Ländern werden Landis & Gyr-Produkte durch unabhängige Lizenznehmer hergestellt.

Die Produkte des Landis & Gyr-Konzerns haben trotz ihrer Verschiedenartigkeit einen gemeinsamen Nenner: Sie dienen in

irgendeiner Form dem Zählen, Messen, Steuern, Regeln: Elektrizitätszähler jeder Art, Fernzähltechnik, Fernwirktechnik, Rundsteuerung, Wärmetechnik, kernphysikalische Meßgeräte, Telephonie, Verkaufs- und Münzwechselautomaten, Bauteile für Industrie und Automation, Bauteile für Konsumgüter, Apparate und Anlagen für die Industrie, Installationsmaterial.



LANDIS & GYR AG ZUG 042 · 24 11 24

Elektrizitätszähler Fernwirktechnik Rundsteuerung Wärmetechnik Kernphysik



Wir haben die Vergangenheit mitgestaltet, wirken in der Gegenwart und bauen an der Zukunft. Für Sie und für alle Zürcher.

1870 - 1970
Zürcher Kantonalbank

In nur 14 Stunden blind maschinenschreiben!

(Oder in 12 Stunden Ihre Schreibgeschwindigkeit um 100 Anschläge steigern!)

Mit der revolutionären Sight + Sound Methode kann das heute jedermann. Dazu einzigartige Vorteile:

- Kein Üben zu Hause
- Keine eigene Maschine nötig
- Kein Bücher- und Lehrmittelkauf
- Alter und Vorbildung gleichgültig
- Freie Wahl der Kursstunden zwischen 8 und 20 Uhr
- Täglich eine Stunde
- Anfängerkurse beginnen täglich
- Schnellschreibkurse beginnen 10mal täglich
- Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten, Familien und AHV-Bezüger

Überzeugen Sie sich selbst!
GRATIS-DEMONSTRATION jeden Montag und Donnerstag um 18 und 19.15 Uhr, Mittwoch 16 Uhr

SIGHT + SOUND EDUCATION

SWITZERLAND SA



Löwenstr. 23, 8001 Zürich, Tel. 27,15 00 und 27 02 21

Geheimrezept: Gürtel enger schnallen!

Zu Lorenz Stuckis Artikelserie über Südamerika

Während vier Monaten hat Lorenz Stucki, Musikkritiker und Publizist, neun Länder Südamerikas bereist. Um sich seine Vorurteile bestätigen zu lassen, hat Stucki mit zahlreichen Politikern, Generälen, Priestern – etwa dem Schweizer Pater Fridolin, dem es nicht um die bolivianische Politik, sondern allein um die christliche Mission geht – diskutiert. Mit dem Volk hat Lorenz Stucki kaum gesprochen, mit Guerilleros offenbar auch nicht. So blieben den Lesern zahlreicher Schweizer Tageszeitungen, so unter anderem der »Tat« und der »Zürchersee-Zeitung«, sowie den Hörern des schwei-

zerischen und österreichischen Radios die gesammelten Vorurteile des weitgereisten Reaktionsärs nicht erspart. In seiner 14teiligen Artikelreihe lässt er die Priester, Generäle und Politiker ihr Verhalten rechtfertigen, ihre Gegner lässt Stucki nicht zu Wort kommen. In der sechsteiligen Radiofolge sind Aeusserungen des Volkes etwas häufiger: Volksmusik, Märsche, Walzer und Guerilleros-Songs verkörpern die »Stimme des Volkes«. Das Radio hätte »Gegenrecht« halten sollen: ein Liedchen von Lorenz Stucki anstelle einer sechsteiligen Hörfolge. Den Hörern wäre einiges erspart geblieben.

»Alle Länder Südamerikas könnten sehr reich sein, wenn sie nur ihre enormen Schätze an potentiell fruchtbarern Land, Naturgütern und Arbeitskraft nutzbar machen würden durch Bewässerung, Strassen, Karftwerke, Petrochemie und vor allem Erziehung. (...) Doch den Abgrund zwischen der heutigen Armut und dem möglichen Reichtum müssten riesige Investitionen überbrücken.

Wenn man sie wie früher dem ausländischen Kapital überlässt, wird dieses wie bisher die Profite kassieren. Finanziert man sie durch internationale Anleihen, dann wachsen die ohnehin schon übermässigen Staatsschulden und Zinslasten. Sollen die Kapitalien aber aus dem eigenen Land aufgebracht werden, was allein dem Land auch den Ertrag brächte, dann müssen sie in irgendeiner Weise dem Konsum entzogen werden: den Gürtel enger schnallen oder zumindest eng geschnallt halten.

Investieren im weitesten, fundamentalen Sinn ist Verzicht heute zugunsten eines Gewinnes von morgen oder übermorgen, ist der Verzicht auf die Kartoffel, um sie als Saatgut in den Boden zu stecken. Der normale Südamerikaner verzichtet nicht. Was er heute hat – und auf Schulden möglichst noch etwas mehr – will er heute geniessen. Die Zukunft, »manana« genannt, ist weit, da wird vielleicht der liebe Gott helfen, vielleicht die Verwandtschaft, und wenn alles schief geht, ist es Schicksal und soll wenigstens das Heute nicht verderben. (...) Aber es ist nicht gewöhnlich, dass eine solche Lebenseinstellung – wenn sie durch das Medium der Demokratie staatsbestimmend wird – die Südamerikaner davon abhält, die Investitionsbrücken zu einer besseren Zukunft zu bauen.

(Quintessenz aus der Artikelserie »Südamerikas Erwachen« von Lorenz Stucki, Nr. 14, »Tat« vom 28. November 1970.)

Als Ursache der Unterentwicklung die fatalistische Lebenseinstellung der Südamerikaner (wer ist denn das: die Südamerikaner?), als Rezept: Gürtel enger schnallen – so einfach ist die Konsequenz der Analyse Stuckis.

Rund 70 Prozent der Bevölkerung Südamerikas sind, so Untersuchungen der FAO, unterernährt. 1500 Kinder, so berichten Kinderärzte auf einem Kongress in Mexico City, verhungern täglich in Lateinamerika, Millionen wendender Mütter können sich nur so mangelhaft ernähren, dass ihre Kinder bereits mit körperlichen und geistigen Schäden geboren werden. »Jeder zweite, der im Nordosten Brasiliens stirbt, ist nicht einmal ein Jahr alt«, schreibt Kai Hermann, »die durchschnittliche Lebenserwartung – die Säuglingssterblichkeit nicht eingerechnet – ist 32 Jahre.«

Im Zeitraum von 1960 bis 1966 wuchs das Realeinkommen pro Kopf in Kolumbien um 1,3 Prozent, allein zwischen 1962 und 1966 stiegen aber die Preise um 67,9 Prozent. 40 Millionen der insgesamt 140 Millionen Lateinamerikaner im arbeitsfähigen Alter sind ohne feste Beschäftigung und so-

mit ohne regelmässiges Einkommen. Den Gürtel enger schnallen, würde für diese Leute Selbstmord bedeuten.

»Fussball und Carneval – hier verkörpert sich die völlige Hingabe ans Spiel und an den Augenblick, neben dem Vergangenen und vor allem Zukunft ins Nichts versinken. Und gerade das ist der Wesenskern des Südamerikaners... Die Indios geben dem Land seinen Charakter (...) Sie sind so passiv und fatalistisch, sagt Schwester Juanito. Man lebt – besser oder schlechter – dem Heute ohne das Morgen aufzubauen, und so kommen viele aus Leichtsinns und keineswegs wegen sozialen Ungerechtigkeiten plötzlich unter die Räder... Den Menschen pas-

»Armes Bauernmädchen« schreibt Lorenz Stucki als Bild, »doch die selbstgewobene bunte Bluse und die gekämmten Haare verschuechen den Gedanken an Elend.«

siert das Leben, sie nehmen die Zustände im Sozialen, Wirtschaftlichen und Politischen hin wie Regen und Sonnenschein. In dieser Mentalität sehe ich den Hauptgrund für die Rückständigkeit des Kontinents.« (Lorenz Stucki)

»Spiegel«-Reporter Kai Hermann sagt es kürzer: »Das Ueberleben geht weiter, und Bischof Dom Helder Camara erklärt in einem Interview mit Oriana Fallaci: »Wir müssen (der Masse) erstens genügend zu essen geben, damit sie überhaupt die körperliche Kraft findet, sich vom Boden zu erheben. (...) Solange der Mensch nicht genug zu essen hat, ist ihm die Freiheit egal.«

»In Minnesota hatte man eine Versuchgruppe auf 1570 Kalorien pro Tag gesetzt, 36 Kalorien weniger, als die Armen im Nordosten (Brasiliens) laut der amtlichen Statistik durchschnittlich bekommen. In der Untersuchung heisst es: »Diese immerhin jungen Männer wurden schon mitleid, wenn sie eine Flasche Coca-Cola öffneten. (...) Die Persönlichkeitsveränderungen waren psychoneurotischer Natur (...) machten die Versuchspersonen im täglichen Leben immer hilfloser. Sie waren flegelhaft und apathisch geworden.« (Aus »Der Spiegel« 36/1970)

Dass die Resignation – Stucki nennt es »Mentalität« – der südamerikanischen Unterschicht mit dem Bildungswesen zusammenhängt, weiss auch Lorenz Stucki: »Menschen, die in diesem tieferen Sinn Analphabeten bleiben, selbst wenn sie ihren Namen schreiben können, sind auch im Beruf wenig wert.«

60 bis 70 Prozent der Bevölkerung etwa Boliviens oder Perus sind Analphabeten, in anderen Ländern, etwa Venezuela oder Brasilien, ist es nicht viel anders. Und die Regierungen unternehmen wenig gegen diesen Missstand: Für die »Kampagne gegen den Analphabetismus« stellte die brasilianische Regierung für das Jahr 1970 ca. 1 Million DM bereit; damit können nur 8000 Menschen – oder 0,0001 Prozent der Bevölkerung – notdürftig lesen lernen. In Argentinien sank der Anteil der Ausgaben für Erziehung und Bildung von 24,5 Prozent des Budgets im Jahre

1930 auf etwa 8 Prozent 1970, rund 30 Prozent des Budgets werden heute für die Rüstung ausgegeben. Oder konkreter: »70 Prozent der Erwachsenen (der brasilianischen Provinz Cratús) sind Analphabeten. Für 15 Prozent der Kinder gibt es Schulräume. Ein Lehrer verdient hier beinahe fünfzehn Mark im Monat.« (Kai Hermann)

Die höheren Schulen werden nur von Kindern höherer Volksschichten besucht, sie sind in einzelnen Ländern hauptsächlich privat. In diesen Schulen wird häufig nicht gelehrt, sondern angepasst.

»Wenn sie von der Mittelschule kommen«, lässt Lorenz Stucki den Direktor einer privaten wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule in Rio sagen, »sind die Studenten grösstenteils »Maoisten«. Nach einem Jahr werden sie zu Kommunisten sowjetischer Ausrichtung, nach einem weiteren Jahr zu Titoisten, bis sie schliesslich gegen Ende des Studiums etwa auf der Linie der schwedischen Sozialdemokraten angelangt sind. Nochmals zwei, drei Jahre, und sie sind echte Brasilianer.« An den öffentlichen Schulen scheint es bezeichnenderweise gerade umgekehrt zu sein. Aber »Hier werden ein paar politische Demagogen und viele Verbitterte-Gescheiterte herangezogen, und der qualifizierte Nachwuchs kommt ausschliesslich von den privaten Universitäten, die Geld kosten und darum vorwiegend die Kinder der sozial bessergestellten Klassen ausbilden.« Merkwürdig, dieser Zufall!

Nun zur Sache: »Wer investiert, dem gehört der Gewinn«, schreibt Stucki, »die Yankees und die Europäer brachten das Kapital-Saatgut, nun kassiert sie auch die Ernte.« Die Zahlen zeigen, dass die Ernte jeweils recht gut ist: Nach einer Statistik der Uno-Wirtschaftskommission für Lateinamerika haben Ausländer in den Jahren von 1960 bis 1966 2,8 Millionen Dollar in Lateinamerika investiert; in der gleichen Zeit aber flossen 8,3 Milliarden Dollar aus Lateinamerika an die Investitionsländer zurück. Eine Studie der OECD ergab, dass 1964 einem privaten Devisenstrom der kapitalistischen Länder von 1575 Millionen Dollar in die Dritte Welt ein Devisenabfluss von 4,9 Milliarden, also von 310% an Gewinnen gegenüberstand. Da es sich bei den Exporten der südamerikanischen Länder zum grössten Teil um Rohstoffe und Nahrungsmittel handelt – in Chile machen allein Kupfer, Nitrat und Holz 76 Prozent, in Venezuela Erdöl, Eisenerz und Kaffee 98 Prozent der Exporte aus –, ist anzunehmen, dass diese riesigen Gewinne mit Hilfe – oder doch besser: auf Kosten – der »faulen, apathischen Unter-

schichtsbevölkerung« dieser Länder erzielt wurden.

»Man wirft heute den Nordamerikanern vor, dass sie mehr an Kapitalerträgen aus Südamerika herausnehmen, als sie mit ihrer Entwicklungshilfe hineinpumpen«, meint Lorenz Stucki, »das ist teilweise richtig, aber es hat seine triftigen Gründe.« Die triftigen Gründe: Stucki nennt tautologisch die »unsichere Wirtschaftslage« Südamerikas. Der chilenische Aussenminister Gabriel Valdés ortet die triftigen Gründe an einer anderen Stelle: »Es ist tatsächlich so, dass Lateinamerika den Fortschritt der USA und anderer Industrieländer mitfinanziert.« Und die argentinische Zeitung »Primera Plan« meinte: »Lateinamerika leistet den entwickelten Ländern Wirtschaftshilfe.« Und Präsident Eisenhower sagte in seiner Antrittsrede vom 20. Januar 1953 mit etwas feinerer Formulierung dasselbe: »Wir wissen, dass uns nicht nur ein edles Ideal an die freien Völker bindet, sondern auch ganz einfach eine Notwendigkeit... Trotz aller unserer materiellen Macht brauchen wir auf der Welt Märkte, in die wir den Ueberfluss unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion ausführen können. Wir haben gleichfalls für unsere Landwirtschaft und Industrie Rohstoffe und lebenswichtige Produkte nötig, die sich in weit entfernten Ländern befinden.«

Und so darf man denn gewiss mit einiger Berechtigung die wichtige Frage stellen, ob denn Staaten wie die USA es sich leisten können und wollen, sich dieser für ihre Entwicklung und ihr Fortbestehen unerlässlichen Rohstoffvorräte und dieser Absatzmärkte für ihre Fertigprodukte begeben wollen, indem sie in einem unterentwickelten Land eine verarbeitende Industrie entstehen lassen, welche die Rohstoffe selber verarbeitet und die Fertigen selber herstellt. Unter diesem Aspekt zeigt sich Stuckis Naturgesetz »Wer investiert, dem gehört auch der Gewinn in seinem wahren Gesicht, in der Fratze der Macht.« Die Investition verwandelt sich auf die Dauer in eine Intervention, da die ausländischen Investoren und die von ihnen beherrschten Regierungen und politischen Organisationen (wie etwa die US-Regierung) sich im Besitz des »natürlichen Rechts« glauben, »ihre Interessen zu verteidigen« – eine Politik, die zu zahlreichen offenen und verschleierte Eingriffen in die Entscheidungen der unterentwickelten Länder geführt hat.« (Hochman/»Sonntag«)

»Nach offiziellen Unterlagen haben 24 000 privilegierte ein Jahreseinkommen von je 2,5 Millionen Soles (ungefähr 62 500 Dollar) ... 1,9 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, ungefähr 61 300 Finanzleute, erhalten mit 44 Prozent den dicken Teil des Volkseinkommens«, schreibt Hector Béjar Rivera über Peru; 0,3 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe in Kolumbien besitzen nach Angaben der Banco Interamericano de Desarrollo 30,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

»Das Klischee eines Kontinents der Stagnation und der oligarchischen Massenausbeutung ist durchwegs falsch, auch und gerade in Brasilien.« Zudem: »Wer bezahlt (die staatliche Entwicklungsplanung)? Letztlich die von den Linksideologen verteuerten »Kapitalisten«, die Hühner, die von den gelegten halbwegs goldenen Eiern die meisten auf den Altar der Vaterlandsentwicklung legen müssen. Die »kleinen Leute« zahlen keine Steuern.« In Peru etwa scheint es anders zu sein: »Obwohl die Massen im Elend leben, müssen sie den grössten Teil der peruanischen Staatsausgaben tragen. Die Finanzleute und die grossen Unternehmer tragen nur mit einem Drittel zum Gesamtaufwand des Staatshaushaltes bei, den über indirekte Steuern das Volk aufbringen muss. Und dieses Verhältnis ist im Be-

Literaturverzeichnis

Paul A. Baran: Ueber die politische Ökonomie unterentwickelter Länder, in: Unterdrückung und Fortschritt, Essays, Frankfurt 1966.
Paul A. Baran: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums; Neuwied-Berlin 1966.
Paul A. Baran / Paul M. Sweezy: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; Frankfurt 1967.
Armando Córdova / Hector S. Michlena: Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas; drei Studien zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung; Frankfurt 1969.
André G. Frank: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika; Frankfurt 1968.
Elena Hochman / Heinz R. Sonntag: Christentum und politische Praxis; Camillo Torres; Frankfurt 1969.
Pierre Jalé: Die Dritte Welt in der Weltwirtschaft; Frankfurt 1969.
Ernest Mandel: Marxistische Wirtschaftstheorie; Frankfurt 1970.
Ernest Mandel: Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt, in: Folgen einer Theorie, Essays über »Das Kapital« von Karl Marx; Frankfurt 1967.
Hector B. Rivera: Peru 1965. Aufzeichnungen eines Guerrilla-Aufstades; Frankfurt 1970.
Paul M. Sweezy / Leo Huberman: Sozialismus in Kuba; Frankfurt 1970.

griff, sich zugunsten der Bedürftigen zu verschlechtern, denn praktisch gibt es keine Steuern für die grossen Exportfirmen, die Bergwerksgesellschaften und die neuen verarbeitenden Industrien, die immer in irgendeiner Form von den nordamerikanischen Monopolen abhängen«, schrieb 1969 der Peruaner Héctor Béjar Rivera. Eine Kommission des US-Kongresses untersuchte 1962 in Hearings interamerikanische Wirtschaftsbeziehungen. In ihrem Schlussbericht folgte die Kommission, dass ydie Kapitalflucht aus Lateinamerika einen beträchtlichen Umfang angenommen habe, dessen exaktes Ausmass nicht festgelegt werden könne, doch seien 10 Milliarden Dollar als ein wahrscheinlicher Mittelwert anzusehen.« (Aus Walter Krämer: Kapitalflucht aus Entwicklungsländern, Bielefeld 1969)

Einige »goldene Eier« lateinamerikanischer Kapitalisten scheinen weniger der Vaterlandsentwicklung zu dienen, als auf nordamerikanischen oder auch schweizerischen Banken zu liegen. Und: Ob wohl diese von den Linksideologen so verteuerten und von Lorenz Stucki so gepriesenen Kapitalisten wohl auch zu denjenigen Südamerikanern gehören, die nur an »manana« denken und mit Investitionen – allerdings im Ausland – den Boden für eine noch vergoldetere Zukunft legen? So einfach geht es nicht. Die Mentalität der Südamerikaner ist nicht Ursache, sondern allenfalls Folge der Unterentwicklung; der enger geschnallte Gürtel nicht Rezept, sondern grosser Rat eines zynischen Demagogen.

Die wichtigsten ökonomischen Entscheidungen werden ausserhalb des Landes getroffen. Indem die ausländischen Investoren nur ein, zwei Produktionszweige fördern, bringen sie die unterentwickelten Länder in ihre Abhängigkeit: sie diktiert dann die Preise, sie versorgen die Abhängigen mit ihren Fertigprodukten. Indem sich die ausländischen Investoren mit der einheimischen Oberschicht verbündeten und eine kapitalistische orientierte Mittelschicht heranzüchteten – die »brauchbaren« Bürgersöhne studieren an privaten Hochschulen oder in Europa und den USA – perfektionieren sie das System der Unterdrückung und Ausbeutung. »Auf diese Weise befanden sich die Völker, die in den Wirkungskreis der Expansion des westlichen Kapitalismus gelangten, im Zwielicht von Feudalismus und Kapitalismus; sie bekamen die übelsten Züge beider Systeme und noch dazu die imperialistische Unterjochung zu spüren. Zu der erbarmungslosen, durch die Tradition jedoch gemilderten Unterdrückung seitens ihrer Feudalherren gesellte sich die Beherrschung durch fremde und einheimische Kapitalisten, unerbittlich, bis an die Grenze des Erträglichen gehend. (...) Die Ausbeutung wurde in verstärktem Masse vorangetrieben; die Früchte dieser Ausbeutung kamen jedoch nicht ihrem Produktionsvermögen zugute, sondern gingen ins Ausland oder dienten dazu, eine parasitäre Bourgeoisie im eigenen Land zu unterhalten. Diese Völker lebten in tiefem Elend und hatten keine Aussicht auf eine bessere Zukunft. Sie existierten unter dem Kapitalismus, und doch gab es keine Kapitalakkumulation.« (Paul Baran)

»Letztlich ist ein Land arm, weil es ihm an Produktionsmitteln fehlt, und es fehlt ihm an Produktionsmitteln, weil es arm ist und deshalb keine Möglichkeit hat, genügend zu sparen, um den Prozess der Akkumulation zu beschleunigen.« (Córdova/Michlena). Diesen »Teufelskreis der Armut – oder eben für die entwickelten westlichen Industrieländer: diesen »Segenskreis des Reichtums« gilt es zu durchbrechen. Christian Rentsch



Che Guevara 1956 auf Kuba: Bessere Einschätzung der Lage als geschwätzige Generäle und Missionare.

WURZEL
bei der Zentralbibliothek
DER SPEZIALIST FÜR DAS WISSENSCHAFTLICHE BUCH

Generalstreik!

»Wir fordern die ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen. Wir fordern, dass die neue Regierung sich auf folgendes Minimalprogramm verpflichtet:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopole für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

(Aus dem Streikaufruf vom 11. November 1968, unterzeichnet vom Ötliener Aktionskomitee, der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion.)

Man beachte, beispielsweise, Punkt 2 aus diesem sozialen und politischen Forderungenpaket der Sozialdemokratie. Seit dem 7. Februar 1971 freuen wir uns ganz besonders herzlich darüber, dass wiederum in einer wichtigen politischen Frage eine grosse Mehrheit der Schweizer «sozialdemokratisch» geworden ist. Dass unsere Frauen erst mit fünfzigjähriger Verspätung zu ihren politischen Rechten gekommen

sind, bedeuten wir — aber es ist nicht unsere Schuld. Das haben sie jenen Parteien zu verdanken, die beispielsweise erst jetzt, fünf vor zwölf, entdeckt haben, dass sie «die Frauen lieben» (und das gross an die Plakatwände schreiben müssen, damit man es auch glaubt).

Oder nehmen Sie Punkt 1. Oder Punkt 4. Oder Punkt 7. Diese Forderungen sind für uns alle längst selbstverständliche Sachverhalte geworden. Vielleicht war es Ihnen gar nicht bewusst, dass sie von der Sozialdemokratie in frühen Jahren als gesellschaftspolitische Notwendigkeiten erkannt und hartnäckig erkämpft worden sind. Auch in diesen Bereichen ist die Schweiz im Verlaufe der Jahre «sozialdemokratisch» geworden — und darauf sind wir natürlich ein bisschen stolz.

Unterwegs zu neuen Grenzen

Aber der Weg ist noch weit zu der von uns erstrebten Gesellschaft, «in der sich jeder Mensch nach seinen Neigungen und Fähigkeiten frei zu entfalten vermag». Wir sind unterwegs zu neuen Grenzen für eine sozialere, gerechtere und leistungsfähigere Schweiz; beispielsweise mit den folgenden praktischen Forderungen:

1. Umfassende Schulreform auf allen Stufen, Abbau der Bildungsschranken, Sicherung der Chancengleichheit, Demokratisierung des Bildungswesens;
2. Durchführung von Modellversuchen zur organisatorisch integrierten und inhaltlich differenzierten Gesamtschule;
3. Neuordnung des Universitätsgesetzes unter aktiver Mitarbeit und Mitbestimmung der Assistenten und Studenten;
4. Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung für jeden Erwachsenen;
5. Kommunalisierung des Bodens in den Industrie- und Wohnzonen; konsequente Förderung regionaler Siedlungsschwerpunkte und konsequente Bevorzugung der öffentlichen Verkehrsmittel als aktive Massnahmen gegen die Zersiedelung unseres Lebensraumes;

- gründliche Spitalreform nach dem Leitbild des «klassenlosen Krankenhauses».

Selbstverständlichkeiten von morgen

Das ist eine kleine Anekdote aus unserem politischen Arbeitsprogramm. Wir sind überzeugt davon, dass alle diese Forderungen von heute Selbstverständlichkeiten von morgen sein werden — genau so, wie die Generalstreik-Forderungen von 1918 früher oder später erfüllt werden mussten. Auch Sie werden also in diesen Belangen dereinst mit Sicherheit «sozialdemokratisch» werden.

Natürlich können Sie auch heute schon Sozialdemokrat werden und uns bei der Durchsetzung dieser und weiterer gesellschaftspolitischer Veränderungen helfen. Wir würden uns freuen.



Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich
Engelstrasse 64, 8004 Zürich

TALON

- Ich bitte um Zustellung der 6seitigen Standortbestimmung.
- Ich interessiere mich für die Mitgliedschaft in der SPS.

Name/Vorname

Adresse/PLZ/Ort

Reden Sie mit der ältesten Schweizer Bank seit 1755 über anspruchsvolle Bankgeschäfte und neuzeitliche Dienstleistungen



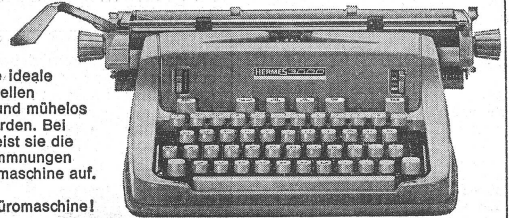
Filiale Heimplatz
beim Kunsthau, Tel. 231855

Neu

Jetzt mit Wagenbreite 33 cm für Format A4 quer

HERMES 3000

Eine neue Maschine: Hermes 3000-B ist für Diplomarbeiten die ideale Schreibmaschine. Tabellen können übersichtlich und mühelos niedergeschrieben werden. Bei geringem Ausmass weist sie die wichtigsten Vervollkommnungen einer grossen Schreibmaschine auf. Hermes 3000-B — eine richtige kleine Büromaschine!



A. Baggenstos & Co. Büromaschinen
Waisenhausstr. 2 und Uraniastr. 7,
8001 Zürich

Baggenstos



SANDOZ

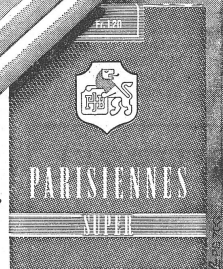
Jeder zehnte Mitarbeiter bei SANDOZ ist Akademiker. Das sind allein in Basel 550 Absolventen aller Fakultäten. SANDOZ Basel ist nicht nur das Stammhaus von über 40 Tochtergesellschaften, sondern auch Verwaltungs-, Planungs- und, vor allem, Forschungszentrum des weltweiten SANDOZ-Konzerns.

Ohne intensive und grosszügig dotierte Forschung ist kein Fortschritt möglich. Und Forschung braucht Nachwuchs. Industrielle Chemie ist angewandte Wissenschaft. SANDOZ AG Basel



«Super»-Entspannung...
«Super»-Genuss...
PARISIENNES SUPER
Sie ist wirklich «Super»...
darum mit Abstand die Bellebteste!

- * Parisiennes Super: natürliche Milde
- * «Super»: ihr reiches, reines Aroma
- * «Super»: ihr perfektionierter «PS»-Filter



Symptom unserer Gesellschaft

Zum »Scheitern« des Bunkerexperiments

Erst jetzt zeigen einige Studenten Interesse am Autonomie-Jugendzentrum. Erst nach dem Abbruch des Experiments durch den Stadtrat. Der KStR raffte sich zu einer Solidarisierung mit der Bunkerjugend auf, und sogar der Grosse Studentenrat hat nun Ende Januar gefunden, »dass sich die offen und versteckt Regierenden der Stadt Zürich der Bunkerjugend gegenüber höchst un-demokratisch benommen haben«. Weshalb fehlte jedes Echo von Seiten der Studentenschaft, als die Bunkerjugend für den Bunker kämpfte? Vielleicht wissen die Studenten, dass sie eigentlich auf der anderen Seite stehen. Jedenfalls wehren sich die Wenigsten dagegen, dass sie in den Hochschulen genau daraufhin abgerichtet werden, dass sie in einigen Jahren

so etwas wie eine Bunkerjugend auseinanderreißen, in die bestehende Gesellschaft integrieren und damit unterdrücken und ausbeuten können. Konsequenterweise sollte hier mit grossem Geschütz gegen die Verlausten, Ausgeflipten, Arbeitsscheuen und gegen die bösen Agitatoren, Demagogen und Radaubröder aufgefahren werden. Aber vielleicht ist die Resolution des GSr auch ein echtes Symptom. Ein Hinweis darauf, dass die Bildungsfabriken des Grosskapitals leicht in ihr dialektisches Gegenteil umschlagen. Bildung ist ein subversives Produktionsgut: Es kann sich emanzipieren. Soweit, dass sich Studenten beispielsweise mit der unterprivilegierten Bunkerjugend solidarisieren, obwohl sie die Lieblingkinder der Oberschicht sind.

An den Vorbereitungen für das Autonomie-Jugendzentrum konnten sich alle Jugendgruppen Zürichs beteiligen. Anfang 1969 versickerte der Stadtrat an alle bekannten Organisationen Fragebogen und publizierte in der Presse einen Aufruf zur Mitarbeit an alle übrigen Gruppen. Die Vertreter jener Gruppierungen, aus denen sich später das Bunkerkomitee bildete, waren also keineswegs eine »radikale Minderheit«, die die »schweigende Mehrheit« nicht berücksichtigte, sondern tatsächlich ein repräsentativer Ausschuss der gesamten aktiven Zürcher Jugend. Das ist eine unangenehme Tatsache für die stadtträtliche Theorie, die zwischen den Jugendführern im Komitee und der von ihnen manipulierten Jugend unterscheiden will.

Unerwünschter Erfolg

Nach unangenehmer war vermutlich der Erfolg des Bunkers. Mit einem Minimum an finanzieller Unterstützung von seiten der Stadt konnte ein Betrieb aufrechterhalten werden, der nur schon quantitativ alle kommerziellen Jugendlokale übertraf. Über 50 000 Jugendliche haben den Bunker besucht, jeden Abend herrschte auf allen drei Stockwerken ein dichtes Gedränge, und es waren während der zwei Monate wohl nie weniger als 50 Personen im Bunker – ausser nach der Polizeirazzia.

Ein einziger Abwärtssprung war jeweils gewissermassen den ganzen Bunker verwalteten. Der Abwärtssprung war ein Allroundman. Er war verantwortlich für die sanitären Anlagen und die Getränkeautomaten, er musste sich mit Eltern, Polizei, Jugendanwalt und Reportern herumschlagen, und er musste den Putzdienst und den Ordnungsdienst organisieren. Die Abwarte erhielten faktisch einen Stundenlohn von weniger als fünf Franken, da sie der Stadtrat nur für einen Fünfzehn-Stunden-Betrieb entlohnte. Der Stadtrat hatte zwar ausdrücklich erlaubt, dass der Bunker auch nach Mitternacht offenbleiben könne, wenn noch »mehr als zehn Personen diskutieren wollten«. Da, wie gesagt, immer mindestens 50 Personen im Bunker waren, wurde auf völlig legale Weise der Vierundzwanzig-Stunden-Betrieb eingeführt. Alle andern, die durch ihren Einsatz den Betrieb im Bunker ermöglichten, arbeiteten freiwillig; das Komitee, die Diskjockeys, der Ordnungsdienst. Nur die Putzmannschaft erhielt ganze fünfzehn Franken pro Tag.

Die Autonomie prägte das Jugendzentrum. Der Bunker wurde bald zum

Refugium für diejenigen Jugendlichen, die den Zwang unserer Gesellschaft bewusst oder unbewusst erlebten. Im Bunker wurden sie akzeptiert, wie sie waren, sie verstanden sich gegenseitig. Obwohl die Räumlichkeiten miserabel waren, wurden sie von den Besuchern des Bunkers gegen Ende des Experiments kaum mehr kritisiert, da die positiven Aspekte des Zentrums bei

weitem überwogen. Die Verstossenen, die Unterprivilegierten, die Verlausten und die Ausgeflipten hatten eine Heimat gefunden.

Woher kommt die Konsumhaltung?

Ein Teil der Öffentlichkeit, die sich im Bunker wie Zoobesucher aufführte, war schockiert und warf der Jugend

vor allem die passive Konsumhaltung vor. Konsum wird verwerflich, sobald er keinen Profit erzeugt. Im vorherrschenden Sozialisierungsprozess und im bestehenden Bildungswesen werden die kreativen Impulse des Kindes zugunsten des zielgerichteten, unreflektierten Lernens unterdrückt, denn zur Stabilisierung der herrschenden Produktionsweise ist in erster Linie intensive Produktion und Konsumption nötig. Die Bunkerjugend behielt vorerst einmal auch im Bunker die erlernten Verhaltensmuster bei. Wie eine soziologische Untersuchung zeigt, änderte sich die Haltung während der kurzen Dauer des Experimentes wesentlich. Im Januar kamen nur noch 23% Besucher lediglich für Musikkonsum. Politische, kulturelle und soziale Interessen rückten in den Vordergrund. Vor allem zeigte sich das Bedürfnis nach einem normfreien Raum oder vielmehr einer Welt der Ablehnung von Normen und Werten der Aussenwelt. Dieses Bedürfnis war zum Teil so intensiv, dass immer mehr Jugendliche trotz den schlechtesten materiellen Bedingungen den Bunker als »Wohnsitz« wählten. Gegen Ende des Experiments hielten sich 17% der Besucher seit mindestens einer Woche dauernd im Jugendzentrum auf. In den letzten Tagen übernachteten denn auch durchschnittlich etwa 200 Jugendliche dort.

Der Bunker war auch ein Refugium für Jugendliche mit akuten Problemen. Konflikte mit Eltern, Lehrern, Lehrmeistern, Behörden und Polizei belasteten viele Bunkerbesucher. Einige rissen zu Hause oder von Heimen aus und wollten dann im Bunker bleiben. Für andere »lag es nicht mehr drin«, die Schule oder eine bestimmte Lehre zu besuchen. Speak out, eine Beratungsstelle für Jugendliche, hatte im dritten Stock des Bunkers ein Zimmer zur Verfügung und versuchte von dort aus, diesen Jugendlichen zu helfen. Speak-out-Mitglieder sind jugendliche Laien und stehen prinzipiell auf der Seite des Ratsuchenden, sie können aber auch mit dessen Einwilligung eine Vermittlerrolle übernehmen. Speak out sieht ein, dass wirkliche Hilfe in vielen Fällen beinahe unmöglich ist, da beispielsweise Wohngemeinschaften, die eine Alternative zu Erziehungsanstalten sein könnten, noch weitgehend fehlen.

Wo entstanden die Probleme?

Der Drogenkonsum hatte keineswegs ein solches Ausmass, wie manchmal in der Presse behauptet wurde. Die Ergebnisse der Polizeirazzia bewiesen, dass der Bunker keine »Rauschgift-höhle« war. Obwohl dies auch Doktor Hubatka, Chef der Kriminalpolizei, an der Pressekonferenz über die Razzia zugeben musste, wurde die ganze Sache in der Presse unverhältnismässig hochgespielt. 28,6% der Besucher waren (schon) vor der Eröffnung des Bunkers »drop-out«: Ausgeflipte, die sich zuvor in Lokalen wie »Blow-up« und »Revolution« trafen. Schon dort konsumierten sie Drogen, aber »man wusste nichts davon«.

Alle diese Probleme hat der Bunker bestimmt nicht geschaffen. Aber erst die Konzentration auf ein Zentrum mitten in der Stadt konnte die Evidenz der Probleme für die Öffentlichkeit schaffen. Die Reaktion liess nicht lange auf sich warten. Der Stadtrat vermag die Probleme nicht zu lösen, denn er hat wohl gemerkt, dass die Ursachen nicht auf individuellem Niveau, sondern in den Gesellschaftsstrukturen liegen. Was blieb ihm schon anderes übrig, als zu versuchen, die Probleme wieder aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verdrängen? Mit anderen Worten: Wenn der Bunker geschlossen ist, existiert auch die Bunkerjugend nicht mehr – jedenfalls für die Öffentlichkeit.

Der kleinste Teil der Bunkerjugend sah seine Probleme klar und deutlich. Bewusst war höchstens die eindeutige Ablehnung konkreter Institutionen wie der »Schmiere« (Polizei) und der »Spinnwinden« (Heimerziehungsanstalten). Solche Institutionen wurden kaum als Agenten von weniger deutlich sichtbaren Mächten gesehen. Vor allem nach der Bekanntgabe des stadtträtlichen Ultimatum Mitte Dezember entwickelte sich aber unter den anfänglich indifferenten Bunkerbenutzern langsam ein politischer Bewusstseinsprozess.

Es geht weiter

Nach der Schliessung des Zentrums hat die Bunkerjugend weiterhin von sich reden gemacht und damit immer grössere Repressionen mobilisiert. Langsam zeigt die herrschende Macht ihr wahres Gesicht, wenn schiefes Lächeln und Schwatzen nichts mehr nützen. Das Demonstrationsverbot wurde nicht öffentlich bekanntgegeben wie nach den Globuskrawallen, aber es wird faktisch durchgesetzt, indem keine Kundgebung erlaubt wird. Die neueste Eskalation der Repression sind die Massenverhaftungen im Shop-Ville. Also Redeverbot – wann wird wohl die Meinungsfreiheit angegriffen? Für einmal scheint jedoch die Jugend klüger vorzugehen. Das Bunkerkomitee hat dezentralisierte Basisbildung in verschiedenen Quartieren angeregt. Es gibt eine reelle Chance, dass sich die Jugend weiter solidarisiert trotz der polizeilichen Zermürbungstaktik.

Peter C. Meyer



SRG: Nichtssagendes als Programm

Bemerkungen zu einem nur tönenden Papier

Anstossen können muss man sich an Begriffen. Fest müssen sie sein. Sonst taugen sie nichts. Sonst sind sie wie Zuckerwatte. Die schmeckt, aber macht nicht satt. Die nimmt viel Raum ein, aber hat kein Gewicht. Die ist so durchlässig, dass sie die Farbe mit dem Hintergrund und der Umgebung wechselt. Und vor allen Dingen klebt sie. Sie klebt ganz wiederlich. Das machen sich diejenigen zugute, denen man auf den Leim gehen soll. Sie reden, schreiben und drucken Zuckerwatte.

Das zur Einleitung.
Man stelle sich vor, das Radio zu Hause wäre noch ein altes Radio mit Röhren und Wackelkontakten. Ein Schlag auf die hölzerne Seite, ein wenig Gefummel am Stecker, und der Ton kommt wieder. Es pfeift und rauscht. Der Empfang ist sehr schwach. Es wird ein Vortrag gesendet. Man hört nur Bruchstücke, aber das wenige gibt das erhobene Gefühl, etwas Wichtiges zu hören. Das könnte sich so anhören:

Pflichtenheft... die Moral... Ungeschicklichkeit... Mensch ist kein Roboter... an sich... zu weit.

An sich heisst dieser Vortrag: »Die Autonomie der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft, die Programmfreiheit, die Programmkontrolle und ist vom Zentralvorstand der SRG am 1. Juni 1970 genehmigt worden.«

An sich soll in ihm etwas drin stehen von Belang.
An sich soll er vom Selbstverständnis der SRG Zeugnis ablegen aus dem Mund der SRG.

Aber an und für sich ist er nichts weiter als eine Anhäufung unverbundlicher Gemeinplätze, von Phrasen und Geschwafel, von Geschwätz und Zuckerwatte. Es wird mit so viel Anstrengung nichts gesagt, dass nur die An-

Dummheit immer noch dem Unternehmer verhilft.

Manchmal unternimmt der SRG-Text den Anlauf, konkret zu werden. Da heisst es beispielsweise: »Im Prinzip ist kein Thema verboten, wichtig ist nur, dass darüber mit Takt und in ausgeglichener Weise gesprochen wird und dass dabei die Proportionen gewahrt werden.«

Das heisst: Im Prinzip ist nichts verboten, was nicht verboten ist. Aber was heisst »im Prinzip«?

Oder es heisst: »Es handelt sich nicht um eine interne Zensur, sondern um eine Kontrolle...«

Das heisst: Die Kontrolle ist keine Zensur. Aber was ist die Kontrolle?

Darauf gibt es keine Antworten. Kann es keine geben, weil letztlich immer tautologisch argumentiert wird. Es wird so argumentiert, weil das in den Vorlieben des Bürgertums gehört. Denn die Tautologie lässt die Dinge, wie sie sind, und gaukelt zudem noch Tiefe vor. Tiefe wird dann schnell mit Objektivität verwechselt. Von welcher Qualität allerdings diese Objektivität ist, zeigt der folgende Satz: »Die Objektivität als grundlegende Bedingung der Informationsendung ist gewahrt, wenn bei mehreren Sendungen über ein bestimmtes Thema, die (das soll sich auf Sendungen beziehen! Ch. L.) nacheinander ausstrahlt werden, diese untereinander sachlich ausgewogen sind, was voraussetzt, dass sich die verschiedenen Meinungsäusserungen in kurzen Zeitabständen folgen.« Dann ist die Objektivität gewahrt, meint die SRG. Quantität soll einfach so in Qualität umschlagen. Vielzahl der Meinungen soll garantieren, dass die Erkenntnis mit dem Objekt übereinstimmt. Das statistische Gesetz der grossen Zahl wird flink übertragen auf nicht quantifizierbare Objekte. Das nennt sich dann Grundsatz der Demokratie. Dabei wird davon ausgegangen, dass 10 Meinungen insgesamt klüger sind als eine. Man hat, hier und jetzt, jedoch davon auszugehen, dass 10 Meinungen dümmer sind als eine. Die SRG beweist es. Wie viele Leute sitzen eigentlich im Zentralvorstand? Charles Lassalle

Was heisst hier »noch«?

»Wir sind häufig Zielscheibe des »Gegensatzes« zwischen Alt und Jung, obwohl wir keineswegs die Existenz einer Jugend übersehen, die noch nicht die gleichen Ansichten wie die ältere Generation hat.«
Zentralvorstand der SRG

strengung allein Bewunderung verdient. Denn das kann nicht jeder.

Aber dabei darf man nicht stehenbleiben!

Dieser Berg von Zuckerwatte ist nicht ohne Absicht zu einem Berg angehäuft worden. Was sich hier darstellt, ist nicht Mangel, nicht Unfähigkeit, einen Tatbestand deutlich zu beschreiben, sondern böser Wille, dem alle Mittel recht sind. Strukturen zu verschleiern, die tatsächlich nicht anders gehalten werden können, als dass sie verschleiern werden – ganz so, wie sich auch der Unternehmer scheut, eine Bilanz auf den Tisch zu legen, aus der auch der letzte Hilfsarbeiter ersähen könnte, zu welchem beträchtlichem Gewinn er trotz der ihm unterstellten

Sportler sind bei der »Zürich« versichert



Bernhard Russi

Herr Russi welches ist Ihr sportliches Ziel?
Die Teilnahme an der Winter-Olympiade 1972 in Sapporo (Japan).

Nicht nur der Sportler, jedermann braucht heute seine persönliche Unfall- und Haftpflichtversicherung. Wir beraten Sie gerne.

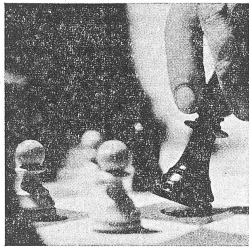
«ZÜRICH»
Versicherungs-Gesellschaft

Akademische Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

Eine Stelle bei Brown Boveri - Ihr Schachzug



Weil Ihnen bei Brown Boveri das auf Ihre theoretische Ausbildung ausgerichtete praktische Wissen vermittelt werden kann. Auf dem Gebiet, das Ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Sei es Richtung **Maschinenbau, Elektrotechnik, Physik, Chemie, Mathematik oder Betriebswissenschaft** - Sie finden bei uns den Aufgabenkreis, der Ihnen auf Grund seiner fachlichen Anforderungen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten die Gewissheit gibt, dass sich Ihr Studium gelohnt hat.

- In der **Forschung** befassen Sie sich mit theoretischen und experimentellen Arbeiten in Festkörper- und Plasmaphysik, Elektronik, Optik, Automatik, Thermodynamik, Hochspannungstechnik.

- In der **Entwicklung, Konstruktion und Produktion** schaffen Sie unter Anwendung modernster Fertigungsmethoden marktgerechte Produkte und Systeme in den verschiedensten Produktbereichen wie thermische und elektrische

für die Zukunft

Maschinen und Apparate, industrielle Elektronik, Radiokommunikation, elektrische Ausrüstungen für die Industrie, für Bahnen und Schiffe.

- Im **Marketing und Verkauf** arbeiten Sie mit an der Erschliessung neuer Absatzmärkte und am Ausbau unserer weltweiten Verkaufsorganisation.

Darüber hinaus bieten wir Ihnen die **Vorteile eines multinationalen Konzerns:**

- Sie werden in Ihre neue Tätigkeit eingeführt und auf Ihre künftige Aufgabe vorbereitet

- Sie können auf das Wissenspotential und die jahrzehntelange Erfahrung von Brown Boveri zurückgreifen
- Durch die ständige Entwicklung neuer Produkte bleibt Ihr Know-how stets dem Stand der Technik angepasst
- Sie haben die Möglichkeit, sich im Ausland sprachlich weiterzubilden
- Wir bieten Ihnen Gelegenheit, am Nachdiplom-Studium an der ETH teilzunehmen
- Es steht Ihnen frei, das Tätigkeitsgebiet oder den Produktbereich zu wechseln, falls Sie einen solchen Schritt als opportun erachten

Möchten Sie mehr über uns wissen? Die Mitarbeiter unserer Abteilung Personaleinstellung geben Ihnen gern weitere Auskunft. Tel. 056/75 34 52

BBC
BROWN BOVERI

Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie., 5401 Baden



**STUDENTEN
arbeiten als**

**SECURITAS-
WÄCHTER**

Einsatzmöglichkeiten:

- Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.
- Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.
- Vollbeschäftigung als Nachwächter während mindestens vier Wochen.
- Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungsbedingungen.

SECURITAS AG
Schweizerische Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich
Militärstrasse 24

8021 Zürich, Tel. 27 43 10

Neue Zürcher Zeitung

für Leute,
die mitreden
wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt - nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner - als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet - so wird gesagt - mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:
für 3 Monate Fr. 13.15 (statt Fr. 18.75)
für 6 Monate Fr. 25.20 (statt Fr. 36.—)
für 1 Jahr Fr. 47.60 (statt Fr. 68.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z.St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 13.15
für 6 Monate zu Fr. 25.20
für 1 Jahr zu Fr. 47.60

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Hochschule: _____

Semester: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Solothurner Filmtage

Impressionen – Kommentare – Anregungen

Der Haus- und Grundeigentümerverband ist unsere einzige APO – so was hat man gehaut. Auch das wir zuviel Panzer und zuwenig Gehirn haben, und daran schon Reptilien ausgestorben sind. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile: nur gibt es Filme, wo die Betonung auf den Teilen liegt. Die Wirkung eines Films hängt wesentlich vom Ganzen, von der durchdachten und nicht zufälligen Montage seiner Teile ab: das haben besonders zwei Filme deutlich gemacht. »Schöne Zeiten«, von Anne Demmer, Rob Gnant, Fritz Hirzel und Pierre Lachat, zeigt die verschiedenen Stationen der sonnigen Picknick-Ausfahrt der Frau Stirnimma samt Familie; der Ehemann, ständig mit Sturmgewehr, gibt ab und zu eine lakonisch faschistische Phrase von sich. Hymnen und Ländler als Begleitmusik sollen dann dem Hinterletzen die Augen öffnen für die schäbige Verschönerung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Immerhin zeigt der Film ideologische Korrelate unserer Situation, das Verständnis wird kaum von jenen erwartet werden können, die Unterdrückung am stärksten erleiden: der Film wird elitär. »Die Wiederholung«, von Richard Dindo, soll als

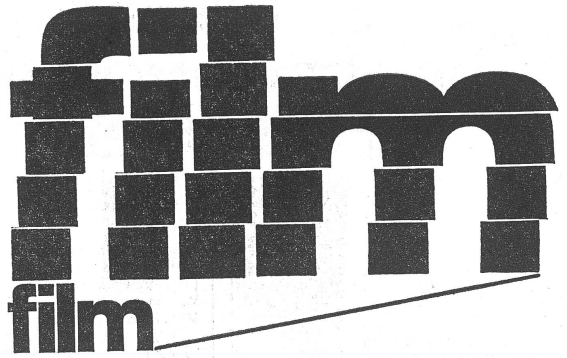
garjuna Sagar; ohne Bagger und Kräne, mitbarer Kraft, sie steigen mit Steinen und Mörtel auf den Damm hinauf. Diese Menschen haben einen Ausblick: der Damm wird ihnen neue Produktivität bringen. Andere wiederum müssen die Funktionen von Motoren übernehmen, Wasser heben, eine Maschine in Gang halten. Anderswo bedient man sich der fortgeschrittenen Technik. – 200 Millionen Menschen leiden unter der Bilharziose, einer Wurmerkrankung, für die es Medikamente und Vorbeugungsmittel gibt, den Betroffenen fehlt Geld. Der Film zeigt Widersprüche: Symbolisch dafür das Bild der Mondastronauten zu den Rhythmen primitiver Völker. Synthese soll die Brüderlichkeit aller Menschen sein, die Solidarität.

Das Experiment mit dem Affen, der, isoliert von jedem Lebewesen aufgezogen, völlig dumm und apathisch wird, dokumentiert eindrücklich die Abhängigkeit von der Gesellschaft, das Bedürfnis nach Liebesbeziehungen. Die Aufnahmen von einem Happening in San Francisco, wo kollektiv das Liebesbedürfnis befriedigt werden soll, zeigen einen Ausweg, eine Reaktion auf das Leben in einer Gesellschaft der Entfremdung des Menschen von sich

zur »freien« Marktwirtschaft und der zugehörigen »demokratischen« Gesellschaft richtiggestellt. Mittel, mit denen die herrschende Oligarchie diese Ordnung verteidigt, werden durchschaubar: der Kampf gegen die Guerillas kann sich nicht mehr in den legalen Rahmen beschränken, der Landbesitzer greift selbst zur Waffe, die Leichen wirft man dann vom Helikopter aus in den Dschungel, wo niemand sie je finden wird. Stellvertretend für die Interessen des ausländischen Kapitals antwortet der Direktor der United Fruit Company in Guatemala, jedoch verweigert er u.a. die Aussage auf die Frage nach den Auswirkungen der Politik seiner Firma auf die Entwicklung des Landes, um dann, etwas ratlos, zu schliessen: »Wir befolgen immer noch die Gesetze des Landes.« Die Bananen, von Hungerlöhnen gepflückt und verpackt, kommen in unsere Läden; bei Background-Music, so weiss man unterdessen, verkauft sich Chiquita besser.

Kurzfilme

Neben den längeren Spielfilmen – von denen hier nicht die Rede sein soll, weil sie z.T. schon in Zürich gelaufen sind und ohnehin noch ihr breiteres Publikum finden werden – und den dokumentarischen Streifen waren in Solothurn einige anregende Kurzfilme zu sehen. In einem dreiminütigen Trickfilm haben Ernest und Gisèle Ansonge die Eroberung des Mondes aufgezeichnet; Kriegshetze und Maschinenpistolen spielen eine Hauptrolle, Geratter beschliesst den Untergang der Mond- und



Erzivilisation. »Alunisson« endet mit einem Leichenhaufen, worin auch der »Endsieger« schliesslich zugrunde geht. Regine Bebié und Rob Gnant zeigen in »Märchen«, wie kindliche Wahrnehmung die Darstellungen der etablierten Märchenwelt zu überwinden vermag: Fräulein Meier und Herr Bänтели (oder ähnlich) sind ganz gewöhnliche Menschen. Weder Prinz noch Prinzessin. Beide suchen einen »Schatz«; das ist der Ausgangspunkt für die zehnjährige Sarah und den siebenjährigen Roland, die über Märchen reden, mit ganz gewöhnlichen Menschen. Die Gegenüberstellung mit der verfilmten Darstellung des »Dornröschens« deckt dessen über-

holte Moral auf und zeigt sie im Gegensatz zur kindlichen Einstellung der Sexualität gegenüber. Während der Prinz die Prinzessin erlöst, reden Sarah und Roland mit noch unbestrafft gebliebenem Selbstverständnis über den Beischlaf des Fräulein Meier mit Herrn Bänтели. Lachen konnte man in Solothurn vor allem über Trickfilme. »Die Abenteuer von Hick und Hacke«, ein Film des dreizehnjährigen Gorgon Haas, hatte wohl den grössten Applaus. Guido Haas hatte seinem Sohn Gorgon einen Trickfilmisch gebaut, auf dem dieser dann spontan seine kurzen Episoden zusammenstellte.

Andreas Hoessi

Cinéma politique – cinéma spectacle

Il n'y a pas d'art apolitique, on l'avait un peu trop oublié depuis Eisenstein! La vague révolutionnaire de 1968 l'a brutalement rappelé. La nouvelle critique cinématographique dénonce le contrôle de toute la production et de toute la distribution cinématographique par les trusts financiers, tandis que la critique traditionnelle continue à ne s'occuper que d'esthétique et de psychologie, niant la partialité du contenu des films.

Les faits

Personne ne peut contester que, dans nos pays capitalistes, le cinéma est entièrement au mains des puissances d'argent. Il existe bien un cinéma marginal, mais il est si faible économiquement que sa qualité s'en ressent et qu'il n'est réservé, dans des salles périphériques, qu'à un public déjà convaincu. Quels sont les buts des groupes qui financent les films? Le seul avoué est de faire une opération qui laisse un bénéfice, substantiel si possible. Mais ce n'est pas le seul, en fait ce n'est même pas le plus important. Le pouvoir du cinéma en tant que masse media est trop grand pour ne pas contrôler étroitement ce qu'il dit. Ce ne sont pas les moyens qui manquent: outre une censure, en crise de par sa pesanteur passée, une censure financière qui n'a pas épargné les plus grands (Chaplin, Losey à Hollywood, Godard en France), une auto-censure des salles (qui a osé projeter »La bataille d'Alger« en France, ou même le »Green berets« de J. Wayne?) et enfin la critique, habile à transformer un film en un échec financier. On peut donc être rassuré, seuls les films au contenu idéologique orthodoxe franchiront ces multiples obstacles.

Rôle de la critique

Le travail de la critique ne se limite pas à ce rôle. Elle doit avant tout masquer la fonction idéologique du cinéma. Pour cela elle se sert de mythes. Par exemple celui de l'auteur-réalisateur: la critique a pris l'habitude de ne redonnait comme seul auteur,

libre et donc responsable, que le metteur en scène; les acteurs, caméraman... ne récoltant que des satisfecit. Or le metteur en scène n'est absolument pas libre, ni de son budget ni de son scénario: »Dès que votre budget dépasse cinquante millions (anciens), on vous donne le scénario. On vous donne cinquante millions si vous faites »Easy rider« ou »More«...« (1)

La critique se sert aussi du mythe du langage filmique et de ses figures de style. Mais qui se soucie, parmi les spectateurs, du fait que O. Welles a été le premier à employer le travelling vertical dans »Citizen Kane«? Bien sûr, le public est sensible aux qualités esthétiques d'un film, mais indépendamment de la technique cinématographique, la preuve en est que les vieux chefs d'oeuvres, à la technique rustique, attirent toujours de nombreux spectateurs. Accessoirement, le raffinement technique sert à la publicité (super-panavision articolor...)

Quand il faut absolument parler du contenu et de l'intention d'un film, la critique se limite en général à la densité psychologique des personnages, et quand décidément on ne peut y échapper, on désamorce la portée du film dans des généralités: »Nombreux sont les pays où de tels faits pourraient se dérouler dans les mêmes conditions. C'est pourquoi ce film dur et douloureux aura une résonance certaine en chacun de nous.« (2)

La critique est plus puissante qu'on pourrait le croire. »Je ne vais pas au cinéma, sauf quand il y a un bon film.« Quand on entend cette phrase, on a affaire à une victime de la critique, quel que soit le sens qu'il faut attribuer à un »bon« film. Cela peut vouloir dire »Docteur Jivago« ou »The jungle books«, ou, s'il s'agit d'un adolescent, »Woodstock« ou »Easy rider«, et si c'est un étudiant, cela voudra dire le dernier Polanski, Godard, Buñuel ou Lewis.

Le cinéma spectacle

Dans la réalité, ces catégories se nuancent: le cinéma spectacle a pour le spectateur une fonction de compensation, différente suivant le sexe, le niveau de vie, le niveau culturel. Les femmes apprécient moins les James Bond que les hommes, les universitaires préfèrent les films à thèses, bien qu'il ne s'agisse là encore que d'une autre forme de consommation. »On veut bien lui faire croire (au spectateur)

que le ticket qu'il achète à l'entrée de la salle représente une opinion: mais ce ticket lui fait surtout jouer exactement le rôle qu'on attend de lui... Le jeu production-consumation n'est pas un dialogue.« (3) Le cinéma spectacle compense partiellement la grisaille quotidienne. Alors tous les moyens sont bons: le suspense, le happy end, l'amour fou, le romantisme, l'érotisme... Il faut que le film séduise (sexe, mort, argent, violence, vice), il faut que le film soit vraisemblable pour permettre au spectateur de s'identifier à un personnage (ou même à plusieurs partiellement). Le cinéma est beaucoup plus apte à jouer ce rôle que le roman. D'abord parce qu'il ne nécessite aucun effort du spectateur, ensuite parce que l'on va souvent au cinéma en groupe alors que l'on ne peut lire un roman que seul, enfin le cinéma est un moyen d'expression très dense (image plus son) et bon marché. Le cinéma spectacle est si puissant qu'il a rejeté les autres genres cinématographiques dans l'ombre: le documentaire (4), le cinéma d'art et d'essai, le cinéma pornographique (qui se heurte en plus à la censure et aux tabous). Pourtant le cinéma nous a donné des chefs d'oeuvre, même Hollywood!

Que faire...?

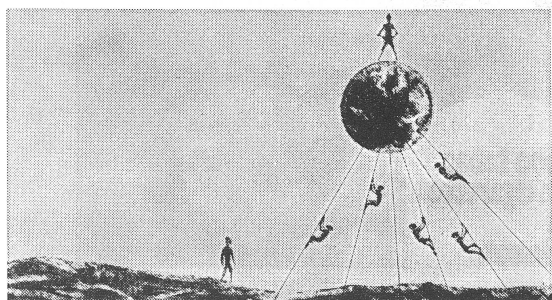
En fait, le film spécifiquement politique existe depuis longtemps. Le raciste »Birth of a Nation« de Griffith était d'excellente qualité, le cinéma nazi a produit quelques films d'une rare beauté plastique (»Les dieux du stade« de L. Riefenstahl). Faut-il se réjouir du plan anticomuniste de Hitchcock (»Ninotchka«, »Topaz«)? Faut-il espérer que tout le public possible aille voir »Green berets«? Faut-il absolument condamner »Z« et »L'aveu« pour leurs inexactitudes et leurs simplifications? Faut-il bouder le cinéma tchèque à cause de l'usage qui en est fait en occident? On peut certainement dire que tous ces films endorment la conscience politique du spectateur, au lieu de la développer, mais est-ce si certain? Aucun gouvernement, aucune minorité au pouvoir n'a encore toléré un cinéma libre de contrainte. Ce n'est pas le système d'encouragement à la production par l'accord au réalisateur d'avances sur recette que le cinéma échappera à la main-mise de la finance (surtout si comme en France c'est une commission d'état qui juge de l'octroi de ces avances). Alors que faire?

Ives Cottin

(1) J.-L. Godard dans »Cinéma 70«, Décembre 1970
(2) R. Chazal à propos de »Z« dans »France-Soir«, 1er mars 1968
(3) C. Zimmer dans »Les Temps Modernes«, Octobre 1970
(4) Sauf en Russie où on produit plus de documentaires que de films de fiction.

»... L'homme de gouvernement qui craint la rue, parce que l'homme de la rue est toujours sur le point de devenir l'homme politique, se réjouit de n'être plus qu'un entremetteur de spectacle, habile à endormir en nous le citoyen pour ne tenir éveillé, dans la demi-ombre d'une demi-sommeil, que l'infatigable voyeur d'images.«

Maurice Blanchot
(L'entretien infini)



Ernest und Gisèle Ansonge: »Alunisson« (Trickfilm über die Eroberung des Mondes).

theoretischer Dokumentarfilm die Verbindung herstellen zwischen Erkenntnis und Fiktion, d.h. zwischen rationaler Analyse und fiktiver Darstellung. Interviews mit Bichsel, Bruggmann, Farmer, Arnold und Nizon geben die Analyse – ein Querschnitt durch die Probleme, die sich unserer Gesellschaft stellen. Der Zusammenhang mit dem Spiel zweier »entpersönlichter« Figuren ergibt sich kaum, die anvisierte politische Alternative bleibt verschwommen. Die beiden Filme, vielpersprechend im Ansatz, sind an der mangelnden Ganzheitskonzeption gescheitert.

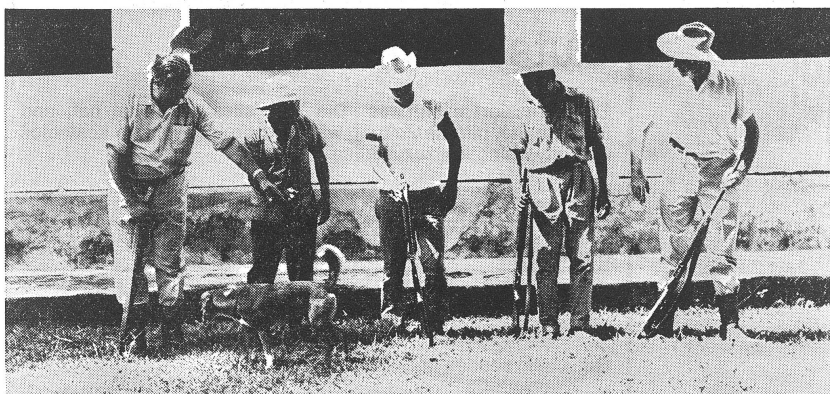
Chiquita-Bananen und wir

Wenn Politik heute, wie Bichsel meint, Utopie vernachlässigt (oder verdrängt?), muss politischer Film Bewusstsein schaffen, muss die Diskrepanz zwischen dem, was ist, und dem, was möglich wäre, sichtbar machen. »Ich hoffe, dass die Leute, die den Film sehen, einsehen, dass man die Welt ändern muss.« Henri Brandt erhebt damit den Anspruch, mit »Voyage chez les Vivants« (Der blaue Planet) einen politischen Film geschaffen zu haben. Der Streifen ist aus etwa 70 Stunden Film zusammengeschnitten, den er seit 1966 in aller Welt gedreht hat: u.a. in den USA, England, Japan, Indien, Hongkong, Senegal und auf den Philippinen. 30 000 Menschen, Frauen, Männer und Kinder, bauen den Staudamm von Na-

selbst. Doch zu den Szenen des Pariser Mai 68 und anderer Revolten folgt der Kommentar: »La révolution est toujours la source du malentendu.«

Brandt hat Widersprüche aufgezeichnet, Widersprüche zwischen dem Entwicklungsstand der menschlichen Produktivkräfte und der Form von deren Aneignung, d.h. der faktischen Verteilung der Reichtümer unter Kontinenten, Ländern, herrschenden und ausgebeuteten Klassen. Ansätze zur Analyse werden von liberaler Ideologie überdeckt: Liberale Ideologie, die Unparteilichkeit meint, jedoch Unlösbarkeit dieser gesellschaftlichen Widersprüche suggeriert; »Les hommes ont toujours...«

»Bananaera libertada«, von Peter von Gunten, zeigt Widersprüche in einem konsistenten Zusammenhang. Das Unvermögen der kapitalistischen Ordnung, Herrschaft und Unterdrückung zu überwinden, wird hier anhand der Mechanismen der Weltwirtschaft und deren Auswirkungen auf die Formen gesellschaftlicher Reproduktion in Südamerika sorgfältig analysiert. Dreihorte waren Paraguay, Peru und Guatemala sowie die Schweiz. Der Film soll Fragen der Unterentwicklung Lateinamerikas und der Ratlosigkeit gegenüber revolutionären Gruppen einer rationalen Diskussion zuführen: Aussagen von Grossgrundbesitzern und Landarbeitern werden gegenübergestellt, Ideologisches



Die Bürgerwehr ist wider das liberale Recht. Die liberale Ordnung sichert den privaten Landbesitz. Zur Verteidigung der liberalen Ordnung muss das liberale Recht verletzt werden (Landbesitzer rüsten zur Guerillero-Jagd).

Herr Tanner ist Elektroingenieur und ewiger Student.



Richtig so. Wer vorwärts strebt und technisch dauernd auf der Höhe bleiben will, muss lernen. Sein Leben lang. — Übrigens nicht nur in der Technik.

Die persönliche fachliche Weiterbildung ist eine Forderung, die wir an alle unsere Elektroingenieure stellen. Natürlich mit unserer Unterstützung — auch finanziell. Dass zum Beispiel die ETH so

nahe liegt, dafür können wir nichts. Aber unsere «ewigen Studenten» profitieren davon. Man holt sich sein Wissen am besten an der Quelle, beim Besuch von Vorlesungen.

Von unserer Geistesarbeit profitieren nicht nur wir allein, sondern noch rund 400 Unterlieferanten dazu, denn in den eigenen Werkstätten stellen wir nur das her, was der typischen Contraves-Technik bedarf. Alles andere geht auswärts in Fabrikation. — Irgend jemand meinte einmal, die Contraves sei ein grosses Ingenieurbüro. So ganz unrecht hatte er eigentlich nicht...

Wenn Sie uns anrufen oder den untenstehenden Talon einsenden, erhalten Sie eine ganze Auswahl Stellenbeschreibungen. Sie können in Ruhe und völlig unverbindlich selbst auswählen, welche Stelle Ihnen bei Contraves am besten passen würde, sei es in der System- oder Schaltungstechnik, in der Projektierung, Prüfung, Instruktion, Applikation, im Service oder im Verkauf. Suchen Sie sich das Gebiet aus, in welches Sie sich als «ewiger Student» einschreiben lassen möchten!

Contraves AG

Schaffhauserstrasse 580
8052 Zürich
Telefon 051/487211

bitte ausschneiden und einsenden an
Contraves AG, Personalabteilung,
Postfach, 8052 Zürich /P 712

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ _____ Ort _____
Alter _____ * Ing. ETH/HTL
* Zutreffendes unterstreichen

GAULOISES



**J'ai du bon tabac
dans ma cigarette...
Je fume
des Gauloises.**



Wenn auch Sie zu den Leuten gehören, die nicht gewohnt sind, alles kritiklos hinzunehmen, sondern es vorziehen, sich eine eigene Meinung zu bilden, dann sollten Sie uns den untenstehenden Gutschein noch heute einsenden. Sie erhalten dann drei Wochen lang, kostenlos und völlig unverbindlich, die führende Tageszeitung »Die Tat«, die für aufgeschlossene Menschen geschrieben wird. Nicht umsonst setzt sich »Die Tat« auch als Zweit-Zeitung immer stärker durch.

Gutschein

Es interessiert mich, was »Die Tat« alles zu bieten hat, und ich bitte Sie, mir die Zeitung während dreier Wochen kostenlos und unverbindlich zuzustellen.

Name und Vorname: _____ ZST 8

Strasse: _____

Plz/Ort: _____

Gutschein senden an:

Verlag »Die Tat«, Vertriebsabteilung, Postfach, 8023 Zürich

Die verschiedenen Gesichter des Numerus clausus

Neben dem sozialen »Numerus clausus«, begründet durch überkommene Begabungsvorstellungen und einem nach den Prinzipien der Wirtschaft orientierten elitären Leistungsbegriff, der eine freie Entfaltung des Individuums gemäss seiner Neigung und seiner Fähigkeiten gar nicht erst zulässt, besteht auch die Zulassungsbeschränkung durch Abschreckung (Fehlinformationen, Voranmeldungsaktion, Vorlmmatrikulation). Der versteckte (verborgene) Numerus clausus macht

sich dort bemerkbar, wo Selektionen in den Studiengang eingeschaltet sind (willkürliche Zwischenprüfungen, ein- oder mehrsemestrige Wartezeiten auf schon überfüllte Lehrveranstaltungen). Bereits praktiziert wird der Numerus clausus gegenüber den Ausländern. (Von 1959/60 bis 1968/69 nahm die Ausländerquote um rund 10 Prozent auf 23,2 Prozent ab; die geringsten Ausländeranteile weisen Zürich [11,4%] und Bern [11,5%] auf. Nach Eidg. Stat. Amt).

von Akademikern in bestimmten Disziplinen bevorzucht.

Man muss annehmen, dass die weinerlichen Darstellungen im Hochschulkonferenzpapier – »deswegen ist es unerlässlich, a) alle andern Möglichkeiten auszuschöpfen, bevor diese repressive und unpopuläre Massnahme ergriffen wird, b) nach Mitteln und Wegen zu suchen, um sie auf alle Fälle zeitlich zu beschränken, d.h. als zeitlich limitierte Notmassnahme zu betrachten« – Täuschungsmanöver mit System sind, um die tatsächlichen Absichten hinter dem Schleier leider heimtückisch waltender Urgewalten zu verbergen.

Eliteuniversität zementiert

Sollte als Kriterium für die Zulassung das »Alter« der Matur eine Rolle spielen, dann heisst das, dass Wartezeiten vorgesehen sind, und die Können sich Wenigerbemittelte nicht leisten. In jedem Falle ist ein Numerus clausus dazu geeignet, untere und mittlere Schichten vom Studium abzuhalten. Das Risiko, vollends abgewiesen zu werden, könnten sich nur finanziell privilegierte leisten. Fachspezifische Aufnahmeprüfungen erfüllten den nämlichen Zweck: Neue Selektionen dis-



kriminieren erneut Angehörige sozialökonomisch weniger privilegierter Schichten, da sie ohnehin nur ein Zwanzigstel der übrigen Prüflinge ausmachen. Die Eliteuniversität würde zementiert. Aus dem gleichen Grund muss auch das Losverfahren entschieden abgelehnt werden.

Da keine einheitlichen Kriterien für einen Numerus clausus möglich sind, muss auch bei uns mit dem »fluktuierenden Numerus clausus« gerechnet werden. Dann würden die Zustände vollends unübersichtlich. Jeder Institutsdirektor könnte nach eigenem Ermessen über Zulassungen befinden. Es muss daher ein Modus gefunden werden, der die Kompetenzen zwischen den politischen Behörden, der Verwaltung und der Hochschule genau definiert, damit alle Bestrebungen durchschaubar werden. Gleicherweise Maaßstabkriterium für die Zulassung ist das persönliche Gespräch, das die Motivation des Studienwilligen erforschen soll. Man kann sich vorstellen, was da zählt: Haarschnitt, militärischer Dienstgrad und so weiter. Akademikerlöhne werden bevorzugt behandelt, die politische Auslese ist gewährleistet. In Japan soll bei dieser Methode sogar schon Korruption vorgekommen sein.

Eine weitere Idee ist die Einschaltung eines Vorseminars, um die Spreu vom Weizen zu scheiden. Auch hier werden vorwiegend subjektive Urteile zur Anwendung kommen. Wer sich auf ein gefordertes Verhaltensmuster konditionieren lässt, hat die besten Aussichten auf einen Studienplatz.

Verschulung als Nebenerscheinung

Jeder Numerus clausus, egal nach welchen Kriterien er gehandhabt wird, übt schon automatisch auf den Mittelschüler einen Druck aus, der zu seiner Disziplinierung führt. Die Disziplinierung lässt einen verstärkten Leistungsdruck zu, der – will man bestehen – zu einem anpassungsfreudigen Verhaltensmuster zwingt. Schliesslich studieren nicht qualifizierte Studenten, sondern jene, die sich dem Leistungsdruck der Mittelschulen unterworfen haben, also ausschliesslich Studenten, die gegen eine Verschulung des Studiums nichts einzuwenden haben, die gar dankbar sind, dass sie überhaupt studieren dürfen.

Fortsetzung Seite 21

Gerechte Zulassungskriterien gibt es nicht! Dies gilt in besonderem Masse für die Schweiz, wo durch verschiedene Schulsysteme mit verschiedenartigem Lernangebot, Personalbestand, pädagogischen Anforderungen und Ausstattungen sowie durch ungleiche Bildungsdichten und Einzugsgebiete etc. eine Vereinheitlichung der Zulassungsbedingungen erst recht nicht zu bewerkstelligen ist. Schüler dafür zu bestrafen, dass die Verhältnisse in ihrer Schule in ihren Regionen und Kantonen nicht übereinstimmen und dass folglich die Schüler-Leistungen differieren, ist zwar nicht weniger ungerecht als irgendeine beliebige Form von Zulassungsbeschränkungen. Selbst ein objektiveres Ausleseverfahren könnte nicht verhindern, dass von einzelnen Schulen alle, von andern fast keine Maturanden die Numerus-clausus-Hürde überwinden. Maturnoten oder Aufnahmeprüfungen sagen nichts aus über die Studienfähigkeit eines Bewerbers.

Helmut Becker: »Es wird deutlich, dass die Beurteilungsmaßstäbe in Schule wie in Universität irrational sind; dass eine ernsthafte Aussage über das Können eines Schülers oder Studenten kaum erwartet werden kann, solange die Prüfungsverfahren selbst

Bedarf« spricht, dann wird ausreichend klar, dass es lediglich um die Produktion von Hochschulabsolventen geht und dass das Prinzip der Studienplatzbeschaffung nach den Wünschen der Studierenden aufgegeben worden ist.

Der Deutsche Wissenschaftsrat meint: »Die Tatsache, dass es kein absolutes gerechtes Verfahren geben kann, sollte nicht davon abhalten, das relativ beste Verfahren zu entwickeln.« Vorgeschlagen wird ein zentrales Testinstitut (das nicht zuletzt zur Weiterentwicklung von Curricula beiträgt). Zur Zeit werden in Deutschland konkrete Massnahmen getroffen, eine zentrale Registrierstelle (»Clearingstelle«) für ein Studienplatzverteilungsverfahren zu treffen. Verwaltung und damit Verewigung des Numerus clausus also. Geplant werden allerorts nur quantitative Massnahmen zur Erhöhung

des Outputs an akademisch Ausgebildeten zur Anpassung der kapitalistischen Wirtschaft an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Auch für eine Clearingstelle ist die Angabe verbindlicher Kapazitäten erforderlich. Und da diese Kapazitäten einmal mehr nicht aufgrund von Hochschul-Didaktik und den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium errechnet sind, sondern auf Grund bestehender hierarchischer Hochschulstrukturen, wird durch solche Festsetzungen eine inhaltliche Studienreform verbat. Die Clearingstelle ist Planungsinstrumentarium innerhalb des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Deppeler sieht das durchaus richtig: »Theoretisch liesse sich vorstellen, dass den Zulassungsbeschränkungen Regulierungsfunktionen zukommen könnten, für den Fall, dass uns ein Ueberfluss

Themen des Seminars »Umweltprobleme«

Im Sommersemester wird das auf Initiative des Studentenrings zustande gekommene Umweltseminar an der Universität und der ETH durchgeführt werden. Das Umweltseminar stellt in mehrfacher Hinsicht ein Experiment dar. Es sprengt den Rahmen bisheriger Lehrveranstaltungen in organisatorisch-institutioneller, methodischer und inhaltlicher Hinsicht.

- Das Seminar geht auf die ausschliessliche Initiative von Studenten zurück.
- Das Seminar vereint Universität und ETH in einer gesamtwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsveranstaltung.
- Das Seminar fördert die gesamtwissenschaftliche Gruppenarbeit: Die Themen sollen nicht von Vertretern einer Fachrichtung allein, sondern aus den Blickwinkeln verschiedener Disziplinen bearbeitet werden.
- Mit der Durchführung des Seminars wenden sich die Hochschulen bewusst einem aktuellen Problem unserer Gesellschaft zu.
- Als ein Experiment ist das Seminar ein konkreter Beitrag zur Hochschulreform.

Gründe genug, um aktiv mitzuarbeiten!

1. Teil

- Ökologie. Begriff und Methode
- Umweltschutz als gesellschaftliche Aufgabe
- Umweltschutz als sozialer Wert
- Perzeption der Immissionen und deren Transformation im Verhalten
- Ueber die nachweisbaren und die bisher nicht nachgewiesenen Einflüsse (auch positive) des Biotops auf den Menschen. »Fakten« und »Nichtfakten«
- Erfassung des Einflusses des Biotops auf den gesunden Menschen. »Physiologie« der Umwelt
- Was – ausser Immissionen grob-physischer Natur – soll von der Umweltforschung erfasst werden?
- Ueber das Verhältnis von materiellen (z.B. Verschmutzung) und ideellen (z.B. Entfremdung) Aspekten in der aktuellen Umweltforschung
- Umweltprobleme als Industrialisierungsfolgen und ihre politische Bewältigung im 19. Jahrhundert

- a) Probleme der städtischen Infrastruktur
- b) Probleme des Industriebetriebs
- Finanzierung und Realisierung des Umweltschutzes. Erholungsplanung, Landschaftsschutz und -gestaltung, Gewässerschutz. (Baulandumlegung in Erholungsgebieten, Kostenverteilung beim Gewässerschutz, Organisation der Landschaftserhaltung u. a.)
- Erholung und Umweltschutz. Verdienen am Umweltschutz. Soziale Verantwortlichkeit der Industrie. Beitrag der Werbung zur Produktionsförderung.

2. Teil

- Wasser
- Sind kostengerechte Wasser- und Abwassertarife unsozial?

- Zur Frage »Trennsystem oder Mischsystem« in der europäischen und amerikanischen Praxis
- Chemisches Verfahren als dritte Reinigungsstufe
- Die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung aus hygienischer Sicht
- Auswertung von Betriebsaufzeichnungen zürcherischer Kläranlagen

Luft

- Das Problem der Autoabgase: Gegenwart und Zukunft
- Energieerzeugung aus der Sicht der Lufthygiene
- Reinigung industrieller Abgase und Beseitigung ihrer Folgeprodukte

Lärm

- Lärmprobleme im Zusammenhang mit dem Nationalstrassenbau
- Fluglärm und Schulhäuser
- Lärmprobleme im Wohnungsbau

Hygiene

- Vergleich der kanzerogenen Wirkungen des Tabakrauches und der Luftverunreinigungen
- Beeinträchtigung der Gesundheit durch das »passive Rauchen«
- Umfassende Massnahmen zur Senkung von Pestizidrückständen in Lebensmitteln (biologische, rechtliche und wirtschaftliche Massnahmen)
- Persönliche Beiträge zur Umwelt-hygiene (wirksame Massnahmen, deren Nutzen und mögliche Realisierung)

3. Teil

- Die Schweizer Zivilisationslandschaft im Jahr 2000. Planung und Verwirklichung

Anmeldung

Wenn du an der Erarbeitung (während der Frühlingsterien) eines der nebenstehend abgedruckten Themen interessiert bist, so melde dich bitte schriftlich, unter Angabe deiner Studienrichtung sowie deiner Adresse, bei: EAWAG, Sekretariat Umweltseminar Ueberlandstrasse 133 8600 Dübendorf

Das Sekretariat wird dann den Kontakt herstellen zwischen dir und dem Dozenten, der für das von dir gewünschte Thema verantwortlich ist. Er wird mit dir und den andern am gleichen Thema interessierten Studenten die Art und Weise der Erarbeitung eures Beitrags besprechen.

Verantwortlich für das Seminar: Prof. Dr. Werner Stumm (ETH), Prof. Dr. Pierre Tardent (Uni), Dr. Alfred Gilgen (ETH)

Zeitpunkt des Seminars: Während des SS 71, jeweils Donnerstag, 17-19 Uhr

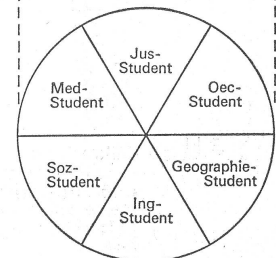
Mitarbeitende Dozenten: die Herren Böhlen (ETH), Giller (ETH), Heierli (ETH), Heintz (Uni), Isler (Uni), Jenny (Uni), Lauber (ETH), Noll (Uni), Siegenthaler (Uni), Stark (Uni), Wanner (ETH), Rich (Uni) und Winkler (ETH)

Studentenring

Arbeitsmethode:

Jedes Thema wird in gesamtwissenschaftlichen Arbeitsgruppen nach folgendem Modell bearbeitet:

Finanzierung und Realisierung des Umweltschutzes. Erholungsplanung, Landschaftsschutz und -gestaltung, Gewässerschutz.



»Es gibt derzeit keine gültigen Massstäbe für ein am Leistungsprinzip orientiertes Auswahlverfahren.« (Westdeutsche Rektorenkonferenz)

und die Kriterien der Leistung nicht objektiviert werden... Unser Ausleesystem, auf dem die Berechtigungen für weiterführende Studien und Berufe aufbauen, arbeitet also nach Massstäben, die wissenschaftlich nicht begründet sind: Es dient praktisch dazu, die bestehende Gesellschaftsgliederung zu reproduzieren.«

Alkmar von Kügelgen, Kiel, ermittelte, dass von 71 Physik-Absolventen, die ihre Prüfung mit der bestmöglichen Note bestanden, 37 gar nicht zum Studium zugelassen worden wären, wenn die Abiturdurchschnittsnote Zulassungsbedingung gewesen wäre. (Vergleiche auch: »Schüler leisten, was ihre Lehrer von ihnen erwarten« in: »Betrifft: Erziehung«, 12/70.) Leider, leider gibt es keine schweizerischen Ergebnisse, die ähnliches aussagen, da in der Schweiz keine Bildungsforschung betrieben wird. Aber es geht ja ohnehin nicht um die Objektivierung von Leistung zur Realisierung der Chancengerechtigkeit. Wenn sogar Deppeler von »Nachfrage/

ARBEITS-PAUSE KAFFEE-PAUSE

703721.14

FREIHOFFER
Buchhandlung für Medizin
Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22

SSF

32.05.08.

Vermittelt dem Studenten ALLES billiger

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG WURZEL

Mühlegasse 19

bei der Zentralbibliothek

Telephon 32 14 80

DIE FACHBUCHHANDLUNG
FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

Wir besorgen auf schnellstem Wege alle lieferbaren
Bücher und Zeitschriften in jeder Sprache

Zum guten Essen:

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-in-Menus** (Getränk -60, Kaffee -60).

Glace-Spezialitäten:

Wir sind stadtbekannt für unsere feine Konditorenglace. Auf unseren Boulevardterrassen und in unserem Gartenrestaurant im »Rosenhof« können Sie sich richtig entspannen.



aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten alkoholfreien Spezialitätenrestaurants am Hirschengraben (bei der Zentralbibliothek) 100 Schritte vom Limmatquai.

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber
(eigene Konditorei)

Für kurze Zeit guter Nebenverdienst

Mitten im lebendigen Messebetrieb vielseitige, kurzweilige und gut entlohnte Beschäftigung.

Die Securitas engagiert für die Schweizer Mustermesse (17. bis 27. April 1971)

Aushilfs- Wächter

für Tag- und Nachtdienst (6 bis 9 Stunden pro Tag), ab Anfang April bis ca. Mitte Mai.

Bedingungen: Schweizer Bürger, einwandfreier Leumund.

Honorierung: nach neuen Ansätzen plus Reise- und Unkostenbeitrag.



Interessenten melden sich bei der

Securitas AG,
Filiale Basel
Steinertorstr. 11
4000 Basel
Tel. (051) 22 05 50



Apotheke Oberstrass Zürich 6

F. Eichenberger-Haubensak Universitätstraße 9

Seit 1889 die Apotheke der Akademiker



Kugellager und Rollenlager

das Schweizer Präzisionsfabrikat
für den gesamten Fahrzeug- und
Maschinenbau

SRO Kugellagerwerke J. Schmid-Roost AG

8050 Zürich
Telefon (051) 46 76 34

Ihr Brillenspezialist
für Augenoptik
+ Kontaktlinsen



Welcho-Optik

Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/464044

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen,
Feldstecher, Fernrohre,
Höhenmesser, Lupen
und Kompass

KONTAKTLINSEN

Studentenpreis
Fr. 380.- netto

Unser

Mietmaterial

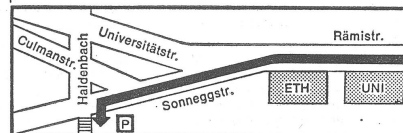
(Fiberglas-, Metall- und Holzskis, Stöcke, Felle, Skischuhe) geben wir zu einmalig reduzierten Preisen ab. Profitieren Sie davon!

STADI-SPORT

ZOLLSTR. 42 8005 ZÜRICH TEL. 051/44 95 14

**Taschenbücher!!!
rororo. Fischer.
Heyne. Ullstein.
Goldmann. Knaur.
Suhrkamp. dtv.
Wir haben alle.
Uebrigens:
Wir machen jetzt
auch Fotokopien.
Für 20 Rappen.**

Hier:



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.

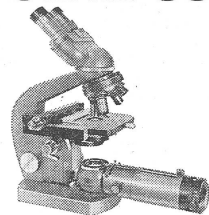


Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 8.30-12.15 und 13.00-18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

OLYMPUS -Mikroskope



OLYMPUS -Mikroskop, Mod. EC-BI-1
binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensator N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x, (Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank, Augenmuscheln und Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklusive Birne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

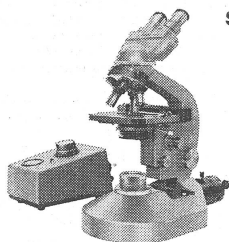
Nach Abzug des Studentenrabattes, netto
nur Fr. 1865.-

5 Jahre Fabrikgarantie

Sofort ab Lager lieferbar

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: Weidmann + Sohn, Abt. Präzisions-Instrumente, Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon, Telefon 051 654800



Spezialofferte an Studenten

OLYMPUS -Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI-1
binokular, Stativ EH mit Ser Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokular-Tubus 1:1, Kondensatorzentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebaute Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W, inklusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto
nur Fr. 2078.-

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Noch einmal: Zur Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung

(Zu »Lausanner Modell und Freisinn« im zs 48/7)

Im zs Nr. 7 (Januar 1971) erläuterte Matthias Jäger die Alternative der Zürcher Freisinnigen zum Lausanner Modell mit zum Teil polemisierenden Äusserungen und stellt das Projekt zur Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung in verzerrten Proportionen vor. Dass er vorwiegend das einleitende Kapitel der Studie, nämlich die ablehnende Stellungnahme der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich zum Lausanner Modell, zum Gegenstand seiner Kritik ausgewählet hat, war vorauszusehen und beweist, dass es nicht nur den Initianten, sondern auch den Befürwortern des Lausanner Modells nicht so sehr um das Problem der Ausbildungsfinanzierung, sondern um die Verwirklichung ideologisch-politischer Ziele geht. (Eine Feststellung übrigens, die der VSS in seinem Communiqué zur Alternative der Zürcher Freisinnigen bestätigt hat!)

Es ist zu hoffen, dass die Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten zur Ausbildungsfinanzierung gerade von studentischer Seite ernst genommen und auch sachlich geführt wird; das heisst, dass auch Alternativen zum Lausanner Modell wie z. B. der Vorschlag der IKSK (Interkantonale Stipendienarbeiter-Kommission) oder derjenige der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich in bezug auf ihren Inhalt und auf ihre praktische Realisierbarkeit geprüft werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die zweifelslos durch das VSS-Modell entfachte Diskussion über die Probleme der Ausbildungsfinanzierung dringend notwendige Verbesserungen verzögert oder dass sie im Fall einer Ablehnung der vom VSS lancierten Verfassungsinitiative in einigen Jahren einen Scheiternhaufen zurücklässt, der niemandem, schon gar nicht den Lehrlingen, Schülern und Studierenden, weiter hilft.

Der Vorschlag der Zürcher Freisinnigen hält grundsätzlich an den von der öffentlichen Hand geleisteten, nicht rückzahlungspflichtigen Beiträgen zur Ausbildungsfinanzierung fest. Um jedoch die tatsächlich bestehenden Mängel des heutigen Stipendienwesens raschmöglichst zu beseitigen und um den veränderten Verhältnissen gerecht zu werden, schlagen die Zürcher Freisinnigen eine Revision des Bundesgesetzes über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien vom 19. März 1965 vor. Diese Revision sollte zudem auch ermöglichen, dass die in einigen Kantonen bereits realisierten fortschrittlichen Lösungen auf das ganze Land ausgedehnt werden. Der von den Zürcher Freisinnigen erarbeitete Gesetzesentwurf sieht insbesondere folgende Neuerungen oder Verbesserungen vor:

● **Höhere Stipendienbeiträge:** Zur Behebung der grossen Unterschiede in der Höhe der von den einzelnen Kantonen ausgerichteten Stipendien sollen die prozentualen Beiträge des Bundes an die Stipendiaufwendungen insbesondere der finanzschwachen und der mittelstarken Kantone wesentlich erhöht werden. Ausserdem sollen die Bundesbeiträge künftig an die Bedingungen geknüpft werden, dass die von den einzelnen Kantonen gewährten Einzelstipendien eine angemessene Höhe aufweisen.

● **Der Einbezug des zweiten Bildungsweges, der Abbau der besonderen Le-**

Beratung für Homosexuelle

Homosexuelle – korrekter ausgedrückt: Homoeroten – haben besondere Probleme. Thomas Berger zum Beispiel. Er arbeitet seit zwanzig Jahren in einem chemischen Betrieb. Für ihn gibt es keine Beförderung mehr. Erpressungsgefahr, behauptet der Chef. Monique ist Buchhalterin. Man legte ihr nahe, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Gerüchte waren laut geworden, und so eine wollte man nicht. Zwei junge Westschweizer mieten eine Wohnung im Kreis 6. Das Logis wurde bald gekündigt. Eine Hausbewohnerin hatte gesehen, wie die beiden Hand in Hand nach Hause gekommen waren. Zahnarzt P. war als Schürzenjäger bekannt. In Wahrheit fürchtete er Rufmord. Er hätte sich beinahe selbst ermordet, wandte sich in letzter Not an einen Seelsorger, der ihn auf den einschlägigen Klub aufmerksam machte. Mit fünfunddreissig hatte er den ersten Kontakt mit Gleichgesinnten. Das Diktat der Konvention wurde einem Instruktionsoffizier zum Verhängnis. Seine Depressionen häuften sich bis zum Kollaps. Später gestand er, er habe geheiratet, um die Dehors zu wahren und in der vagen Hoffnung, sich damit heilen zu können. Er glaubte, umsonst gelebt zu haben. Dafür geniesst Heiner Fabrikant Fünfer und Brötchen. Seine Gattin lässt ihn hin und wieder nach Amsterdam oder Hamburg fliegen. Markus und Felix hingegen wussten einfach keinen Ausweg und wählten den Freitod. Die beiden Zwanzigjährigen schlossen sich in eine Garage ein und betätigten den Anlasser. Unsere Liebe wird niemand verstehen, hiess es in einem Brief an die Eltern. Jeder Homoerot weiss von eigenen Erfahrungen zu berichten. Zwar gibt es kein Dachau mehr, wohin er verschleppt werden kann, aber es hat auch kein Homosexueller, der Dachau überlebte, jemals Wiedergutmachung erhalten. Diese Leute sind eben der letzte Dreck. Wie weit sind wir heute von Dachau entfernt?

stungskontrolle, die den Stipendiaten in einigen Kantonen leider noch immer zu einem »Sonderfall« stempelt, und die Ausrichtung von staatlichen Beiträgen für Studien an ausländischen Hochschulen sind heute leider noch keine Selbstverständlichkeiten und werden deshalb in dem von den Zürcher Freisinnigen ausgearbeiteten revidierten Gesetzestext ausdrücklich von den Kantonen gefordert.

● **Erichtung einer Schweiz. Ausbildungsdarlehenskasse:** Der Vorschlag der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich ermöglicht neben den nicht rückzahlungspflichtigen staatlichen Beiträgen zur Deckung der Ausbildungskosten subsidiär auch den Bezug von Beiträgen in Form von Darlehen, die allen Bewerbern – unabhängig von ihren sozialen und finanziellen Verhältnissen – zum Zweck der Ausbildungsfinanzierung zugänglich sein sollen. Durch die Errichtung der schweizerischen Ausbildungsdarlehenskasse wird eines der wesentlichsten von studentischen Kreisen erhobenen Postulate erfüllt, da damit ein elternunabhängiges Studium für jeden garantiert wird, der davon Gebrauch machen will.

● **Gleichwertige Förderung der Berufsausbildung:** Mit der Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung soll nach dem Vorschlag der Zürcher Freisinnigen gleichzeitig auch die Förderung der Berufsausbildung berücksichtigt werden. Eine gleiche Behandlung der Lehrlinge einerseits wie auch der Schüler und Studierenden andererseits kann am besten dadurch erreicht werden, dass

die Ausbildungsfinanzierung für beide Bereiche im gleichen Gesetz und nach den gleichen Grundsätzen geregelt wird.

Grosszügigere Basis

Ich fasse zusammen: Vergleichen wir den Vorschlag der Zürcher Freisinnigen zur Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung mit dem vom VSS vorgeschlagenen Lausanner Modell, so stellen wir fest, dass das »Zürcher Modell« mit dem Ausbau des Stipendienwesens und der Errichtung einer schweizerischen Ausbildungsdarlehenskasse eine grosszügigere Basis zur Ausbildungsfinanzierung schafft und erst noch mehr Möglichkeiten zur individuellen Berücksichtigung der Verhältnisse und Bedürfnisse von Lehrlingen, Schülern und Studierenden bietet. Während die Realisierung des Lausanner Modells eine Revision der Bundesverfassung voraussetzt, erfordert die Verwirklichung des »Zürcher Modells« lediglich eine Revision des Bundesgesetzes über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien vom 19. März 1965. Da die Revision eines Bundesgesetzes aber ein wesentlich einfacheres Verfahren darstellt als dasjenige einer Verfassungsrevision, ist die Betonung der raschen Realisierbarkeit des »Zürcher Modells« durchaus gerechtfertigt. Es ist nun zu hoffen, dass die Alternative der Zürcher Freisinnigen zur Neuordnung der Ausbildungsfinanzierung auch bei den Studierenden der in Zürich ansässigen Hochschulen Unterstützung und Beachtung findet.

Thomas Wagner, cand. med.

(Zwischentitel und Auszeichnungen von der Redaktion)

jedoch erste Hilfe leisten und wenden sich daher vorab an den einzelnen männlichen und weiblichen Homoeroten, um ihm bei der Lösung seiner spezifischen Probleme behilflich zu sein. Die Mitarbeiter der Organisation sind erfahrene Fachkräfte. Selbstverständlich untersteht jedes Gespräch dem Berufsgeheimnis. Homophile Studenten, die Rat brauchen, sei es auf dem Korrespondenzweg oder in einer persönlichen Unterredung, können sich an Postfach 2037, 8023 Zürich, wenden. Atlas vermittelt auch den Kontakt zur Gesellschaft homophiler Männer und Frauen in der Schweiz, einer gehobenen, geschlossenen Vereinigung mit eigenen Klubräumen. Dazu ist in jedem Fall ein Interview erforderlich. Mit ihrer Arbeit hofft die Atlas-Psychologen-Organisation homoerotisch veranlagten Menschen den Weg zu einem beglückenden Leben ebnet zu können. ra.

Die freisinnige Alternative

● **Grosszügige Förderung des Nachdiplomstudiums:** Das Nachdiplomstudium, das unter anderem der wissenschaftlichen Forschung und der Heranbildung des akademischen Nachwuchses dient, muss grosszügig gefördert werden. Dabei soll bei der Bemessung der Stipendienhöhe eine allfällige Verheiratung der Stipendienbezügler berücksichtigt und ermöglicht werden.

● **Verbesserung der Information und Beratung:** Zu Recht wird im Lausanner Modell darauf hingewiesen, dass die »tieferliegenden Gründe der Ungleichheit der Chancen« vor allem auch in der Art der Erziehung der Kinder und in der Einstellung der Eltern zu deren Ausbildung zu suchen sind. Die Information und Beratung über die ver-

schaffen hat, die sich ihrem innersten Wesen entsprechend und mit allem, was zu ihrem Menschtum gehört, dem eigenen Geschlecht zuwenden, können weite Bevölkerungskreise einfach nicht begreifen. Dennoch dürfte es an die hundertfünftausend Betroffene in der Schweiz geben, für deren zumeist geheimgehaltene Veranlagung der »normale« Mitbürger bestenfalls ein mitleidvolles Lächeln übrig hat und worüber er sich lustig macht. Die Lebensprobleme dieser Menschen werden jedoch geflissentlich übersehen, bagatelisiert oder totgeschwiegen.

Die Psychologen, die sich zur Atlas-Psychologen-Organisation zusammengeschlossen haben, sind sich der Notwendigkeit systematischer Aufklärungsarbeit wohl bewusst. Sie möchten



Studentengerechte Preise, SFF-Preise (zs Januar 1970)

Als Gattin eines nichtschweizerischen Dozenten in der Phil. I, selbst mit nicht abgeschlossenem Universitätsstudium in die hiesige Alma mater zurückgekehrt, lese ich regelmässig den »zürcher student«, damit ich nicht nur durch die bürgerliche Presse von den Anliegen, Interessen und Problemen der Zürcher Studenten informiert werde. Ich dachte immer, Wohnungsmisere, zuwenig billige und günstig situierte Verpflegungsmöglichkeiten, teure Bücher und Instrumente, fehlende Studentinnen-Kinderkrippen und knapp bemessene Stipendien seien die am dringlichsten

zu lösenden Probleme des Durchschnittsstudenten. Meines Wissens braucht es für ein Universitätsstudium nicht unbedingt Hi-Fi-Anlage, alle Autozubehöre, Farbfernsehgerät und Kleiderboutiques gegen studentengerechte Preise (25% Rabatt bei den SSF – Students' Shopping Facilities). Deshalb wundere ich mich, dass es beim Volk so ein falsches Image des Studenten, des privilegierten nicht beruflich tätigen, gibt. Haben Sie sich schon überlegt, dass in einem demokratischen Staatsgebilde wie der Schweiz das Volk, der Souverän, die Finanzierung der Universität mittels seiner Steuern bewilligen soll?

Frau Prof. Dr. R. P. Kramers

Kein Mensch hat etwas dagegen, wenn sich der Student in seinem Blatt zu einem aktuellen Problem äussert – am wenigsten die Redaktion.

Medizinische Fachliteratur

BUCHHANDLUNG HANS RAUNHARDT
Inhaber
Gerhard Heinmann & Co.
8001 Zürich, Kirchgasse 17
beim Grossmünster
Telephon (051) 32 13 68

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 700.— kostet!

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

aku Foto-Druck Agentur ZÜRICH

B. Krummenacher
c/o Techn. Chem. Institut ETH
Universitätsstrasse 6, Zürich

Inserte erschliessen den Markt

Neue Zinssätze der

MIGROS BANK

1/2% mehr Zins auf

Depositen-Hefte

4 1/2%

Prämien-Sparhefte

Basiszinssatz 4 1/4% plus Sparprämien ergibt eine Rendite bis ca.

5 3/4%

Jugend-Prämien-Sparhefte

Basiszinssatz 5 1/4% plus Sparprämien ergibt eine Rendite bis ca.

6%

auf 8 Jahre

"MIGROS-TYP" Kassa-Obligationen

6%

auf 8 Jahre

COUPON

Senden Sie mir den unten angekreuzten, ausführlichen Prospekt.

Depositenhefte Jugend-Prämien-Sparhefte
 Prämien-Sparhefte Kassa-Obligationen

Name:

Strasse:

Ort: ()

MIGROS BANK

Hauptsz. Seidenstrasse 12, 8001 Zürich
Tel. 051 25 06 36
Schaffhauser Limmatplatz, Limmatstrasse 152, 8031 Zürich
Tel. 051 42 46 77
Stauffelstr. Deitikon, Nansenstrasse 21, 8050 Zürich
Tel. 051 46 52 11
Sitz Winterthur, Graffen 35, 8401 Winterthur
Tel. 052 22 62 21
Ab 1. April 1971
Sitz Basel, St. Jakobs-Strasse 7, 4002 Basel
Tel. 051 23 68 70

Ihr Besuch freut uns

Unibar

Universitätsgebäude

Mensa der Universität

Erfrischungsraum
Erfrischungsraum
Karl der Grosse
Olivenbaum

Zahnärztliches Institut
Tierspital
Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Das Passwort für gute Englischkenntnisse

ESES in Edinburgh

Seit drei Jahren besteht in Schottland eine Sprachschule speziell für Studenten.

Das ESES-Lehrprogramm bietet u. a. Lektionen in »Present-Day-English«, englischer und amerikanischer Literatur, britischen Institutionen etc. Die Kurse eignen sich für Anfänger und auch für Fortgeschrittene, deren Englisch ein »brush up« benötigt.

Nähere Auskunft und unverbindliche Dokumentation durch die

ESES-Zentralstelle für die deutsche Schweiz: M. B. Rutman, Ueberlandstrasse 393, 8051 Zürich, Tel. (051) 40 25 82.

Sie zählen auf Ihre Zukunft- wir rechnen damit

Sie schätzen Ihre Arbeitskraft. Für den zukünftigen Akademiker ist sie Hunderttausende von Franken wert, vielleicht eine Million. Haben Sie dieses Kapital sichergestellt?

Wer verunfallt, kann die Arbeitskraft verlieren. Unwiederbringlich. Wie steht es dann um die Zukunft, um die Karriere? Die Einkommensentwicklung eines Akademikers zeigt fast immer, dass die Arbeitskraft sein wertvollster Besitz ist. Wer sie in jungen Jahren ganz oder teilweise verliert, erleidet somit einen harten Schicksalsschlag. Weil dieses Problem so schwerwiegend ist, wollen wir es gemeinsam mit Ihnen lösen, Individuell.

Ob Sie bei einer beruflichen Tätigkeit, im Militärdienst, beim Sport, in Ihrer Freizeit oder in den Ferien verunfallen, Ihre Zukunft soll finanziell gesichert sein. Die neue Unfallversicherung der Winterthur-Unfall bietet Ihnen diese umfassende, weltweite Deckung.

Winterthur
UNFALL

Schweizerische Unfallversicherungs-Gesellschaft in Winterthur
General Guisan-Strasse 40
8401 Winterthur

COUPON

Bitte ausschneiden und in offenem Kuvert mit 10 Rp. frankiert einsenden an Winterthur-Unfall, Postfach, 8401 Winterthur

Ich wünsche

Informationsschrift
«Schätzen Sie Ihre Arbeitskraft?»

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Was ist ein „Special Projects Engineer“?

Im Rahmen der internationalen Tätigkeit der Dow Chemical fallen immer wieder Aufgaben an, die ausserhalb der normalen Betriebsabläufe liegen oder völlig neuartige Lösungswege erfordern. Mit ihrer Bearbeitung werden bewegliche junge Fachleute betraut, die an einer vielseitigen Tätigkeit interessiert und bereit sind, sich kurzfristig intensiv auf spezielle Aufgaben einzusetzen. Für jedes einzelne Projekt ist der »Special Projects Engineer« bei Dow voll verantwortlich. Dabei kommen folgende Sachgebiete in Frage:

**Forschung und Entwicklung, Produktion
Marketing, Engineering
Datenverarbeitung, Economic Evaluation.**

Einem »Special Projects Engineer« bieten sich erfahrungsgemäss hervorragende Chancen, sollte er sich dazu entschliessen, seine Laufbahn in einer dieser Abteilungen fortzusetzen.

Gegenwärtig suchen wir zwei Hochschulabsolventen (Diplom oder Promotion), die gewillt sind, ihre überdurchschnittlichen Fähigkeiten in einem aussergewöhnlichen Job unter Beweis zu stellen.

Bitte wenden Sie sich mit einem Schreiben oder einem Anruf an Dow Chemical Europe S.A., Industrial Relations Department, Alfred-Escher-Strasse 82, 8027 Zürich
Telefon 36 50 00



Join an international company!



MIREXAL die Schweizer Qualitäts-Ankeruhr



exklusiv in der
MIGROS

Studententheater in Polen

Anlässlich des am 17. April bevorstehenden Gastspiels des polnischen Studententheaters Kalambur aus Wrocław (siehe den besonderen Hinweis auf dieser Seite), das zweifellos die Aufmerksamkeit aller Theaterliebhaber verdient, mag es wohl nützlich und informativ sein, einmal einen Blick nach Polen als dem sozusagen »Gelobten Land« des Studententheaters zu werfen. In Polen gibt es sage und schreibe über hundert Studententheater – eine für uns in Sachen Studententheater doch ziemlich unterentwickelten Schweizer eine geradezu umwerfend verblüffende Tatsache! Dass dem so ist, verdankt das polnische Studententheater zum grossen Teil dem Polnischen Studentenverband (ZSP), der die Förderung der kulturellen Tätigkeiten der Stu-

den an und für sich nicht für die Bühne bestimmt ist, mit Hilfe theatralischer Mittel wie Spiel, Musik, Tanz, Projektionen etc. auf die Bühne umzusetzen, dem Wort visuelle Visionen zu schaffen. So hat Kalambur aus Wrocław mehrere Werke des jungen polnischen Dichters Marian Grzeszczak vorgetragen, von denen es eines als »poetische Dygressionsmontage« und eines als »inszenierte Lieder« bezeichnete, ferner »Futuristykona«, eine Folge futuristischer Gedichte, in der die verschiedenen angewandten Elemente von Bewegung, Musik, Rezitation und mobilen Szenenarrangements eine besonders harmonische Wirkung erreichten. Das bevorstehende Gastspiel von Kalambur, »Im Rhythmus der Sonne« nach einem Gedicht der Wrocławer Dichterin Urszula Kozioł, das ebenfalls aus einer Mischung von Tanz, Gesang, Pantomime und Sprechtheater besteht, dürfte

Satirisches Theater

Eine der ältesten und verbreitetsten Formen des Studententheaters! Diese Richtung begann vor ungefähr fünfzehn Jahren mit der Gründung des Satirischen Studententheaters (STS) in Warschau, das Engstirnigkeit in Ideologie, Ethik und Moral und die negativen Aspekte der kulturellen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse des Landes isoliert. In meist selbstverfassten Texten beschäftigen sich die Studenten mit ihren eigenen Problemen und denjenigen des polnischen Alltagslebens, aber auch mit solchen von weltweiter Gültigkeit, wie mit ihrem »Beicht des Rudolf Hoess« über die Konzentrationslager der Nazizeit. Andere Gruppen dieser Art sind Kalambur aus Wrocław, das Politische Theater Szczecin, die beiden Gruppen Pstrag und Cyrynia aus Lodz, und Bim-Bom aus Gdansk.

Einige der satirischen Theater haben sich in literarisch-musikalische Kabaretts umgewandelt, indem sie Musik, Lieder und Wortspiele in ihr Programm aufgenommen haben. Dazu gehören To Tu aus Gdansk, Hybrydy und Stodola aus Warschau (von Stodola stammt unter anderem eine berühmte Ubu-Adaptation), Cyrulik aus Krakau und Arkem Medyka aus Bialystok.

Lyrisch-poetisches Theater

Dieser Richtung gehören etwa 40 Gruppen an, doch ist es eine relativ junge Form, zu vergleichen etwa der im Westen aufgekommene Jazztzy, doch viel differenzierter. Es handelt sich dabei nicht einfach um von Musik umrahmte Vers-Rezitationen, sondern um den Versuch, dichterische Sprache,

den als wesentlichen Bestandteil seines Programms betrachtet. Eine Kulturkommission aus Studenten aller Hochschulen befasst sich mit den einzelnen Richtungen wie Studententheater, Studentenrundfunk und den Abteilungen für bildende Kunst, Photographie, Film, Musik, Gesang sowie den verschiedenen Studentenclubs. Eine besondere Kommission aus prominenten Künstlern, Schriftstellern, Kritikern, Schauspielern und Regisseuren (wovon viele selber aus den Studentengruppen hervorgegangen sind) berät die künstlerischen Leiter der einzelnen Gruppen. Ueber mangelnde finanzielle Unterstützung oder fehlende Räumlichkeiten braucht sich niemand zu beklagen.

chen Themen befassten. So schilderte das Programm »Mauer XX« in aufeinanderfolgenden Szenen sehr eindrücklich die letzten zwanzig Jahre der polnischen Geschichte; anhand einer Plakatwand und ihres wechselvollen Schicksals werden Krieg, Besetzung, Befreiung und Wiederaufbau dargestellt. – Zu dieser Richtung gehören auch Studio Pantomimy und Studio Miniatur aus Szczecin, wobei das letztere versucht, durch die Kombination von malerischen Visionen, Geräuschen und pantomimischen Tänzen eine synthetische Form zu finden, die besonders moderne Probleme zum Ausdruck bringen soll.

Visuell-akustische Experimentiertheater

Das sind Theater, die sich auf rein visuell-akustische Aussagen beschränken. Sie verzichten nicht nur auf das Wort, sondern nach Möglichkeit auch auf die Darsteller; sie verwenden moderne Malerei, Licht, Farben, Formen, Gegenstände, Photographien, Film und Musik als ausschliessliche Gestaltungselemente. Inhaltliche Assoziationen jeglicher Art sollen bewusst vermieden werden; eine Art »Zeit-Raum-Theater«, das in einfachem Bewegungsablauf musikalische Elemente mit solchen der bildenden Kunst vermischt, wird angestrebt. Mit dieser Art von Theater hat sich vor allem die Gruppe Galeria aus Gdansk einen Namen gemacht; eine ihrer bekanntesten Inszenierungen war »Termitiera«, von Regisseur, Komponist, Technikern und Akteuren (die nur als riesenhafte, von Tüchern verhängte unförmige Gebilde auftraten) gemeinsam entworfen; »Termitiera löste teils grosse Begeisterung, teils aber auch heftigen Widerspruch aus. – Eine andere Gruppe aus Gdansk sei hier der Kuriosität halber noch genannt: Co To, das Händetheater, bei dem von den Darstellern nur das Spiel der Hände zu sehen ist.

Dramatisches Theater

Neben all diesen verschiedenen Spielarten gibt es selbstverständlich auch das eigentliche dramatische Theater, welches sich mit klassischen und modernen Dramen befasst. Da diese Art von Theater aber doch die eigentliche Domäne des Berufstheaters ist, das in den letzten Jahren (nicht zuletzt dank dem Nachwuchs aus den Studententheatern) einen grossen Aufschwung genommen hat, ist es für die Studententheater nicht so einfach, sich in diesem Bereich durchzusetzen. Es gelingt nur den wenigsten von ihnen, und auch dann nur, wenn sie es verstehen, ihren Aufführungen ihren eigenen charakteristischen Stempel aufzusetzen, der sie vom Berufstheater unterscheidet. Das

wohl am ehesten hier einzuordnen sein. Das Teatr 38 aus Krakau präsentierte unter dem Titel »23 Seiten Maschinenschrift« Gedichte von Majakowski; das Theater Uwaga 61 brachte sogar afrikanische Gedichte in seinem Programm »Wolanie do Mungu«.



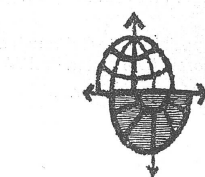
Das neue Sommer-Herbst-Programm kommt

Pantomime

In Anlehnung an die Gdansk Gruppe Bim-Bom, die 1955 das »Imaginationstheater« begründete, welches erstmals poetische Bilder, Metaphern und Symbole als Ausdrucksmittel verwendete, entstanden zu Beginn der sechziger Jahre einige Pantomimegruppen, unter denen Gest aus Wrocław die bedeutendste ist. Gest setzt sich hauptsächlich aus Architekturstudenten zusammen. War es in den ersten zwei Jahren seines Bestehens einfach bemüht, mit seinen Darstellern die Technik der Pantomime anhand einzelner Nummern zu erarbeiten, so ging es später dazu über, ganze Pantomimedramen zu gestalten, die sich mit sozialen, politischen und ästheti-

Das neue Sommer-Herbst-Programm kommt

Bald ist es soweit. Ab 22. Februar ist das diesjährige SSR-Sommerprogramm erhältlich. Gewidmet ist es dem mehrdimensionalen Menschen, der seit Herbert Marcuse bekanntlich eine rapid aussterbende Spezies darstellt. Der



Mensch, so lehren uns die gesellschaftskritisch engagierten Visionäre, sei auf dem besten Weg, zum total manipulierten, repressierten, frustrierten, uniformierten und überhaupt auf der ganzen Linie lackierten Fleischroboter zu werden.

Ob solchen eindimensionalen Zukunftserwartungen hat uns das Kal-

Grausen erfasst. Alle waren wir uns einig: Es musste endlich etwas getan werden.

Was dabei herauskam respektive am 22. Februar herauskommen wird, ist ein (Sommer-)Programm der »Grossen Weigerung« gegenüber den Zwängen der permanenten Leistungsgesellschaft. Einmal richtig Ferien, statt dauernd büffeln.

Sich für diese Alternative zu entscheiden, sollte – dank SSR – indessen nicht schwerfallen. Die Reisevorschläge und Globetrotter-Ideen des neuen Sommerprogramms nämlich sind derart hineinssend, dass nur ein hoffnungslos eindimensional verwehrt Mensch ihnen widerstehen kann. Und zu denen möchtest du doch wohl kaum gehören werden!

Deshalb deine nächste Pflichtlektüre: »Der mehrdimensionale Mensch« (Sommerprogramm 71), herausgegeben vom SSR. Erhältlich an allen Verkaufsstellen – oder gratis per Post.

SSR, Programmversand, Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich



Teatr 38 aus Krakau schlug einen solchen Weg ein: in seinen ersten Jahren spezialisierte es sich auf die Pariser Avantgarde der fünfziger Jahre; es war das erste polnische Theater überhaupt, das Beckett, Adamov, Genet und Ionesco spielte. Zu jener Zeit war das noch ein bemerkenswertes Experiment, das zugleich erlaubte, sich gegen die Konventionen des Berufstheaters aufzulehnen. Doch hatte das Berufstheater bald aufgehört – und offene Türen einrennen wollte man ja auch nicht. So besann man sich auf klassische Stücke, nahm sie kritisch unter die Lupe und tauchte sie in ein »ironisches Bad«, aus dem sie sehr erfrischt hervorgingen – so entstanden die berühmten Inszenierungen »König Oedipus« von Sophokles, »Richard III« von Shakespeare und »Die Moral der Frau Dulska« von Gabriele Zapolska, alle eigentlich Parodien, die den mehr oder weniger stereotypen Vorstellungen, die man von diesen Dramen zu haben pflegt, unerwartete, neue und aufschlussreiche Aspekte hinzufügten.

Das Teatr Kalambur

Auch der Gruppe Kalambur gelangen mit der Bearbeitung und Neudurchdenkung von Klassikern zwei durchschlagende Erfolge: es handelt sich um die Inszenierungen »Die Wolken« von Aristophanes und »Die Schuhmacher« von Witkiewicz. Obwohl zwischen diesen beiden Stücken gut 2000 Jahre europäischer Kultur- und Geistesgeschichte liegen, hat es Kalambur verstanden, ihnen einen gemeinsamen, auch für Kalambur selber charakteristischen Zug zu verleihen, den des befreienden, erleichternden und erneuernden Lachens – eines Lachens, das nicht einfach auf Unterhaltung, sondern auf eine ganz bestimmte Weltanschauung zurückzuführen ist. Die »Schuhmacher« wurden gar von Witkiewicz-Spezialisten als beste polnische Witkiewicz-In-

sznierung überhaupt bezeichnet.

Da wir uns ja im Hinblick auf sein Gastspiel in Zürich auf diese ganzen Betrachtungen eingelassen haben, wollen wir uns noch kurz mit der Frage befassen, warum gerade diese Gruppe seit langem eines der vielseitigsten und erfolgreichsten Studententheater ist. Des Rätsels Lösung ist recht einfach. Erstens stand das Theater praktisch seit seiner Gründung von 1957 bis vor kurzer Zeit unter der ständigen Leitung desselben bewährten Teams von drei oder vier Leuten; und haben sie auch in der Zwischenzeit zum Berufstheater hinübergewechselt, so bewahren sie doch ihrer alten Gruppe die Treue und stehen dem sich ständig erneuernden Nachwuchs mit Rat und Tat zur Seite, während es doch im allgemeinen gerade die den Studententheatern mangelnde Kontinuität ist, die sie zwingt, alle zwei oder drei Jahre wieder von vorne anzufangen, und die so jede fortschreitende Entwicklung verhindert. Zweitens besteht Kalambur eigentlich gar nicht aus einer, sondern aus vier Gruppen, die allerdings aufs engste miteinander verknüpft sind: es besitzt ein Kabarett, ein lyrisches Theater, ein dramatisches Theater und dazu noch ein sogenanntes »Debitantentheater«, das vor allem den ganz jungen Autoren, Regisseuren und Schauspielern ihre ersten Versuche auf der Bühne ermöglicht und somit allgemeinen Dilettantismus gar nicht erst aufkommen lässt. ... Sonja Augustin

(Von der Redaktion aus Platzgründen leicht gekürzt.)

Das Studententheater der Universität Zürich präsentiert das

»Studencki Teatr Kalambur« aus Wrocław (Polen) mit dem einmaligen Gastspiel

»Im Rhythmus der Sonne«

nach einem Gedicht von Urszula Kozioł (in polnischer Sprache, mit Musik, Tanz und Pantomime) am

Samstag, 17. April 1971

(Ort und Zeit werden in der Tagespresse bekanntgegeben)

Die polnischen Gäste – es sind etwa 30 an der Zahl (!) – besuchen uns auf ihrer Durchreise zum Festival mondial du théâtre universitaire in Nancy. Wir benötigen für sie dringend freie Unterkunft für den 17. und 18. April!

Wer hilft?

Wer kann einen oder mehrere Gäste für die beiden Nächte bei sich oder bei Bekannten unterbringen? (Keine Angst, die meisten sprechen ausser polnisch auch noch irgend eine westliche Sprache: deutsch, französisch oder englisch...)

Anmeldungen und Anfragen bitte baldmöglichst an:

Christina Laemmel, Burstwiesenstrasse 53, 8055 Zürich, Telefon 33 21 84.

Numerus clausus

Fortsetzung von Seite 17

Durch weitere Reglementierungen, Prüfungsverordnungen, durch Zwangsexmatrikulation und eine intensiviertere Studienberatung, die dem Studenten den rechten Weg zeigen, ist ein vorzügliches Instrument geschaffen, die Studentenzahlen präzise nach dem jeweiligen Bedarf der Wirtschaft zu dosieren.

»Da der Arbeitnehmer (Studenten sind Arbeiter) in einer möglichst kurzen Zeit an seine Aufgabe angepasst werden soll, darf er bei seiner Ausbildung nur ein Minimum an autonomen Fähigkeiten entwickeln. Man befürchtet, dass die Menschen, wenn sie ihre Fähigkeiten »zu weit« entfalten könnten, sich nicht mehr einer begrenzten Aufgabe und der industriellen Hierarchie unterwerfen werden. Deshalb hat man sie von vornherein verstümmeln wollen; man wünscht, dass sie kompetent, aber beschränkt sind; aktiv, aber folgsam; intelligent, aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare Funktion hinausgeht; abfähig, den Blick von ihrer Arbeit abzuwenden. Kurz: man wünscht sich Spezialisten. In ihrer Ausbildung wird alles ignoriert und aus ihrer Umgebung alles entfernt, was sie dazu befähigen könnte, ausserhalb der Arbeit jene Verwirklichung ihrer selbst zu suchen, die ihnen in der Arbeit versagt wird. Man hat aus den Institutionen alle Macht und Selbstverwaltung eliminiert, die den Arbeitnehmern erlauben würden, wenn nicht ihre Arbeit, so doch wenigstens ihr Leben als Staatsbürger und ihr kulturelles Leben zu gestalten.« (André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Europäische Verlagsanstalt, 1967.)

Die (Zwangs-)Exmatrikulation hat zum Ziel, den Studenten zwangsweise unter den Leistungsdruck zu stellen, der in der Wirtschaft schon vor-

herrscht. Sie ist nur eine Ausdrucksform der Verschulung (Industrialisierung) der Hochschulen. Strukturelle »Reformen«, Kürzung und Straffung der Studiengänge sollen die Durchlaufgeschwindigkeiten vergrössern. Das verunmöglicht dem Studenten die kritische Auseinandersetzung mit seinem Fach und verhindert eine allzu intensive Beschäftigung mit der betriebenen Wissenschaft. Der nächste Schritt ist die Unterteilung in Kurz- und Langstudium. Dabei lassen sich auch schichtspezifische Selektionen vornehmen. Kurzstudien werden vorwiegend von weniger Bemittelten aufgenommen, die möglichst schnell über ein eigenes Einkommen und über einen ansehnlichen Status verfügen möchten (entsprechend etwa den gegenwärtigen Erscheinungen im Bereich der Obersekundarstufe). Finanziell Gutstehende absolvieren ein Langstudium und sind dann auf ihre Führungsaufgaben vorbereitet.

Rechtliche Fragen

- Der kommende Numerus clausus muss auf Verfassungs- und Gesetzmässigkeit hin überprüft werden.
- Ein Rechtsdienst ist einzurichten, der sämtliche Tendenzen und Entwicklungen genau mitverfolgt und der sich zu gegebener Zeit der Abgewiesenen annimmt (Härtefälle).
- Abgewiesenenstatistik und Begründung für Ablehnung müssen katalogisiert und von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden.

Mit Nachdruck muss durchgesetzt werden, dass der bevorstehende offene Numerus clausus nicht auf dem kalten Weg eingeführt werden kann. Hier haben die politischen Organe, die letztlich die Verantwortung für Zulassungsbeschränkungen zu tragen haben, einen klaren politischen Entschluss zu fällen.

Peter Wettler
Vorstandsmitglied USS



DIAVOX

Institut moderne de langues
1000 Lausanne
avenue de Beaulieu 19
Tel. (021) 34 78 34

Méthode audio-visuelle –
Laboratoire de langues
Français – Anglais – Allemand –
Espagnol

Notre particularité:
Pour chaque heure de classe
1 heure de laboratoire de langues
Stages complets et intensifs de
11 semaines (330 heures) destinés
essentiellement à des adultes
professionnellement motivés.
Cours d'été.

Cours à la demi-journée
Externat: tous âges dès 16 ans

Arrangements de Cours spéciaux
sur demande.



18-35 TWEN LIFE CLUB
30-50 GOLDEN AGE CLUB

Verlangen Sie (unverb.) Teilnahmebedingungen.

Name: _____
 Str. u. Nr.: _____
 Ort u. PLZ: _____

Für Damen (TLC) unentgeltlich! — Sekretariat:
 Scheuchzerstr. 112, 8006 Zürich, Tel. 051/28 30 98

AULA DER UNIVERSITÄT
 Samstag, 20. Februar, 20.00 Uhr

Konzert der Zürcher Singstudenten

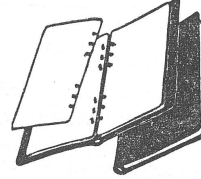
mit Howard Nelson, Bariton

Lieder von Mozart, Schubert, Schumann
Lavater, Hess, Orff, Rybach u. a.

Karten zu Fr. 5.50 bei Jecklin, Zentralstelle der Uni, SAB der ETH

BIELLA

Ringbücher und Kollegbücher



Seit Jahrzehnten eine bekannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und Farben, mit 2, 3, 4 und 6 Ringen, elegante, gepflegte Ausführung in Leder, Kunstleder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!

Chemie

Vorbereitung auf
Propädeutikum, Vordiplom

Dr. Cantieni

Untere Zäune 21, Zürich 1
Tel. 34 50 77



freihofers ag

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik



Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07

Wir bedienen Sie jetzt auf zwei Etagen.

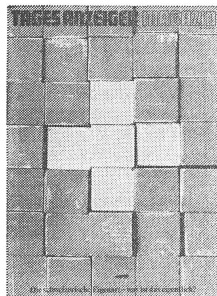
Unsere Spezialgebiete:

- Mathematik
- Physik
- Chemie
- Geologie
- Mineralogie
- Geographie
- Astronomie
- Zoologie
- Botanik
- Biologie
- Landwirtschaft
- Elektrotechnik
- Datenverarbeitung
- Maschinenbau
- Bautechnik
- Wirtschaft

Freihofers AG

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich, Universitätsstr. 11
Telefon 47 08 33/32 24 07

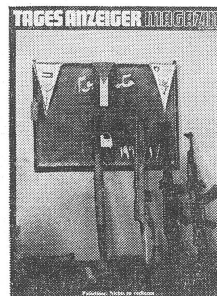
Die grösste Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik in der Schweiz



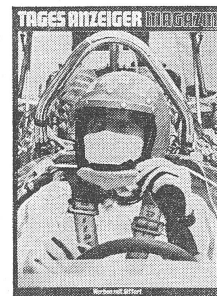
Des Schweizerers Schweiz



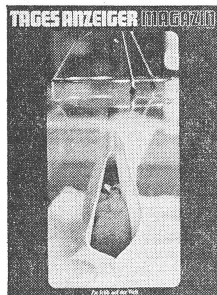
Keaton und Kafka



Palästinenser



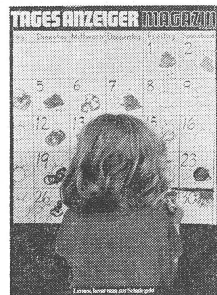
Jo Siffert



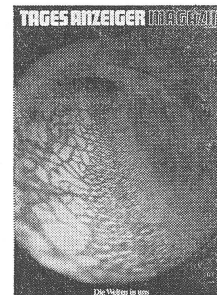
Medizin



Reise durch die DDR



Vorschulerziehung



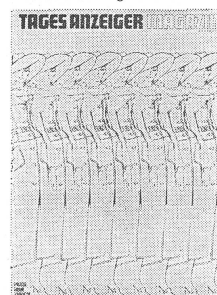
Naturwissenschaft



Estrich der Nation?



Claes Oldenburg



Mode



Prestigedenken



Tod in Hollywood



Pop-Gesellschaft

Das ist eine Auswahl von Themata des Tages-Anzeiger-Magazins.

Jenes farbigen Magazins, das jeden Samstag dem Tages-Anzeiger beiliegt.

Jenes Tages-Anzeigers, den Sie mit 30% Studentenrabatt abonnieren können.

Weil der Tages-Anzeiger sich besonders darüber freut, dass er gerade von kritischen Schweizern gelesen wird.

- Ich möchte den Tages-Anzeiger und sein Magazin gratis drei Wochen zur Ansicht erhalten.
- Ich möchte gleich von Ihrer Spezialofferte Gebrauch machen und den Tages-Anzeiger und sein Magazin abonnieren. (Die ersten drei Wochen sind gratis.) Das kostet:
 - Fr. 3.25 statt Fr. 4.60 für 1 Monat Fr. 18.50 statt Fr. 26.40 für 6 Monate
 - Fr. 9.35 statt Fr. 13.35 für 3 Monate Fr. 36.55 statt Fr. 52.20 für 12 Monate

Name: _____

Strasse: _____

Fakultät: _____ Semester: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Coupon einsenden an den Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

Tages-Anzeiger

7081 GOK